Einzelverkaufspreis: 1,50 Dm incl 6 % Mwst.

Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

iD D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 235 24. Juni



Anti-AKW-Treffen ZUR KIELER WOCHE

K I E L
21.Juni

Vor einigen Wochen hatte der Arbeitskreis,Politische Ökologie Kiel' alle AKW Gegner aufgerufen, vom 30.6. bis 2.7. ihn bei der Kieler Woche zu unterstützen. Da sich von den über 400 angeschriebenen Initiativen bisher nur ca. 20 fest angemeldet haben, glauben die Kieler, daß die ursprüngliche Form des Treffens, nämlich Ausbau der nationalen und internationalen Zusammenarbeit in allen Bereichen des Widerstandes sowie Unterstützung der Inhaftierten und Verfolgten der Anti-AKW-Bewegung, nicht aufrecht erhalten werden sollte.
Trotzdem soll ein Treffen stattfinden, um über Fragen des weiteren Vorgehens gegen AKW's zu sprechen. Wer kommen will, sollte nach Möglichkeit Musikinstrumente und Informationsstand mitbringen und sich vorher telefonisch anmelden:
Bärbel 0431 / 72 72 31 ; Jens 04347 / 33 67

FRAUENZEITUNG AB NOVEMBER

MÜNCHEN
21.Juni
Sommeranfang

In München entwickelt sich nach und nach aus dem Info des Frauenzentrums eine richtige Frauen-Stadt-Zeitung, die im November in größerer Auflage erscheinen wird.

Der Preis des Infos beträgt zur Zeit 1,5o DM und wird bis zur richtigen Zeitung bei 2 Mark liegen. Ein Abonnement ist möglich. Interessiert ist die neue Zeitung an Terminen, Artikeln, Fotos, Notizen zu Themen, die Frauen interessieren. Kleinanzeigen kosten 3 Mark bis zehn Worte, 5 Mark bis 20 Worte (in Briefmarken dem Text beizulegen).
Kontaktadresse:
Frauenzentrum Gabelsberger Straße 66, 8000 München 2
Telefon 089 / 52 83 11

BROSCHÜRE ZUM AKW PHILIPSBURG

WAGHÄUSEL
April 78

Die Bürgerinitiative Umweltschutz in Philipsburg veröffentlicht eine Broschüre über die Anti-Atom-Aktivitäten in dieser Gegend. Zu beziehen über:
Bürgerinitiative Umweltschutz, Ostenstr.2, 6833 Waghäusel
Spendenkonto Kto-Nr. 02-010156, Städtische Sparkasse Philipsburg (bei einzelnen Bestellungen DM 2,- in Briefmarken beilegen.

"GRÜNES BLATT" SUCHT LESER

Münster *Eine Kurzmeldung aus Münster:*
20. 6. 78

Das "Grüne Blatt" ist eine Zeitung aus dem Arbeitsfeld Umwelt in Münster, spezialisiert auf den regionalen Teufelskram. Bisher war es uns zuviel Arbeit, eine Versandabteilung zu eröffnen. Um Auswärtigen – obwohl die an sich schon verdächtig sind – den Genuß des Blattes zu ermöglichen, haben wir jetzt Umschläge gekauft: Wenn ihr das "Grüne Blatt" regelmässig zugeschickt bekommen wollt, an **Grünes Blatt c/o Busch, Kellermannstr. 2, 4400 Münster** schreiben; Preis 70 Pfg. und Porto für die gewünschte Anzahl auf unser Konto überweisen: **PSchA Dortmund 79385-469 c/o U. Backhaus.** Wollt ihr erstmal eine Nummer sehen, 1.30 DM in Briefmarken und ab geht die Post.

EINE NEUE ZEITUNG: „lott jonn"

MÖNCHENGLADBACH
15. Juni

In der Provinz, am schwarzen Niederrhein, da ist erstmals Anfang Juni die ‚lott jonn' erschienen. Mit 1500 Stück Auflage. Sie wird weiter erscheinen, jeden Monat und sich mit den Dingen in Mönchengladbach befassen, die sonst in der Lokalpresse nicht gebracht werden.

Probenummern gibt's nur von der Nummer 2 von ‚lott jonn' ab 24. Juni 1978. Die Nummer 1 ist restlos ausverkauft. Dafür schickt mensch Briefmarken von DM 1,– an die Kontaktadresse. „Lott jonn" heißt, „laß knacken' oder so. Macht das mal und schreibt, wenn Ihr die Zeitung habt, ob sie Euch gefällt.

Ein ABO von ‚lott jonn' kostet im Jahr 12,– DM für 12 Ausgaben . Überweisungen und Kontakt: H.R. Hubbes, Eichenstraße 17, 4050 Mönchengladbach 2, Postscheckkonto Nr. 288513-439 Postscheckamt Essen.

MÖGLICHKEITEN REGIONALER ARBEITER– ZEITUNGEN ALS ANTWORT AUF "BILD"



DUISBURG
22. Juni

Die Arbeitsgemeinschaft Ruhr, Gesellschaft für Arbeit, Wissenschaft und Kultur schreibt:

„Wir haben eine Broschüre erarbeitet, in der wir auf das Verhältnis von Arbeiterpresse und bürgerlicher Presse eingehen und das Konzept einer regionalen Arbeiterzeitung für das Ruhrgebiet vorstellen. Außer uns – Redakteuren der geplanten REVIER-Zeitung – haben an der Broschüre mitgearbeitet: Martin Walser (Was man schreibt, kann man sich nicht aussuchen), Ernst Volland (Grafik), Werner Hewig (zu Problemen der Arbeiterfotografie). Außerdem enthält die Broschüre eine Diskussion mit dem gesamten Betriebsrat eines Duisburger Metallbetriebes über das Konzept der "REVIER".

Ihr könnt die Broschüre für DM 6.- und DM 1.- Versand beziehen über die AG Ruhr (STichwort REVIER), Siegstr. 15, Duisburg. Zahlt bitte per Verrechnungsscheck oder per Konto 209-009828, (M. Wolf)."
Kontakt: Revier-Redaktion, Siegstr. 15, 4100 Duisburg, Tel. 0203/34 00 83

NEUES AUS DER BILDERECKE

Am **17.Juni** haben wir viele **Fotos** gemacht, unter anderem:

-Antifaschisten-Demonstration
-Faschistenaufmarsch
- Zusammenstöße zwischen Gegendemonstration und Bullen auf dem Römer
-Barrikaden- und Straßenkämpfe in der Innenstadt.

Wer einen Querschnitt aller Ereignisse vom 17. Juni haben will, kann eine bereits zusammengestellte Bilderserie von 20 Fotos anfordern.

Bestellungen an ID Frankfurt am Main 90,Postfach 90 03 43 oder wenn es schnell gehen soll auch telefonisch: **70 43 52**

Die Bilder in diesem ID wurden vom ID-Bilderdienst und der Frankfurter Fotogruppe, MOSKITO, gemacht.



DER 17.JUNI IN FRANKFURT

FRANKFURT 22.Juni *Am 17.Juni 1978 sollte in Frankfurt das Deutschlandtreffen der Nationaldemokraten stattfinden. Geplant war eine Demonstration durch die Frankfurter Innenstadt und eine Großkundgebung auf dem Römerberg vor dem Rathaus. Die Kundgebung war zunächst von CDU-Oberbürgermeister Wallmann verboten, das Verbot später jedoch von einem Verwaltungsgericht wieder aufgehoben worden. Gegen diesen Aufmarsch der Faschisten kündigten alle antifaschistischen Gruppen Gegenmaßnahmen an. Einen Eindruck von dem, was an diesem 17.Juni in Frankfurt passierte, sollen die folgenden Artikel vermitteln.*

CHRONOLOGIE

10 Uhr

Treffen in einer Bornheimer Wohngemeinschaft. Wir sitzen am Küchentisch beisammen , fünfzehn Leute, trinken Kaffee und überlegen uns noch einmal, was wir machen können. Bornheim ist ein Stadtteil im Nordosten Frankfurts, wo noch etwas von Wohnzusammenhängen und Ortsgeschichte zu spüren ist, auch von der alten SPD-Vergangenheit. Noch am Freitagmorgen beim Brötchenholen erregten sich zwei alte Frauen, daß die Faschisten schon wieder so frech geworden seien, daß sie durch Bornheim marschieren wollen.

10 Uhr 30

Vor dem Haus marschieren 30 KBW-Leute mit roten Fahnen vorbei und rufen etwas vom Volkskrieg. Es regnet. Wir gehen zum Sandweg, einer Straße, die quer durch das Stadtviertel in Richtung Innenstadt führt. Wir wollen auf die Faschisten warten. Wir suchen einen Zaun, hinter dem man sich notfalls verstecken kann.

11 Uhr

Sie kommen nicht. Nur ab und zu ein Mannschaftswagen der Polizei und einige Zivile, die langsam an uns vorbeifahren. Wir stellen uns an einer Bushaltestelle auf und warten, sehen möglichst harmlos aus. Dann gehen wir langsam in Richtung Norden. Am Ratsweg, weit im Nordosten am Rand der Stadt, sollen sich die Faschisten treffen. Wir wollen nachsehen, ihnen entgegengehen.

11 Uhr 30

Ratsweg. Ein großer freier Platz, auf dem sonst Kirmes und Zirkus sind, in der Mitte ein Bierzelt, Fahnen, schwarze Kübelwagen, uniformierte Gestalten. Noch nicht viele. Aus dem Zelt dröhnt Marschmusik und der Westerwald wird abgesungen. Einer von uns probiert es: Mit ein paar israelischen Fernsehleuten geht er ins Zelt. Erwartet hat er, wie wir alle: braune Hemden, schwarze Hosen, Knobelbecher. Aber dort sitzen ganz normale Arbeiter und Jugendliche in Jeans, T-Shirts und Parka, vorwiegend mit langen Haaren und Bärten, ein paar Frauen mit gekräuselten Henna-Haaren und Folklore-Röcken. AKW-Nein Aufkleber unter der NPD-Plakette. Auf dem Büchertisch Broschüren gegen die russischen und amerikanischen Besatzer, für die Verstaatlichung der Industrie und gegen die bolschewistische Weltgefahr. In einer Zeltecke werden Schlagringe mit Löwenkopf verkauft.

12 Uhr

Wir fahren mit der Straßenbahn in Richtung Innenstadt. Am Römer steigen wir aus. Auf dem Platz, wo die NPD ihre Kundgebung angemeldet hat, ein von einer Kette Bereitschaftspolizei und ein paar Ordnern bewachter Stand mit NPD-Plakaten und Lautsprecherwagen. Der Platz ist schon halb voll mit Gegendemonstranten. Wir gehen zum Steinweg, ins Stadtzentrum an der Hauptwache, wo sich die Gegendemonstration sammeln soll. Alle Straßen sind schon jetzt voller Zuschauer und Gegendemonstranten. Die einen laufen zum Römer, die anderen entgegengesetzt in Richtung Stadtzentrum.

12 Uhr 50

Im Steinweg, einer kurzen Fußgängerzone vor den Treppen zur B-Ebene unter der Hauptwache ungefähr 1500 Leute, Transparente von Bürgerinitiativen nicht nur aus Frankfurt, Schwule und Frauen. Schon zehn Minuten vor dem geplanten Beginn der Demonstration beginnen die Polizeilautsprecher mit Aufforderungen zur Räumung, befehlen den Abmarsch. Nach fünf Minuten kommen die ersten Mannschaftswagen an. Eine Hundertschaft nimmt Aufstellung. Langsam werden wir eingekreist. Die Demonstration beginnt. Begleitet von Polizeiketten laufen wir zum vorgeschriebenen Versammlungsort der antifaschistischen Kundgebung: dem Paulsplatz, direkt neben dem Römer.

13 Uhr 30

Der Demonstrationszug geht doch nicht zum Paulsplatz. Wir laufen vorbei an den dort aufgestellten Lautsprecherwagen und wartenden DKP-lern, SPD-lern und Gewerkschaftern. Ohne Behinderung kommen wir bis zum Römer. Der Platz ist voll. Vor dem NPD-Stand drängeln sich mindestens 7000 Gegendemonstranten, bis hinaus auf den Paulsplatz und in die angrenzende Berliner Straße hinein. So viele hat keiner von uns erwartet. In den Seitenstraßen Bereitschaftspolizei mit Wasserwerfern, die südlichen Zugangswege zum Römer sind schon abgeriegelt. Farbbeutel fliegen auf die NPD-Ordner und zum Römerbalkon, wo die Polizeifotografen stehen. Plötzlich geht von hinten eine Polizeigruppe vor, ein Wasserwerfer folgt. Keiner weiß, was das soll, was jetzt kommt. Dicht eingedrängt stehen die Polizisten vor ihrem Wasserwerfer, sind bis zum Brunnen mit der Justitia in der Mitte des Platzes gekommen. Nach kleinen Rempeleien ziehen sie sich wieder zurück. Es muß schwierig sein, mit einem Wasserwerfer rückwärts zu fahren. Demonstranten winken ihn ein. Klatschen. Sofort schließt sich die Lücke.

14 Uhr

Über Lautsprecher gibt die Polizei bekannt, daß die NPD-Veranstaltung auf diesem Platz angemeldet und genehmigt sei. Die Aufforderung, den Platz in Richtung Paulskirche zu verlassen, geht in Pfiffen unter. Vorne sammeln sich die Leute mit Helmen. Die Aufforderung wird wiederholt. Das Pfeifkonzert und die Rufe "Nazis raus" und "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" werden immer lauter. Polizeiketten stellen die Südausgänge ganz zu, Wasserwerfer rutschen nach. Der Römer ist ein Kessel: im Norden der Ausgang zum Paulsplatz hin viel zu eng, um auch nur langsam alle Leute durchzulassen. Im Osten die Terrassen vor dem Technischen Rathaus sind vollgestopft mit Menschen, die Treppen unpassierbar. Die Polizeiketten werden immer länger. Die ersten Verletzten gibt es schon jetzt. Die ankommenden Bullen prügeln sich den Weg frei. Schließlich stehen sich Polizisten und Demonstranten in zehn Meter Abstand gegenüber. Hinten rangieren die Wasserwerfer. Die Ketten von Polizei und Demonstranten rühren sich nicht vom Fleck.

Dann rennen die Polizeiketten alle auf einmal los. Von zwei Seiten, und auch von hinten kommt ein Wasserwerfer, den wir schon ganz vergessen hatten, nachdem er vom Brunnen zurückgewichen war. Die SAG (Sozialistische Arbeitergruppe) und die KBW-ler in den ersten Reihen werden rücksichtslos zusammengeprügelt. Keiner kann nach hinten weg. Vor den Ausgängen bilden sich Kneuel von Flüchtenden. Schreie und Pfiffe durcheinander. Lautsprecher geben Einsatzanweisungen für die prügelnde Polizei. Die schlagen immer auf die ersten Reihen ein, auf schon Verletzte, auf Liegende, treiben Leute an den Hauswänden mit zwei Wasserwerfern zusammen und lassen ihnen kaum eine Chance, zu den Ausgängen durchzukommen. Die den Verletzten helfen wollen, werden selbst geschlagen und getreten. Als der untere Teil des Platzes geräumt ist und nur auf den Treppen noch Leute stehen, rennen die Bullen hinter den Flüchtenden her und wollen auch den Paulsplatz räumen. Die ersten Steine fliegen.

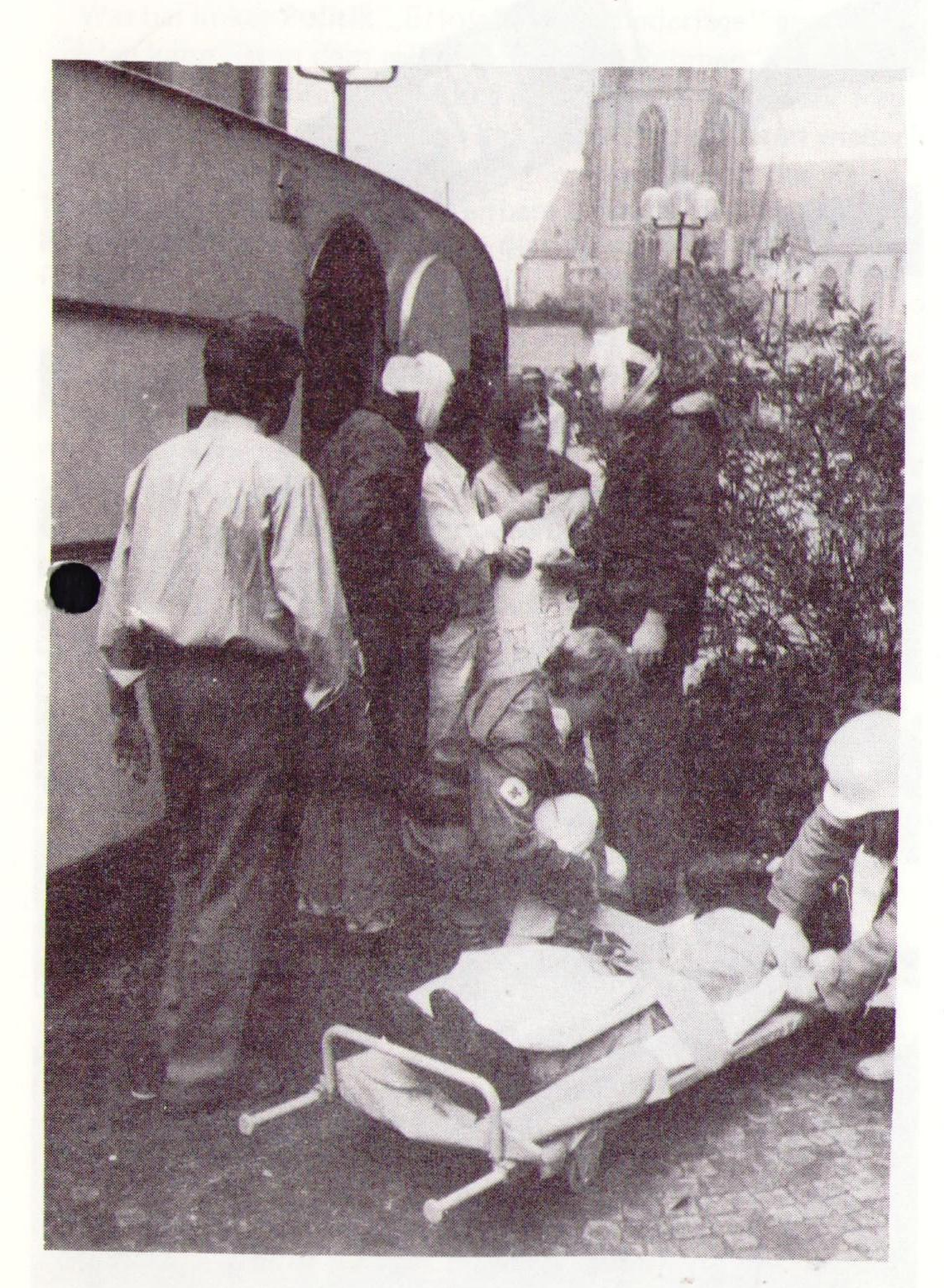


Auf dem Paulsplatz stehen die VVN (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes), die DKP, die Jusos und rühren sich nicht vom Fleck. Der Platz ist mit jungen Bäumchen bepflanzt und auf einer Seite von einem Baugraben und auf der anderen zum Teil von einem Bauzaun begrenzt. Der Wasserwerfer kommt da nicht durch. Auf der Berliner Straße, die den Platz nach Norden begrenzt, werden Barrikaden gebaut, Steine fliegen, Holzteile vom Bauzaun. Die Straße ist zu. Die Bullen treiben einen großen Teil Demonstranten durch die Fußgängerpassagen hoch zur Innenstadt, zur Einkaufsstraße Zeil.



Müllcontainer stehen quer, Cafehausstühle liegen vor den Wasserwerfern und bald auch hinter ihnen. In den Hauseingängen wird rücksichtslos geprügelt.

Krankenwagen, gleich drei, vier hintereinander, fahren die Berliner entlang und biegen in die Seitenstraßen, sammeln Verletzte ein. Kopfverletzungen, die Bullen prügeln vor allem Leute ohne Helm und immer auf den Kopf.



14 Uhr 30

Ratsweg. Bericht eines Dortgebliebenen: Der Platz ist jetzt voller Leute. Etwa 3000 Faschisten sind mit Bussen angereist. Man stellt sich in Marschordnung auf; zuerst die Österreicher mit Fahne "Treu Deutsch", dann die Gaue, Sachsenanhalt, Thüringen — am Schluß Hessen. Über Lautsprecher kommt die Durchsage: Innenstadt und Römer von Gegendemonstranten blockiert, Kundgebung wird verboten. Pfeifkonzert, Gemurre, Ausrufe wie "Rotfront verrecke", "Alle an die Wand". Ein älterer Herr lüftet sein Jackett und läßt eine Pistole sehen: "Der erste Linke, der mir unterkommt . . . " Mir wird es mulmig und ich gehe zur Innenstadt.

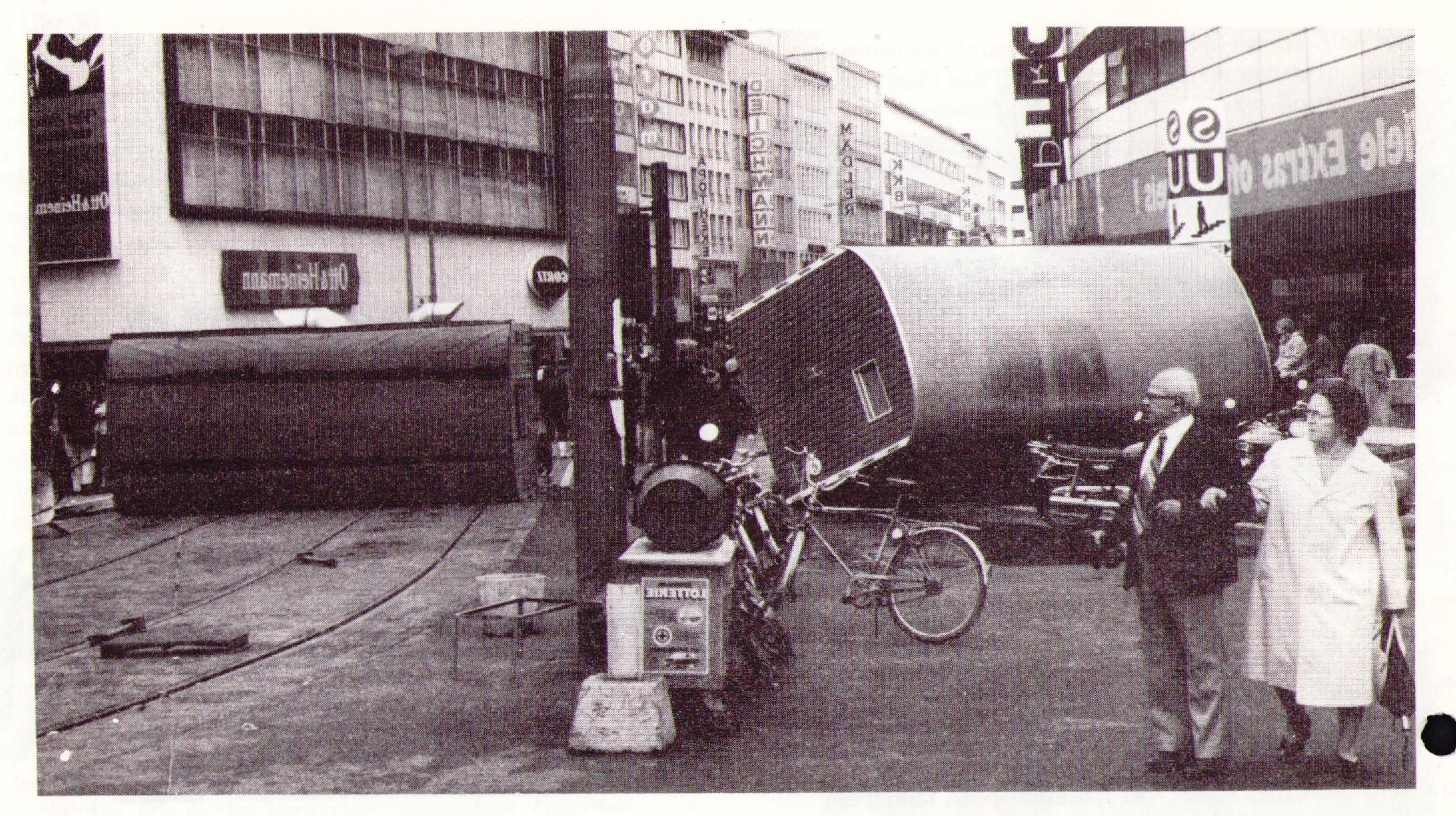


15 Uhr 30

Die Innenstadt ist zu. Die Zeil, Frankfurts größte Einkaufsstraße, die angrenzende Hauptwache und auch die Seitenstrassen sind voller Gegendemonstranten. Überall liegen Barrikadenteile. Auf der Straße, die an der Hauptwache und am Kaufhof vorbeiführt umgeworfene Bauwagen, die Leitplanken stehen quer, das Pflaster ist aufgerissen, Bürgersteigplatten werden zerkleinert. Zwischendrin verschreckte Passanten, staunende Zuschauer. Über der Hauptwache kreist minutenlang der Polizeihubschrauber.

Ein Krankenwagen kommt. Eilig werden Barrikaden beiseitegeräumt und der Wagen schiebt sich langsam zwischendurch, die Fahrer, Zivildienstleistende, danken nach draußen. Dann ein Schrei: Das sind ja Faschisten, was, verletzte Faschisten, und schon fliegt ein Stein, zersplittert die Heckscheibe des Krankenwagens, der Fahrer gibt Gas. Einer wollte dem Werfer noch in den Arm fallen, alle stehen verblüfft und entsetzt herum. Dann wütende Fragen, was das soll, selbst wenn es Faschisten oder Bullen gewesen wären — der eben noch den Stein geworfen hat, sitzt auf dem Boden und weint und schüttelt fassungslos den Kopf.

Und dann kommen wieder die Mannschaftswagen, Polizeiketten marschieren auf, Wasserwerfer. Schon einmal waren sie da und mußten wieder abziehen. Diesmal fahren sie alles an, was sie freimachen konnten. Sie kommen nur langsam voran, fahren sich mit den Wasserwerfern zwischen den Leitplankenteilen fest. Sie werfen mit Steinen, werden beworfen. Schließlich kommen sie durch — in den Seitenstraßen, den Passagen geht es weiter. Vor ihnen und hinter ihnen Demonstranten. Die Polizeiketten gibt es nicht mehr. Überall ein paar Bullen, die hinter irgendwem herlaufen, es aufgeben und sich den nächsten suchen, plötzlich zurückweichen müssen. Nebenan formiert sich eine kleine Demonstration und marschiert zurück zum Römer. Der ist nur zum Teil geräumt. Überall stehen Leute herum und nur die Kreuzung vor dem Paulsplatz ist von Sperrgittern und Polizei abgeriegelt — und natürlich die NPD-Tribüne.



16 Uhr 30

Gerüchte gehen um: Jetzt kommen die Faschisten. Sie kommen nicht mehr. Einer war am Ratsweg, sagt, daß sie schon marschieren. Dann eine Durchsage über den Lautsprecher vom Paulsplatz, wo immer noch die Veranstalter der Kundgebung stehen und unbeirrt ihr Musik- und Vortragsprogramm abspulen: Die Kundgebung der NPD auf dem Römer ist verboten, die Faschisten mußten zurückgehen zum Ratsweg.
In den Seitenstraßen noch immer Polizeieinsätze. Die Berliner Straße, der Römer, der Paulsplatz und einige Passagen sind voller umherlaufender Menschen und sich unterhaltender Grüppchen. Viele lachende Gesichter auch unter Verband.

17 Uhr

Der NPD-Stand wird abgebaut. Großer Beifall, Pfiffe, Gelächter. Die Faschisten, heißt es, sollen ihre Kundgebung doch in der Stadt, und zwar im Osten, an der Großmarkthalle abhalten. Einige Emigranten rufen: "Auf zur Großmarkthalle". Und wirklich formiert sich ein kleiner Demonstrationszug und geht Richtung Osten, Zoo, Großmarkthalle, 400 oder 500. Viele laufen am Straßenrand hinterher.

17 Uhr 30

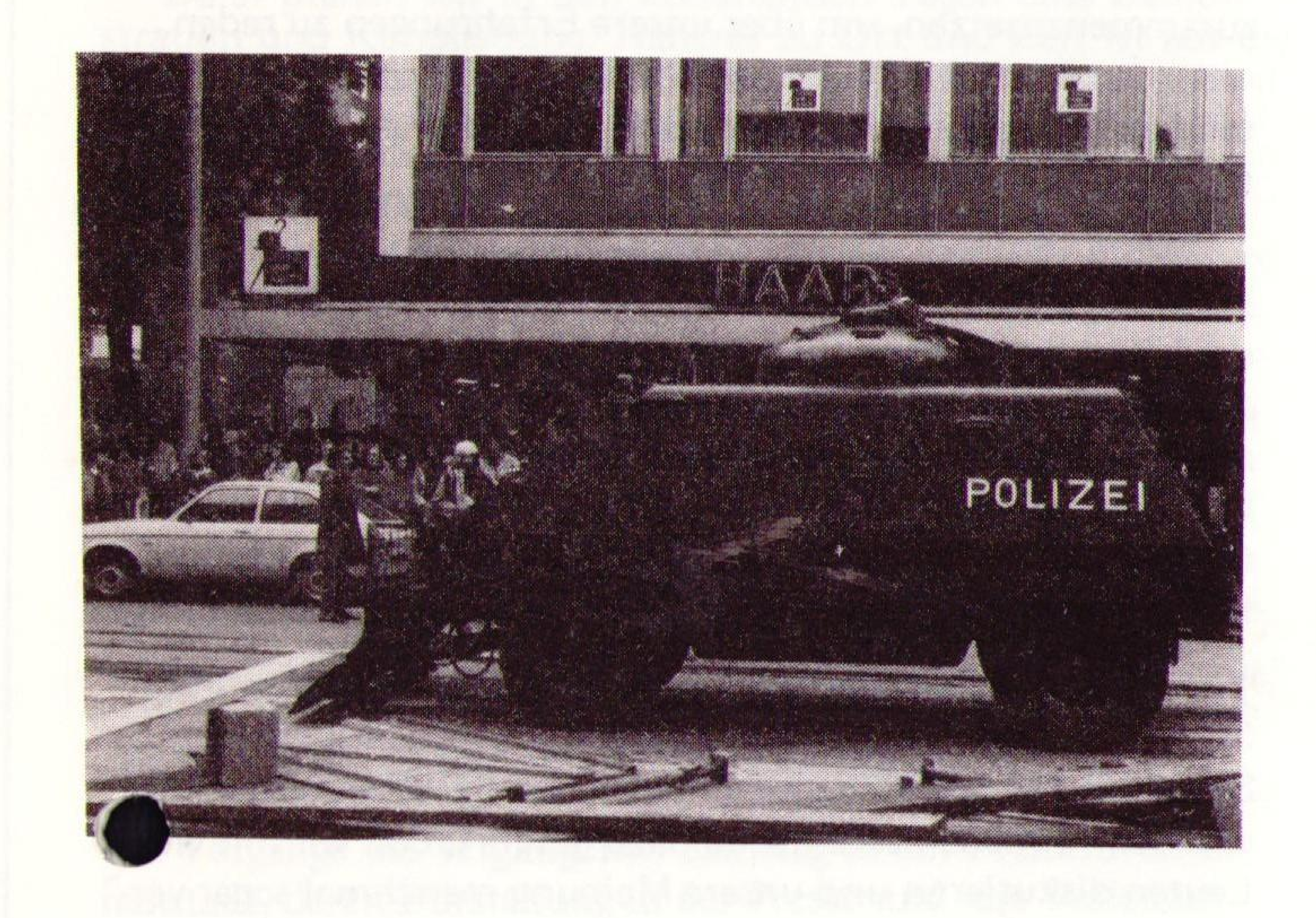
Die Faschisten sind nicht an der Großmarkthalle, sie sind wirklich zum Ratsweg zurück.

Auf der Berliner Straße noch einmal ein Aufmarsch der Polizei. Schon glauben alle, jetzt würde auch der Paulsplatz geräumt. In ganzer Straßenbreite nehmen sie Aufstellung und marschieren los. Schubsen und drängeln. Eine lange Reihe Mannschaftswagen fährt hinter zwei Wasserwerfern her. Und dann kommen sie auch von der anderen Seite, wo nur eine Fahrbahn der vierspurigen Straße frei von Barrikaden ist. Nichts geschieht. Alle gehen von der Straße und lassen sie vorbei. Sie tauschen nur abgearbeitete Hundertschaften, die sich müdegeprügelt haben, gegen neue. Aber nicht nur: da kommt etwas ganz Besonderes: Ein kleiner Panzer – vorne mit Räumschaufeln bestückt, oben ein Kerl mit Kopfhörern, der sich bei den ersten Pfiffen sofort mit seiner Panzerklappe zudeckt. Der Panzer schiebt Barrikadenteile zur Seite. Nach zehn Minuten ist auch er vorbei.



18 Uhr

Die Kundgebung ist offiziell beendet, eine Veranstaltung gleich anschließend im Volksbildungsheim angekündigt. Wagen der Stadtreinigung fahren überall herum. Barrikadenteile werden zusammengeräumt. An der Hauptwache zieht die Feuerwehr Leitplanken von der Straße. Der Hubschrauber kreist über dem Nachhauseweg.



EINZELTEILE zu den Ereignissen

Was bei linker Politik „Erfolg" und „Niederlage" genannt werden kann, ist in dem mikroskopischen Rahmen, in dem unsere Handlungen direkte Wirkung nach außen zeigen, sehr fragwürdig geworden. Am Samstag konnten wir seit Jahren wieder einmal die Erfahrung machen, daß die Anwesenheit der vielen Tausenden in der Stadt eine greifbare Folge hatte: die Nazis blieben draußen auf der Wiese – die Innenstadt blieb unser Raum.

Dabei blieb eigentlich alles beim Alten: es blieb dabei, daß wir, die Linken aus allen Häuschen, gegen die „normale" Macht kämpfen mußten, gegen Bullen, Magistrat, Verwaltungsgerichtsverfügungen, gegen den alltäglichen Herrschaftskonsens der das Maß an Leben in dieser Stadt zu reglementieren versucht. Dieser uns vertrauten Unfreiheit mußten wir alle Kräfte entgegenstellen, um die Anwesenheit der Neonazis in Frankfurt überhaupt zum Problem zu machen. Daß sie nun fernblieben, war ein Aufatmen wert. Ein Aufatmen allerdings mit Tränengas und blutigen Köpfen.

Im dicksten Wasser – Tränengas – Flucht – Getümmel geht gemessenen Schrittes eine Familie von außerhalb durch die Hasengasse. Vater, Mutter, einige Kinder, Tante und Oma. „So'n Mist", schimpft Papi, „Museum zu, Cafe zu, alles zu – ich sag's doch, Frankfurt ist keine Stadt, des is ne Krankheit".

Nur ganz wenige haben von den militanten Rechten überhaupt einen optischen Eindruck bekommen. Sie geistern mehr als Phantome durch unserer Vorstellungskraft: SS-Koppelschlösser, schwarze Uniformen, jugendliche Arbeitslose ohne Halt und Zukunft, Parkas und Jeans mit „Atomkraft nein danke" neben NPD-Plaketten, Schlägertypen, „Rotfront verrecke", Frauen mit Henna-Haaren und Palästinensertüchern; – alles Mosaik-Eindrücke, die Einzelne mitbekommen haben und die dann begierig die Runde machten. Daß es zur direkten Auseinandersetzung mit den neuen Rechten nicht kam, wurde an anderer Front teuer genug bezahlt. Angesichts des polizeilichen Knüppelrausches sind Spekulationen müßig, ob die Nazis vielleicht noch schlimmer seien als die Bullen.

Am Donnerstag diskutierten italienische Autonomisten mit Frankfurter Genossen sehr heftig über die italienische und die deutsche Kontroverse über Gewalt, über kreative Subversion, über P 38 und Indianer. Am Freitag ging es auf einer Podiumsveranstaltung mit Andre Glucksmann um die Dialektik von Befreiung und Herrschaft, um die Umwandlung des einen in das andere mit so katastrophalen Folgen wie dem Archipel Gulag in der Sowjetunion. Der Faden vom Vortag schien auf allgemeinerem Niveau weitergesponnen zu sein. So wichtig diese Diskussionen waren, am Samstag lieferte die aktuelle Situation neuen Stoff dazu: die Barrikadenbauer und Steinewerfer waren hier keine politisch definierte Spezialgruppe, sie waren das Produkt der Stunde. Ihr Widerstand war genauso militant wie unvorbereitet, seine Dimension maß sich nachvollziehbar an der Brutalität der Bullen, nicht an einer von den bürgerlichen Gewaltverhältnissen abgeleiteten Blanco-Legitimation.

Nicht weit von den Barrikaden entfernt halten SPD- und DKP-nahe Gruppen eine antifaschistische Kundgebung ab – zwischendrin spielt ein KBW-Spielmannszug Schnedderängtängtata. Mir sind sie heute allesamt lieb. Dieser Tag wäre ohne das Zusammenstehen der Gruppen von A bis K und S für jeden eine Katastrophe geworden. Die Übereinkunft ist für alle einleuchtend, sie gilt den ganzen Samstag ohne große Distanzierungen. Doch im Anschluß an die Veranstaltung mit Glucksmann drängt sich ein Weiterdenken auf: wie können wir über die gemeinsame Abwehr der Nazis hinaus unsere eigenen Fragen über den 17. Juni artikulieren? Wie läßt sich im praktischen Bündnis die Distanz zu antifaschistischen Kommunisten diskutieren, die den Herrschaftsapparat der osteuropäischen Länder für eine begrüssenswerte Einrichtung halten? Wie wäre es mit einer linken Veranstaltung am/zum nächsten 17. Juni?

Viele Frankfurter, die den Pflasterstein für überholt hielten, haben ihn am Samstag wieder aufgegriffen. Die Beklemmung auf dem Römer – „wann kommen die Nazis?" – wich einer entsetzten Wut, als die Bullen ihnen schlagkräftig zuvorkamen. Bei der Jagd durch die Innenstadt löste sich bei mir irgendwann der Schreck: mein Gott, wie oft bin ich hier schon mit knapper Not entlanggejapst, wie oft habe ich hier dieses Fußgetrappel, Krachen und Klirren gehört – geradezu lächerlich oft!

Und doch war es nicht dieselbe Demonstrations-Militanz wie bei Häuserkampf oder FVV(Verkehrsverbund) Kampagne. Die in Frankfurt intensiv geführte Diskussion über unser Verhältnis zur Gewalt hat sich zum ersten Mal umsetzen können. Als auf dem Römer neben Farbbeuteln auch Flaschen von hinten nach vorne flogen, waren viele damit nicht einverstanden und riefen „aufhören". Auf der Zeil wurde vor und während des Barrikadenbaus diskutiert und abgesprochen, Steine erst zu werfen, wenn die Bullen angreifen. Was an der Oberfläche wie die Neuauflage historischer Kampfszenen aussah, war doch etwas anderes. Die grimmige Ausschließlichkeit, nach der damals Demonstrationen nach einem bestimmten vorhersehbaren Muster ablaufen mußten, bestand nicht mehr. Es gab eine Vielzahl von Kampfmitteln vom pazifistischen „we shall not be moved" bis zum aufgerissenen Pflaster, die gleichzeitig und wechselweise ineinandergriffen – je nach Lage der Dinge. Keines dieser Kampfmittel ist für sich genommen das ganze Gesicht dieses Samstags.

Der riesige Sperrgürtel, den die Polizei nach der Räumung des Römerbergs durch die Innenstadt gezogen hat, bewirkte, daß überall diskutiert wird, wo die Leute nicht weiter können. NPD-Freunde gibt es kaum, aber Otto Normal Passant hält nichts von Steinwürfen gegen Polizisten, auch wenn diese noch so hart draufschlagen. „Rabauken gibt es eben auf beiden Seiten", sagen viele, um zu erklären, daß sie weder „zur einen Seite noch zur anderen Seite" halten.

Vor einem Rotkreuzwagen erregt sich eine Frau, sie hat einen Sanitäter die Räumung kommentieren hören: die Linken sollten alle in ein Loch gesteckt und eingebuddelt werden; ihr Mann sei Richter, sagt sie und deswegen müsse man ihr glauben, sonst würde doch kein Hahn danach krähen, was hier Ungeheuerliches geschehe. Der Obersanitäter kommt heraus – grad hat er zwei lädierte Köpfe verbunden – und betont das Recht auf

freie Meinungsäußerung seiner Mitarbeiter. „Die Demonstranten müßen damit rechnen, hier was abzukriegen, ist doch klar." Auf den Nazi-Protest als Anlaß angesprochen, sagt er:„Ich habe selber im KZ gesessen, ich bin Jude, darüber brauchen Sie mir nichts zu erzählen, aber wenn hier die Versammlung aufgelöst wird, muß jeder mit einem blutigen Kopf rechnen." Die Richtersfrau ist damit nicht zufrieden, hält es für wichtig, daß immer mehr hier protestieren und will über ihren Mann die Polizeiübergriffe anprangern lassen. Warum ihr Mann heute nicht dabei ist, weiß sie auch nicht.

Die Bullen bevorzugen ungeschützte Köpfe, sie prügeln in erster Linie auf die ungezählten „Wehrlosen" ein, die sich durch das Ausharren auf dem Römerberg mit nichts als ihrem Körper gegen den drohenden Nazi-Aufmarsch gewehrt haben. Geschlossen und standfest bis zum Umfallen versuchten KBW-Ketten mit Pauken und Trompeten sich dem Räumungsstoß der Bullen zu widersetzen, sie haben von der ersten Knüppelwelle wohl am meisten abgekriegt. Den mobilen Barrikadenkämpfern an der Hauptwache dagegen ist kaum etwas zugestoßen. Die Bullen bleiben im Steinhagel auf Distanz und als sie nach mancherlei Rückzug die umgekippten Bauwagen, Bretter und Leitplanken endlich erreichen, sind ihre Erbauer schon wieder woanders; bilden einen eilig gesammelten Demonstrationszug und laufen zurück zum Römerberg, der auch inzwischen wieder begehbar geworden ist.

Die Phantasie des Widerstandes schafft solche Situationen in kürzester Zeit, scheinbar aus dem Nichts heraus, was bei den Beteiligten im Straßenkampf als intensive Momente des Auflebens empfunden wird; — und sei es nur für 10 Minuten solange die Barrikade hält. Weder hatte an diesem Tag jemand diese offensive Eskalation erwartet, noch sich darauf vorbereitet. Vielleicht war sie gerade deshalb so stimmig.

Das, was dann in Frankfurt ablief, war für viele Leute die erste Erfahrung mit Bullenterror. Weil es für viele Leute sogar die erste Demonstration überhaupt war, wurde der Glaube an Rechtsstaat und Demokratie ganz schön erschüttert. Unsere Wut und Empörung war der Anlaß, daß wir uns nach der Demonstration noch einmal in der Fabrik IV gemeinsam zusammenzusetzen, um über unsere Erfahrungen zu reden... unter anderem wurde auch diskutiert, ob diese Art von Massendemonstration überhaupt noch ein wirkungsvolles Mittel ist, um seinen Protest auszudrücken.

Wir überlegten dann, was für Aktionen gemacht werden könnten, um eine andere Öffentlichkeit herzustellen als die der bürgerlichen Presse. Uns fiel leider nichts besseres ein, als erst einmal die üblichen Register der Öffentlichkeitsarbeit zu ziehen = Leserbriefe, Informationsstände, Presseerklärung, Demonstrationen. Trotzdem war es sehr gut für uns, zu erfahren, daß wir gemeinsam als Gruppe etwas vorbereiten und formulieren konnten und uns dabei auch wirklich wohlfühlten.

Wir konnten zwar über unseren Kreis hinaus (ca. 200 - 300) kaum Leute mobilisieren, aber z.B. die Infostände in der Stadt mit Fotos und Kommentaren von der Demonstration und dem Bulleneinsatz haben dazu geführt, daß wir mit vi[illegible] Leuten diskutieren und unsere Meinung manchmal sogar vermitteln konnten. Diese Ereignisse haben die offensichtlich schlafende ‚Scene' in Offenbach ein wenig geweckt und gibt uns die Hoffnung, daß in Offenbach außer Festen auch politisch langfristig etwas laufen kann.

Kontaktadresse: Zentrum Offenbach, Bismarckstr. 16
Fabrik IV ‚Kolbenfresser' Bismarckstr. 79

WO SEID IHR, die ihr Faschismus und Krieg doch schon mitgemacht habt, wo ist euer Widerstand heute?
Wir sahen nur erschreckend wenige alte Antifaschistinnen und Antifaschisten, die uns Mut machten.
Gerade nach den Vorfällen vom Samstag erwarten wir von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, besonders auch von der älteren Generation, daß sie sich stärker und ernsthafter als bisher mit ihrer Vergangenheit und unserer bedrohten Zukunft auseinandersetzen.
Dafür planen wir in den kommenden Tagen eine Demonstration und Kundgebung. Näheres zu Ort und Zeit ist aus der der Tagespresse, von den Frauenzentren und aus Flugblättern zu erfahren.

KONTAKTADRESSEN:
Frauenzentrum Bockenheim, Landgrafenstr. 11, Tel. 0611/778882
Frauenbuchladen, Kiesstr. 27, Tel. 0611/705295

Verantwortlich für diese Presseerklärung sind: Frauenbuchladen, Frauenzentrum, Eckenheimer Landstraße, Autonomes Frauenreferat Uni Frankfurt, Frauen von dem Pupille-Kino, Frauenzentrum Bockenheim.

PRESSEERKLÄRUNG VOM AStA Frankfurt

[illegible] Vorgänge des vergangenen Samstag in der Frankfurter Innenstadt, deren Darstellung in der Presse und die Verletzungen zahlreicher Studenten veranlassen uns zu folgender Stellungnahme:

Die Analyse dessen, was sich am Samstag in der Innenstadt ereignete, legt offen, daß der brutale Polizeieinsatz bei und nach der Räumung des Römerberges nicht nur vermeidbar, sondern - mit dem Ziel der Säuberung des gesamten Innenstadtbereichs- geplant war.

Während ein starkes Polizeiaufgebot am Steinweg die Samm-

"Kampfgruppen" und andere militante Splittergruppen ins Licht der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Selbst Verfassungsschutz und Polizeibehörden müssen diese Entwicklung bescheinigen. Die Bürgerinitiativen und die Bevölkerung im Raum Gorleben werden bespitzelt und eingeschüchtert. AKW-Gegner wie die herausgegriffenen Grohnde-Demonstranten werden ohne großes Federlesens hinter Gitter gebracht. Ein Mitglied des KBW wird zu drei Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, weil es einen Verfassungsschützer als "Spitzel" bezeichnete. Gleichzeitig wird der Faschismus konsequent verharmlost, spricht Ex-Innenminister Maihofer von lediglich 150 militanten Neo-Nazis im ganzen Bundesgebiet.

Die Ereignisse in Frankfurt am 17. Juni beleuchten schlaglichtartig , daß der verdeckte Schutz der Faschisten durch die staatlichen Behörden immer unverhülltere Formen annimmt.

Am 17.6. hat die NPD in Frankfurt ihr "Deutschlandtreffen" abgehalten, zu dem ca. 4000 Faschisten aus dem ganzen Bundesgebiet angereist waren. Am Nachmittag sollte auf dem Römerberg in der Frankfurter Innenstadt eine Kundgebung durch die Nazis abgehalten werden, die diese gegen das Verbot durch die Stadt über das Verwaltungsgericht eingeklagt hatten. Am Mittag des 17. Juni sammelten sich bereits zahlreiche Teilnehmer einer Gegendemonstration, zu der u.a. auch der Asta der Uni Frankfurt aufgerufen hatte. Der Platz der Gegenkundgebung, der Paulsplatz, ist durch eine Straße direkt mit dem Römerberg verbunden, so daß zahlreiche Gegendemonstranten auf den Römerberg strömten, auf dem sich bereits NPD-Ordner samt Redner-Tribüne, geschützt von Polizeikräften aufgebaut hatten. Da der Römerberg zu diesem Zeitpunkt NICHT abgesperrt war, füllte sich der Platz schnell mit mehreren tausend Menschen, die gegen den Auftritt der Neo-Nazis protestierten. Wie eine Rücksprache mit Beteiligten ergab, waren die Demonstranten weder bewaffnet noch ausgerüstet und auf eine Konfrontation vorbereitet. Desgleichen kann von einem

Für die politische Führung in Frankfurt ist bei allem Gehetze gegen die linken Randalierer eines deutlich geworden: sie haben das Risiko, das sie mit der Genehmigung von Nazi-Aufmärschen eingehen, bei weitem unterschätzt. Der politische Störfaktor von vielen tausend Antifaschisten auf der Straße machte ihnen die Sache äußerst unbequem. Nicht ihre demokratische Gesinnung, sondern allein diese Unbequemlichkeit bewegt sie zu Maßnahmen gegen die Neonazis.

Die Feste und Kneipengespräche am Abend hatten ein überragendes Thema. Während die einen furchtlose Heldenepen spannen und zum „streetfighting man" von den Stones zur Tanzfläche rasten, wurde bei anderen der ganze Umfang an neuen Erfahrungen anhand der frischen Eindrücke diskutiert. Von allen Seiten Informationen, Erklärungen, Spekulationen. Schwieriger war es schon, das Gefühl der namenlosen Angst zu äußern, das allen noch vor Kurzem in den Knochen gesteckt hatte.

Es ist auch noch lange nicht weg.

OFFENBACH – LAND IN SICHT

Am Abend des 16.Juni gab es in Offenbach in der Fabrik IV 'Kolbenfresser' eine Veranstaltung mit Infos, Büchertischen, antifaschistischen Liedern und dem Film „Nazis – gibts die noch? " Ziel der Veranstaltung war, für die Demonstration am 17. Juni zu mobilisieren. Gerade der Film löste eine große Betroffenheit aus, das zeigte sich auch daran, daß sich am nächsten Morgen 200 Leute trafen, um gemeinsam nach Frankfurt zu fahren und gegen die Faschisten zu demonstrieren (was für Offenbach in der letzten Zeit sehr selten war).

WO IST DIE ÄLTERE GENERATION?

Frankfurter Frauen schreiben zum 17. Juni:

Am Samstag, den 17. Juni, sollte auf dem Römerberg der Aufmarsch der NPD stattfinden.

Demokraten und Demokratinnen riefen zu einer antifaschistischen Gegenkundgebung auf. Es kamen viele Tausende.

Wir Frauen aus der Frauenbewegung beteiligten uns an dieser antifaschistischen Demonstration.

Immer zunehmender bestimmen wir Frauen unser Leben selbst. Wir entscheiden immer selbstbewußter welchen Beruf wir ausüben, wen und wie wir lieben, ob und wann und wieviel Kinder wir haben wollen, wie und wo wir unsere Interessen als Frauen öffentlich ausdrücken und durchsetzen.

Das lassen wir uns nicht nehmen!

Diese, unsere erkämpften Rechte werden bedroht von wachsenden reaktionären Tendenzen. Wir sollen auf die traditionelle zweitrangige Frauenexistenz zurückgedrängt werden. Hier sind die Neonazis mit ihrem menschenverachtenden, frauenunterdrückenden Denken und Handeln nur die Spitze des Eisberges.

Am Samstag auf der Demonstration wurde ein friedliches Ausdrücken unserer antifaschistischen Haltung jedoch unmöglich gemacht. Fünf Hundertschaften der Polizei räumten unerwartet schnell und brutal den Römerberg.

Das plötzliche Eingreifen der Polizei mit Schlagstöcken, Wasserwerfern und Tränengas verbreitete Massenhysterie und Todesangst. Die Menschen wurden regelrecht durch den nadelöhrigen Ausgang in die Flucht geschlagen. Dabei nahm die Polizei billigend in Kauf, daß durch diese Panik Menschen hätten zu Tode kommen können. Sie verfolgte die Demonstrantengruppen quer durch die Innenstadt und versuchte so, die antifaschistischen Kräfte zu zerstreuen.

Durch ihr Verhalten begibt sich die Polizei unserer Meinung nach in die Nähe der Faschisten. Ja, das Vorgehen der Polizei machte deutlich, daß der bürgerliche Rechtsstaat und die Polizei als eine institutionalisierte legale Staatsgewalt in ihren Reaktionsweisen auf demokratische Proteste Verwandtschaft mit den Neonazis zeigen.

Wir sehen uns in dieser Auseinandersetzung um den Faschismus von der älteren Generation, der auch unsere Mütter und Väter angehören, alleingelassen ...

lung der Demonstrationsteilnehmer auflöste, blieb der Zugang zum Römerberg vollkommen offen. Daß angesichts der dort aufgebauten Kundgebungstribüne der Nazis die Mehrheit der über 6.000 Demonstrierenden sich spontan entschloß, den Platz zur Verhinderung der dort geplanten Nazikundgebung zu besetzen, muß auch für die Polizei absehbar gewesen sein. Die brutale und unerwartet schnelle Räumung des Römers und die sofortige Verfolgung der Teilnehmer in den umliegenden Strassen, obwohl nur zum Verlassen des Römers aufgefordert worden war, legen nahe, daß diese „Aktion" von langer Hand vorgeplant war.

Das gleichzeitige Verbot der Nazi-Kundgebung am Römer macht offensichtlich, daß strategische Überlegungen das Verhalten der Polizei bestimmten.

Unser Protest richtet sich gegen das menschenverachtende Handeln der Polizeiführung, die die Gefährdung von Leben und Gesundheit demonstrierender Bürger zur bloßen Demonstration polizeilicher Allmacht in Kauf nimmt.

Der AStA der Uni Frankfurt ruft alle auf, die Verletzungen erlitten haben, über Einzelheiten näher informieren können oder Bildmaterial besitzen, sich im AStA zu melden, um mitzuhelfen, die Vorgänge am 17.6. zu dokumentieren.

SOLIDARITÄT MIT FRANKFURTER ANTIFASCHISTEN

Der Studentische Rat der Technischen Universität Braunschweig hat am 19. 6. 78 zu den Vorfällen in Frankfurt am 17. Juni 1978 folgenden Beschluß gefasst:

"Seit 1975 häufen sich die provokativen Auftritte von Neo-Nazis. Darüber hinaus treten immer häufiger faschistische

eine Konfrontation vorbereitet. Desgleichen kann von einem Angriff auf die Polizeibeamten keine Rede sein.

Wie in der ARD am Sonnabend zu hören und zu sehen war, ging die Polizei, um den Platz für die NPD freizumachen mit beispielloser Härte und Brutalität gegen die Demonstranten in einem Polizeieinsatz vor und räumte nach 3-maliger sehr rascher Aufforderung zum Verlassen den Platz unter Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas.

Bilanz dieses Einsatzes, der die Demonstranten "offensichtlich" überraschte (FR vom 19.6.) und zu einer regelrechten Panik führte: über 70 z.T. Schwerverletzte. Der Studentische Rat der TU Braunschweig verurteilt aufs Schärfste diesen in seiner Härte und Brutalität beispiellosen Polizeieinsatz, der einen einmaligen, in seiner Schärfe bisher nicht bekannten Einschüchterungsakt gegen die antifaschistische Bewegung darstellt.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/ 704 352
Verantwortlicher Redakteur: F. Kern

Als besonders schwerwiegend sehen wir außerdem an,
- daß der Platz zu einem Zeitpunkt geräumt wurde, als bereits feststand, daß die NPD-Kundgebung nicht auf dem Römerberg stattfinden würde, sondern im Interesse der "Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit" an den Stadtrand verlegt wurde;
- daß sich die Polizei nicht mit dem Absperren des Römerberg begnügte, sondern durch die halbe Stadt bis zur Zeil und zum Eschenheimer Tor verfolgte. Hier kam es zu Prügelszenen, wie man sie lange nicht mehr erlebt hatte. Die daraufhin entstandenen Eskalationen müssen einzig und allein der Polizei ins Schuldbuch geschrieben werden.

Der Studentische Rat verurteilt entschieden, daß die Neo-Nazis durch die Staatsgewalt geschützt und die antifaschistischen Kräfte terrorisiert werden.

Der SR fordert:
- Schluß mit den Prügeleinsätzen und Bürgerkriegsmanövern der Polizei!
- Freiheit für die antifaschistische Bewegung!
- Verbot aller Neo-Nazi-Aktionen!
- Auflösung aller SS-Nachfolgeorganisationen!
- Verwirklichung des § 139 GG!

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen bis auf die letzte Forderung (§ 139 GG), bei der es einige Gegenstimmen gab.

NAZIS AUCH IN MOERS

MOERS 22. Juni *Über die neuen Aktivitäten der Nazis in Moers erhielten wir folgenden Bericht:*

„Hießen die Parolen am Anfang noch „Freiheit

rückt bellte und sich auf die Anwesenden zu stürzen versuchte. Vier der Grünen marschierten in die Kneipe, um den Inhaber eine Anzeige wegen Ruhestörung zu verpassen, also wegen 'ner Sache, die sich auf dem Bürgersteig davor abspielte!

Draußen überprüften sie unter energischem Widerspruch der Umstehenden die Personalien des Gitarrespielers. Schließlich erklärten sie, die „Versammlung" sei aufgelöst, wir sollten den Bürgersteig verlassen. Daraufhin sagte ich lediglich, wir könnten ruhig auf dem Bürgersteig bleiben, der Gitarrist solle leise weiterspielen.
Da plötzlich forderte mich ein aggressiver junger Polizist auf, vorzutreten und den Personalausweis zu zeigen. Als ich ihn nach der Begründung fragte, antwortete er, ich sei hier wohl der Rädelsführer. Auf meine Entgegnung, das sei keine Begründung, er solle mir die wirkliche Begründung mitteilen, wiederholte er: „Ich habe Ihnen schon gesagt, Sie sind der Rädelsführer!". Als ich mich immer noch nicht zufrieden gab und weiterfragte - mein Portemonnaie mit dem darin befindlichen Ausweis hatte ich bereits sichtbar gezückt - fauchte er: „Den nehmen wir mit!", und ehe ich mich versah, hatten er und ein anderer, ebenfalls ein junger Kerl, mich im Polizeigriff gepackt und schleiften mich zum auf der gegenüberliegenden Straßenseite haltenden VW-Bus, während der erstgenannte mir unter den Worten „Benehmen Sie sich" mit der Faust voll ins Gesicht schlug. Im Griff drückte er so fest zu, daß er mir am linken Oberarm einen handtellergroßen Bluterguß beibrachte. Der andere verrenkte mein rechtes Schultergelenk.

Obwohl ich protestierte und mich wiederholt bereit erklärte, mich auszuweisen, stießen sie mich ins Auto, wo der Schläger über Funk meine Personalien überprüfte. Auf meine Aufforderung, mir seinen Namen und seine Dienstnummer zu sagen, erwiderte er, ich solle still sein, und meinte, als er ein Grinsen auf meinem Gesicht feststellte, mir werde das Lachen noch vergehen.

Am nächsten Tag begab ich mich gemeinsam mit dem Gebissenen und einem der Zeugen zum Polizeipräsidium, um die Dienstnummern der am geschilderten Einsatz Beteiligten zu erfragen. Ihre Autonummern hatten wir wohlweislich aufnotiert. Die diensthabenden Beamten weigerten sich, uns die Dienstnummern ihrer Kollegen mitzuteilen, denn die seien nur für den internen Dienstgebrauch. Dreist fügten sie hinzu, ihre Kollegen seien am Vorabend keineswegs verpflichtet gewesen, uns die Nummern zu zeigen, das gebe es nur im Fernsehen (!).
Wenn wir die haben wollten, könnten wir uns im Rahmen einer schriftlichen Beschwerde danach erkundigen. Strafanzeigen gegen ihre eigenen Kollegen würden sie nicht aufnehmen, da müßten wir schon zur Kripo.

Als wir wissen wollten, warum sie wegen etwas lauter Musik mit diesem großen Aufgebot gekommen seien, antworteten sie, das sei ihre Sache und ginge uns nichts an. Sie hätten mehrere Anrufe von Anliegern erhalten. Außerdem war das Ganze ihrer Auffassung nach eine anmeldepflichtige Versammlung. Im übrigen sei es nicht der letzte Einsatz dort gewesen.

Als kurz nachdem wir gegangen waren, einer der Kneipeninhaber wegen ihrer Anzeige erschien, erhielt er auf seine diesbezügliche Frage von denselben Beamten auf einmal die Antwort, die Anzeige sei von Seiten der Polizei und nicht aufgrund von Anliegeranrufen gekommen.

Es sieht danach aus, als solle hier eine neue Kneipe, die sich schnell zu einem Jugendtreff entwickelt hat, systematisch kaputtgemacht werden. Es war schon die zweite Anzeige wegen Ruhestörung, wegen ein bißchen Musik. Natürlich will ich keine Lärmbelästigung rechtfertigen, aber bei anderen Trierer Gaststätten liegt die Toleranzgrenze offenbar wesentlich höher. Handelt es sich nicht um Rechtsbeugung, wenn dann Polizisten gegenüber den Inhabern damit drohen, beim drittenmal würde das Lokal dichtgemacht?

kratenwillkür wegen Kinderspielplätzen. Ließen die Sowjetunion hochleben in der 'Unsere Zeit'. Die DGB-Jugend war für ein Ausbildungsgesetz und gegen Jugendarbeitslosigkeit. Der KB für das, was immer im 'Arbeiterkampf' steht.

Polizei erscheint. Ordnungsamt erscheint. Zivile erscheinen vom 14. Kommisariat der politischen Abteilung zur Überwachung der Demokratie und Grunzgesetzeinhaltung. Der nicht genehmigte KB-Stand wird geräumt. Eigentum der KB'ler, das sie in Hamburg bereits bezahlt haben, wird konfisziert. Eine Menge von Mönchengladbacher Menschen sammelt sich um die 'Amtshandlung'. Man ist empört. Vom DGB wollen zwei Jugendliche den ganzen demokratischen Vorgang per Tonband festhalten. Mit 'Rotzjunge' und ähnlichem, auch Mikrostecker rausziehen, werden sie von uniformierten Polizisten traktiert. Da sie nicht schweigen, sondern dagegen protestieren, obwohl sie ja genehmigt sind, werden sie ins Polizeiauto verladen. Passanten, die an die Autoscheibe des Bulenautor klopfen und meinen, man solle die DGB-Jugens freilassen, bekommen vom aussteigenden uniformierten Amtstarzan zu hören: "Will hier noch jemand mitfahren?!"

Die anwesenden Jusos, die zuerst nur staunend die außer Rand und Band geratene Demokratie, die ja ihre Partei auch regiert, betrachten, bekommen Sprache aus ihren Mündern. Sagen ebenfalls allerhand zur Demokratie und so. Kritisches. Zu uniformierten Beamten und auch Zivilen. Namen wurden von der Amtshandlungsarmada keine genannt.

Am Montag erscheint der Leiter des 14. Kommisariats (Abteilung, die für politische Delikte zuständig ist) Kuhlen Helmut, beim Parteivorstand der SPD in Mönchengladbach und beantragt gegen einen höherstehenden Juso-Funktionär Maßnahmen einzuleiten, weil er einem Genossen 'Scheißbulle' gesagt hätte. Wo käme man denn hin als SPD-Mitglied, Kuhlen ist selber eines, wenn man sich sowas gefallen lassen müsse.

für Rudolf Heß" und waren mit der Hand an die Mauern gepinselt, so hat sich bei den Nazis inzwischen einiges geändert. Sie verfügen jetzt über kleine Aufkleber mit Parolen wie: „Rotfront verrecke", „Jetzt NSDAP", „wir sind wieder da"; zweifelsohne mit einer eigenen Druckerei, Hakenkreuzsymbolen, einer Kontaktadresse in den USA und besser organisiert.

Besonders aktiv waren sie in Moers-Hülsdonk. Dem Aragon Buchladen wurden beide Schaufenster mit Naziparolen vollgekleistert. Die meisten Aufkleber wurden über ausgestellte Faschismusdokumentationen geklebt. Die jetzigen Nazis wollen das, was die Nazis 1933-1945 gemacht haben, nicht wahrhaben. Das Aragon-Kollektiv wird in dem Buchladen zum Aufkommen des Neo-Faschismus eine Schauwand aufstellen."

Kontakt: Aragon Buchvertrieb, Willi Klanke, Starenweg 1, 4130 Moers 1

POLIZEISTADT TRIER

TRIER 15. Juni — *Von einem von der Trierer Polizei betroffenen ID-Leser:*

„In der Nacht des 5.6., einer lauen Frühlingsnacht, gaben ein paar Leute ihrer Frühlingsstimmung dadurch Ausdruck, daß sie auf dem Bürgersteig, vor der Trierer Kneipe „Crosby, Stills & Nash", musizierten, Geige und Gitarre spielten, Lieder sangen. Wir standen mit mehreren Leuten drumrum und lauschten den Klängen.

Es war kurz nach Mitternacht, als plötzlich vier Einsatzwagen der Polizei auftauchten. Acht Polizisten stiegen aus, um die Einstellung des Gesanges zu fordern. Einer von ihnen hatte einen scharfen Hund ohne Maulkorb an der Leine, der wie ver-

gehen.

Zahlreiche Menschen, die sich vor und in der Kneipe befunden hatten, waren uns gefolgt und protestierten empört gegen meine Festnahme. Der Hundeführer verlor die Kontrolle über den immer aggressiver werdenden Köter, der einen der Leute anfiel und ihm das Bein blutig biß. „Treten Sie zurück, sonst geht der Hund auf Sie los!", schrie sein grünes Herrchen die anderen an. Daß die wildgewordene Bestie sonst niemanden verletzte, war reiner Zufall.

Nachdem ich den Wagen verlassen durfte, forderte ich die G[...]nen, insbesondere den Schläger, mehrfach auf, sich auszuweisen, zwecks Erstattung von Strafanzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerde unsererseits. Sie lehnten es durch die Bank ab, dieser auch von mehreren Zeugen erhobenen Aufforderung nachzukommen, meinten nur, ihre Dienstnummern könnten wir auf dem Polizeipräsidium erfragen.

Als ich in meiner Stinkwut über all diese Schweinereien den Schläger als „Arschloch" und „Feige Sau" anredete, kündigte er an, ich bekäme auch noch eine Anzeige wegen Beleidigung. Daß der zweite an meiner Festnahme beteiligte Polizist mich während der Aktion fortgesetzt duzte, scheint ihm Gegensatz dazu für diese sauberen Herren nicht beleidigend gewesen zu sein.

Sie zogen schließlich ab, ohne, wozu sie verpflichtet waren, einen Krankenwagen für den vom Hund Verletzten kommen zu lassen. Den mußten erst Zeugen herbeirufen. Im Krankenhaus ließ sich eine 1 cm tiefe Bißwunde feststellen, übrigens in dem Bein, in dem der Betreffende früher Kinderlähmung hatte.
Fragt sich, was auf uns zukommt, wenn durch das neue bundeseinheitliche Polizeigesetz solchen Typen, die sich in ihrer Uniform so stark fühlen, auch noch ein gezielter Todesschuß erleichtert wird.
Gottseidank meldeten sich bei uns über 20 Zeugen der Vorfälle.

Und es blieb nicht der letzte Einsatz: Am 8.6. gegen 1.30 Uhr kamen sie wieder mit zwei Wagen an, fragten, warum noch auf sei und überprüften die Konzession. Das, obwohl die Tür schon abgesperrt war, nur noch die letzten Gäste rausgelassen wurden. Am 9.6. gab es Besuch von ca. 20 Zivilen, einer mit 'ner MP bewaffnet, in ihrer Begleitung zwei Hundeführer: Ausweiskontrolle!
Am 11.6. bezog eine Streife auf der gegenüberliegenden Strassenseite Beobachtungsposten."

MÖNCHENGLADBACHER SPRACHSTRASSEN–VERKEHRSORDNUNG

MÖNCHENGLADBACH
20. Juni

Aus Mönchengladbach erhielten wir folgenden Bericht; leider anonym:

Wie jeden Samstag, so auch am 10.6.78, standen am Stadttheater die Linken Mönchengladbachs, um, weil wo anders in diesem Zwergenkaff verboten, ihre Meinung zu diesem Land zu vertreten. Grundordentlich natürlich. So standen da also, am herrlichen sonnigen Samstagvormittag: JUSOS, DGB-Jugendliche, DKP-Leute, Bürgerinitiative–Abenteuerspielplatz und KB. Alle hatten sie beim Ordnungsamt Stände angemeldet und nur einer war verboten worden. Der vom KB. Das sei, so konnte man aus internen Polizeikreisen hören, Taktik.
Trotzdem standen sie nun alle da, am Theater. Verteilten Broschüren gegen Arbeitslosigkeit. Protestierten gegen Büro-

Ein Zivilverfahren wolle man auch einleiten, war zu erfahren. Von Genosse zu Genosse.

Vorschlag anderer linker Kräfte in Mönchengladbach: Für die Jusos wäre es gut, eine Sprachstraßenverkehrsordnung einzuführen, damit sie die "Genossen" von der Polizei nicht beleidigen.

Kontakt: SPD-Unterbezirksbüro, c/o Hubert Körfges, Brucknerallee 126, 405 Mönchengladbach 2

In Mönchengladbach will eben die Politische Polizei unter sich bleiben. In der SPD. Also gibt's vielleicht auch bald ein Parteiausschlußverfahren wegen eines "Scheiß-Bullen". In der Nähe des Tatortes ist Markt. Da werden auch oft Schlachttiere rübergetrieben. Die scheißen manchmal, vielleicht waren die gemeint .... wer weiß!

FANTASIA–DRUCKERINNEN WEITER IN HAFT

Von Mitgliedern des Fantasia-Druck-Kollektivs:

Frankfurt 20. Juni — „Im Rahmen der am 18.5.78 erfolgten Hausdurchsuchung der Fantasia-Druckerei in Stuttgart (ID 230) wurden Doris Braune und Dorit Brücher auf Anordnung der Bundesanwaltschaft verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, Kuriertätigkeiten für die Rote Armee Fraktion übernommen zu haben, um den Kontakt zu im Untergrund lebenden Mitgliedern aufrecht zu erhalten. Im Haftbefehl heißt es weiter, daß ein sogenannter "Container" gefunden wurde, der einen Brief mit verschlüsselten Nachrichten enthalte. (Ein Container ist lt.

Bundesanwaltschaft ein zugeklebter Werbeprospekt, der eine Mitteilung enthält).

Diesen Container gibt es nicht. Den Brief gibt es. Er ist an eine in Frankreich lebende Mitarbeiterin des Internationalen Verteidigerkomitees (IVK) gerichtet. Er enthält nur private Mitteilungen, keine verschlüsselten Nachrichten. Allein durch die falsche Behauptung, daß der Brief sich in einem "Container" befunden haben soll, wird er von der Bundesanwaltschaft als "Beweis" für die angebliche Kuriertätigkeit und die Verhaftung der zwei Frauen herangezogen.

Die Verbindung zu Doris wird darüber hergestellt, daß ein brauner Umschlag an der Wand hing, auf dem stand: Doris, nimm das mit nach Frankreich. Doris und die anderen Frauen von Fantasia wollten an dem der Durchsuchung folgenden Wochenende nach Paris zu einem internationalen Frauentreffen fahren. Das war schon längere Zeit klar, und der Bundesanwaltschaft durch das Abhören des Telefons sicher auch bekannt.

Die Konstruktionen gegen die beiden sind völlig unhaltbar. Die Bundesanwaltschaft will nicht zugeben, daß die zwei Frauen wegen ihrer politischen Einstellung und wegen ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu politischen Gefangenen eingesperrt sind. Deshalb benutzt sie diese Konstruktionen; so soll eine Solidarisierung verhindert werden, soll der politische Inhalt verschleiert werden.

Doris wird in der JVA Eichach gefangengehalten. Dorit in der JVA Koblenz. Beide sind total isoliert in Sondertrakten, haben Einzelhofgang, Einzelbad, keine Möglichkeit zur Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen. Die Zellen sind extra schallisoliert, die Fenster bestehen aus doppeltem Milchglas mit eingelassenem Fliegendraht, so daß kein Blick nach außen möglich ist.

Wer im Solidaritätskomitee für die beiden Frauen mitarbeiten will, der/die kann mittwochs um 19.30 Uhr in die Baracke in Stuttgart gehen."

Kontaktadresse: Fantasia Druck, Schlosserstr. 26, 7000 Stuttgart, Tel.: 0711/ 60 61 26

„DIE KNÄSTE WERDEN DICHTGEMACHT"

MÜNCHEN 21. Juni

Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Selbstmord treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur weniges davon ist in unserem Staate verboten.

Bertold Brecht, Me-ti. Buch der Wendungen

Seit dem 1.6.78 ist das sogenannte Trennscheiben-Gesetz in Kraft. Seit dieser Zeit finden Besuche bei dem Strafgefangenen Rolf Pohle nicht mehr statt. Das ist sein Protest dagegen, daß durch die Panzerglasscheibe ein letztes Stück menschlicher Beziehung des Häftlings zur Außenwelt abgeschnitten wurde. Sein Anwalt und seine Besucher schildern die entstandene Situation. Die Knäste werden dichtgemacht. Rolf Pohle ist nur ein Beispiel.

ERKLÄRUNG DES ANWALTS:

Seit dem 1.6.78 ist die Abschirmung der Haftanstalten und ihrer Insassen wieder etwas perfekter – ein Zustand, der einer desinformierten Öffentlichkeit wider alle Erfahrungen als „mehr Sicherheit" plausibel gemacht wird. Seit diesem Tage gibt es bei Besuchen die Trennscheibe zwischen Anwalt und Gefangenem, der beschuldigt oder verurteilt ist, sogenannte terroristische Vereinigungen zu unterstützen. Vorläufig nur bei solchen Gefangenen, die Ausweitung dieser Maßnahme liegt in der Logik der Sache.

Gefangener und Anwalt sind hermetisch voneinander abgeschlossen. Händedruck und Zigarette, alle Formen zwischenmenschlicher Kommunikation, die erst eine Atmosphäre des Vertrauens herstellen können, sind unmöglich geworden. Die Verständigung erfolgt lautstark durch Schallöcher im Panzerglas, das Wort ist so vertraulich, wie es die Gipswände der fensterlosen Stadelheimer Vorführkäfige zulassen. Wäre der Mandant ein gefährliches Tier, so hätte ich nichts einzuwenden, aber er ist ein Mensch.

Die offizielle Begründung des neuen Paragraphen 148 II StPO, des „Trennscheiben-Gesetzes" vom 14.4.78 war , es sei das sozialliberale kleinere Übel gegenüber der mündlichen Verteidigerüberwachung, also der Anwesenheit von Beamten bei Verteidigerbesuch. Außerdem brauche man nach der Trennscheibe „natürlich" auch die unwürdige Durchsuchung der Verteidiger vor ihren Besuchen nicht mehr, weil sie ja nichts mehr übergeben können. Diese Begründung überlebte die Einführung der Trennscheibe um keine Woche. Wie zu erwarten, werden die Verteidiger und ihre Akten weiter durchsucht, die Mandanten vor und nach jedem Besuch weiter entkleidet. Der Kollegin, die in Stammheim verteidigt und sich beschwert, teilt man mit, sie habe einen so langen Weg von der Pforte bis zur Besuchszelle zurückzulegen, deshalb müsse man sie durchsuchen... Also nicht nur die Mandanten sind wie gefährliche Tiere. Wer will unter diesen Umständen noch verteidigen?

Rolf Pohle nimmt mir diese Entscheidung ab. Er will nicht, daß man ihn hinter Panzerglas besucht, in seinen Worten: „Durch Panzerglas können sie Eichmann, Strauß und Brandt sprechen lassen, mich nicht."

Heute (12. 6. 78) erfahre ich offiziell von der Anstaltsleitung, daß ab jetzt auch für Privatbesuche Pohles die Trennscheibe in Stadelheim obligatorisch ist, obwohl das Gesetz lediglich vom „Gespräch zwischen Beschuldigten und Verteidiger" spricht. Auch hier offenbar eine bundesweite Koordinierung, denn aus anderen Haftanstalten erreichen uns gleiche Informationen. Die Mutter einer Mandantin in Stammheim, die letzte Woche ihre Tochter besuchte, wurde zuerst gründlich durchsucht. Die Tochter mußte sich wie üblich umkleiden. Beim Besuch saßen wie üblich zwei Beamte zur Überwachung. In der Mitte zwischen Mutter und Tochter die Panzerglasscheibe. Vor wem schützt die Scheibe? Es ist, als ob sich die Erfinder der Scheibe noch lustig machen wollten über die, die ihre Begründung ernst nahmen und nun empört sind.

Meine seit Einführung des neuen § 148 StPO vom Richter zensierte Verteidigerpost dauert ca. eine Woche, manchmal mehr, um Pohle innerhalb Münchens zu erreichen. Seine Privatbriefe werden laufend angehalten, ca. 30 Sendungen in zwei Monaten, wie er schreibt; einmal kommt selbst ein Urteil, das er nach draußen senden will, nicht durch und wird vom Zensurbeamten zurückgeschickt. Er selbst zu seiner Situation: *Was mich betrifft, so ist vorläufig das Ziel erreicht, was ich da am 28.3.77 zu den Lauschangriffen als deren Ziel angegeben hatte:,die Knäste dichtzumachen' (BKA-Herold). Keine Besuche, keine unkontrollierten Kontakte, Zensur so, daß ich über die Wirklichkeit hier praktisch nichts mitteilen kann. Und über die Wirklichkeit draußen oder in anderen Knästen nur das, was die Geheimpolizei will (nach deren schwarzen Listen wird ja hier zensiert). Ob ich da durch die (Selbst-) Zensur notwendig verstellte physische Lebenszeichen abgebe oder nicht, ist beinahe 'ne akademische Frage."*

Unter diesen Umständen kann Pohle nicht verteidigt werden. Eine Revision gegen das Urteil vom 10.3.78 (3 Jahre und 3 Monate) soll daher von mir nicht gemacht werden. Welche Chance hätte sie auch?

Nicht, daß gegen das jetzt schriftlich vorliegende Urteil nichts vorzubringen wäre. Es bestätigt noch einmal, daß der Krisenstab angeordnet hatte, DM 120000,– an die Gefangenen, die auf dem Flughafen warteten, auszuhändigen, wie es der Forderung der Entführer entsprach. Nicht zweifelhaft wird weiter gelassen, daß der Kriminalbeamte Ortlauf „nicht ermächtigt war, vor der Geldübergabe 20000,– zu entnehmen." Ortlauf tat es trotzdem. Nun soll er „räuberisch erpresst" worden sein, als er die 20000,–, die er „ohne Wissen und ohne Ermächtigung einer zur Verfügung über das Geld befugten Person" entnommen hatte, wieder zu den 100000,– zurücklegte, weil die Gefangenen „drohten", sie würden sonst nicht fliegen. Ein Verbrechen der räuberischen Erpressung stellt man sich anders vor.

Nach den bisherigen Erfahrungen haben wir uns natürlich gefragt, ob auf juristische Logik und Vernunft bauende Argumente im Fall Pohle noch irgendeinen Sinn haben. Man kann das bezweifeln, wenn man sieht, wie Pohle weiter als „Terrorist" und gefährlicher Gewaltverbrecher behandelt wird, obwohl er selbst durch sein Verhalten in fünf Jahren Haft keinerlei Veranlassung dafür gegeben hat. Diese Erfahrung ist niederschmetternd, aber sie sollte uns nicht dazu veranlassen, zu resignieren. Bald wird auch die Öffentlichkeit merken, daß die hektischen sogenannten „Antiterrormaßnahmen" eher das Gegenteil von dem bewirken, was sie angeblich erreichen sollen.

Rechtsanwalt Hartmut Wächtler, München.

BRIEF VON BESUCHERINNEN ROLF POHLES AN DEN LEITER DER JVA STADELHEIM

Sehr geehrter Herr Dr. Steierer,

wir besuchen Rolf Pohle seit Jahren. Nach unserer Meinung sind kontinuierliche Beziehungen nach draußen eine wesentliche Voraussetzung für jeden Gefangenen, um sich nach der Entlassung wieder orientieren und in einer nach Jahren veränderten Realität wieder zurechtfinden zu können. Unsere Besuche waren für uns und für Rolf Pohle ein ganz wichtiges Moment unserer Beziehung zueinander, denn ein ausschließlicher Briefkontakt mit einem „Phantom" ist auf Dauer für keinen Menschen erträglich.

Seit dem 1. Juni 78 haben Sie nun die Trennscheibe auch für uns eingeführt. Das heißt, wir dürfen uns nicht mehr berühren, nicht mehr umarmen, nicht einmal mehr die Hand geben. Wir können Rolf Pohle hinter einer Mauer durch ein Fenster besichtigen. Darauf werden wir und er in Zukunft verzichten. Mag sein, daß das Ihrer Auffassung von einer menschlichen Beziehung entspricht. Für uns heißt es, daß Sie mit dieser neuesten „Sicherheitsmaßnahme" die persönliche Beziehung zwischen Rolf Pohle und uns unmöglich gemacht haben.

Der Kontakt mit einem Gefangenen lebt davon, daß man sich bei den Besuchen nicht nur sehen, sondern durchaus auch fühlen kann. Persönliche Gespräche unbefangen zu führen, ist ohnehin durch die Überwachung sehr schwierig, teilweise unmöglich. Umso wichtiger ist die Möglichkeit zu einem sowieso nur flüchtigen körperlichen Kontakt. Die Kommunikation, die wochenlang nur auf dem Papier stattfindet, wird dadurch wieder belebt, daß wir uns sehen, Zärtlichkeiten austauschen können, daß wir Kinder mitnehmen, die sich in der schwierigen Situation unbefangener bewegten als wir Erwachsene.

Dem haben Sie nun die Trennscheibe vorgeschoben. Nach unserer Information wurde sie erdacht als „kleineres Übel" gegenüber einer Überwachung von Verteidigerbesuchen. Wir erwarten von Ihnen eine Erklärung, warum Sie dieses „kleinere Übel" nun als zusätzliches zu einer totalen Duchsuchung des Gefangenen und der Besucher, einer Überwachung durch einen, manchmal zwei Beamte bei Normalbesuchen eingeführt haben.

Mit Ihrer perfektionistischen Vorstellung von Sicherheit behandeln Sie Gefangene wie wilde Tiere und uns wie Zoobesucher, die zur Besichtigung geführt werden. Der Gefangene ist per definitionem gefährlich, er wird ausgestellt in einem Raubtierzwinger, da kann sich jeder von seiner Gefährlichkeit überzeugen. Beweisnot macht anscheinend sophistisch.

Treten Sie Ihre Beweise an, wo Sie wollen, wir ziehen es vor, mit unseren Kindern nach Hellabrunn zu gehen, um exotische Tiere zu betrachten.

Kein Mensch kann diese Behandlung gleichgültig hinnehmen. Wo menschliche Beziehungen so unmenschlich zerstört werden, wo Menschen so erniedrigt werden, ist es nicht verwunderlich, wenn diesem Staat die Loyalität nach und nach entzogen wird. So werden Terroristen gemacht.

Ein Strafvollzug, der so gerne von Resozialisierung spricht und gleichzeitig wesentliche Ansätze dazu im Keim erstickt, kann langfristig für niemand überzeugend sein.

Wir erwarten Ihre Stellungnahme.

Kontakt: **Barbara Pohle, Monika v. Koch, Anne Fina, Hartmut Wächtler, Schellingstr. 52, 8000 München 40, Tel. 28 71 10.**

LANDGERICHT UND JVA STRAUBING BEHINDERN BERUFSAUSBILDUNG VON GEFANGENEN

Frankfurt 19. Juni — Der Gefangene Heinz Rippl sitzt in der JVA Straubing in Strafhaft. Zusammen mit 2 anderen Gefangenen schrieb er sich an der Fernuniversität Hagen in Betriebswirtschaftslehre ein. Das Ziel ihrer Ausbildung ist der Kaufmannsgehilfenbrief.

Diese Ausbildung ist für Heinz Rippl von besonderer Bedeutung, da er seinen erlernten Beruf als Bäcker aufgrund einer 20%-igen Erwerbsunfähigkeit nicht mehr ausüben kann. Da die Zeit zur Erarbeitung des erforderlichen Wissens täglich mindestens 5 Stunden beträgt, beantragte Heinz eine Reduzierung seines Arbeitspensums im Knast (Tütenkleben), um sein Studium durchführen zu können. Der Antrag wurde von der Anstaltsleitung der JVA Straubing abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte mündlich durch einen Justizbeamten.

Daraufhin stellte Heinz am 28.3.78 den Antrag auf eine richterliche Entscheidung (gemäß § 109ff StVollzg) sowie den Antrag auf eine einstweilige Anordnung auf Verpflichtung zum Erlaß einer Maßnahme an die Auswärtige Strafvollstreckungskammer Regensburg beim Amtsgericht in Straubing. Den Beschluß des Gerichts bekam er am 28.4.1978 zugestellt. Er lautete:

1. Der Antrag des H. Rippl vom 29.3.78 auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gemäß § 114 Abs. 2 Satz 2 StVollzG wird als unbegründet verworfen.
2. Der Antragsteller trägt die Kosten des Verfahrens und die notwendigen Auslagen.
3. Der Streitwert wird auf DM 5oo.- festgesetzt.

In der Ablehnungsbegründung heißt es (auszugsweise), daß der Gefangene zu allererst einmal dazu verpflichtet ist, seine ihm zugewiesenen Arbeit auszuüben. Die Vorschriften des § 37 Abs. 3 StVollzG über Berufsausbildung, berufliche Fortbildung von Gefangenen trete erst am 1.1.1980 in Kraft. Bis zum Inkrafttreten können die Vorschriften keine Geltung im Rechtssinne beanspruchen, stellen aber Leitlinien für die Vollzugspraxis dar. Doch auch nach Inkrafttreten der Vorschriften gibt es für den Gefangenen keinen Rechtsanspruch auf teilweise Freistellung von der Arbeitspflicht, sondern nur auf fehlerfreien Ermessensgebrauch der Vollzugsbehörde. Jedenfalls ist die Erwägung der Vollzugsbehörde, daß der Antragsteller seine Be-

reitschaft zur Mitarbeit am Vollzugsziel zunächst durch eine zufriedenstellende Arbeitsleistung augenfällig machen müsse, nicht sachfremd. Das Leben in Freiheit gestatte fortbildungsbeflissenen Erwerbstätigen keinen größeren Zeitaufwand.

Für die Gefangenen in den bundesdeutschen Knästen gilt also nach wie vor: Arbeit und Ordnung, alles weitere regelt die Vollzugsbehörde. Die Entscheidung des Gerichts im Falle von Heinz ist zunächst vorläufig, die Entscheidung in der Hauptsache steht noch aus. Das Urteil wird von größter Wichtigkeit für alle Gefangenen sein, da durch diese Entscheidung die Weiterbildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten im Knast und aus dem Knast heraus abgesteckt werden.

Kontakt: Heinz Rippl, JVA Straubing, Äußere Passauer Str. 90 8440 Straubing

PROZESS GEGEN GABRIELE KRÖCHER-TIEDEMANN UND CHRISTIAN MÖLLER

BERN 20. Juni *Von der Schwarzen Hilfe Marburg erhielten wir den folgenden Prozeßbericht:*

Am 12.6.78 begann der Prozeß gegen die Gefangenen aus der ‚Bewegung 2. Juni' Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller in Porrentruy (im Schweizer Jura). Die Beiden wurden gegen vier Uhr morgens nacheinander, an Händen und Füßen gefesselt, in einem Helicopter unter einem riesigen Sicherheitsaufgebot von Bern zum inzwischen festungsähnlichen Pruntruter Schloß gebracht, wo der Prozeß stattfindet. Während des ganzen Fluges waren entsicherte MP's direkt auf den Bauch der Gefangenen gerichtet. Von zehn bis zwölf Polizisten umringt, dahinter noch zwei Polizisten mit einer Trage (für alle Fälle), wurden die beiden ins Prozeßgebäude gebracht. Nach offiziellen Verlautbarungen wurde das „Gerichtsgebäude" von etwa 150 Beamten der Berner Sicherheitspolizei (Securitas) und mindestens 50 ‚Enzianen', die Schweizer Parallele zum deutschen GSG 9 abgeriegelt, nicht mitgerechnet die deutschen LKA/BKA-Beamten, die ihren Schweizer Kollegen Amtshilfe leisteten und ihnen mit Rat und Tat zur Seite standen.

Die Öffentlichkeit im Prozeß wurde symbolisiert durch fünf (in Zahlen: 5) Beobachter und ausschließlich amtlich genehmigten und genehmen Pressevertretern. Die fünf für die Verteidigung zugelassenen Zuschauer setzten sich zusammen aus den vorher aus dem Verfahren ausgestiegenen Anwälten (Rambert, Schönenberger, Danuser), einer Frau aus dem Anwaltskollektiv und einem Genossen aus Zürich. Um an dieser Schweizer Schauspielpremiere teilnehmen zu dürfen, hatten vorher bei der Berner Kriminalkammer sowohl die Prozeßbeobachter wie auch die Pressevertreter Anträge stellen müssen; so wurden z.B. Rechtsanwalt Funke (Frankfurt) und verschiedene linke Presseorgane wie die Liberation nicht zum Prozeß zugelassen.

Selbst während des Gerichtsverfahrens wurden Gabi Kröcher-Tiedemann und Christian Möller die Fesseln nicht abgenommen. An beiden Seiten von ihnen saßen jeweils ein, zwischen ihnen zwei bewaffnete Polizisten,hinter ihnen nochmal acht. Eine Verständigung zwischen Gabi und Christian sowie zwischen den beiden und ihrem Verteidiger wurde dadurch unmöglich. Eine Variante, die selbst für deutsche Terrorverfahren neu ist.

Der erste Antrag der Verteidigung beinhaltete die Prozeßverschiebung um einen Tag, da die Gefangenen, nachdem sie morgens überfallartig aus ihren Zellen geholt worden waren, sich nach sechs Monaten Totalisolation ohne frische Luft, ohne natürliches Licht (vergleiche: Haftbedingungen, ID Nr. 232) an die neue Situation gewöhnen müßten. Der Antrag wurde abgelehnt.

Als zweites forderte der Verteidiger das Verfahren in deutscher und nicht in französischer Sprache zu führen, da beide Gefangenen kein französisch sprechen.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Daraufhin beantragte Rechtsanwalt Hans Zweifel, daß die bewaffneten Polizisten abzuziehen seien, da diese ihm in die Akten sehen und die Gespräche mit den Mandanten mithören konnten und eine Verteidigung unter diesen Umständen nicht möglich sei. Nachdem das Gericht sich zur Beratung zurückgezogen hatte, verkündete es, daß lediglich zwei Polizisten abzuziehen seien. Daraufhin verließ Hans Zweifel den Saal, betonte jedoch, daß er sein Mandat aufrechterhalte.

Der Richter unterbrach daraufhin die Verhandlung für 14 Tage und verkündete, daß es jetzt wohl an der Zeit sei, die Pflichtverteidiger zu bestellen. Doch unterlief ihm hier, bei der Nachahmung deutscher Gepflogenheiten wohl der Fehler, daß die Bestellung von Zwangsverteidigern und der Verteidigerausschluß noch keine Verankerung im schweizerischen Recht haben. Dafür besteht bei selbstverschuldetem Fernbleiben die Möglichkeit, ohne Verteidigung und ohne Angeklagte zu verhandeln. Während des ganzen Verfahrens zogen etwa 50 Genossen um das Schloß herum, soweit es die Berner Sicherheitspolizei zuließ, und versuchten, da es schon nicht möglich war, in den Gerichtssaal zu kommen, zu demonstrieren, daß die Gerichtsöffentlichkeit nicht die einzig Anwesende war. Nach Auskünften von Prozeßbeteiligten waren die Sprechchöre auch einmal bis in den Gerichtssaal, daß heißt auch bis zu den Ohren von Gabi und Christian vorgedrungen, zu ihrer und unserer Freude.

Nach Abbruch des Prozesses gaben die Anwälte noch eine Pressekonferenz, auf der sie noch einmal auf die unannehmbaren Haft- und Prozeßbedingungen hinwiesen und aus diesen Gründen eine Verhandlung vor dem Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg fordern werden.

Ein paar Tage vor Prozeßbeginn war die Haftbeschwerde der Züricher Anwälte von dem Schweizer Bundesgerichtshof in den wesentlichen Punkten abgelehnt worden. Das bedeutet, daß sich an der Situation von Gabi und Christian nichts geändert hat, im Gegenteil, ihre Haftbedingungen sind durch das höchste Schweizer Gericht sanktioniert worden. Aufgrund dieser Tatsachen sind Gabi und Christian am 12.6.78 in einen unbefristeten Hungerstreik getreten.

Kontakt: **Schwarze Hilfe, c/o Rolf Löchel, Postfach 1668 3550 Marburg.**

WO HAT DIE BILD-ZEITUNG WOHL IHRE INFORMATIONEN ÜBER HEIDY KEMPE-BÖTTCHER HER?

HAMBURG 20.Juni *Hilke Böttcher, die Schwester der in Paris gefolterten Heidy Kempe-Böttcher (siehe ID 226, 230) berichtet über die Erfahrungen, die sie in diesem Zusammenhang mit Behörden und Presse gemacht hat:*

„Ich wollte noch einmal auf die wichtigen Sachen hier für die BRD eingehen. Sehr wichtig ist wohl die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und ‚Bild'-Zeitung: Wir, die Familie, haben von der ganzen Sache erst von dem ‚Bild'-‚Journalisten' Auberle erfahren. Nicht nur, daß er ganz genau wußte, was sich in Paris zugetragen hatte, nein, er wußte sogar, daß ich mit ein paar Freunden, darunter auch Heidy's ehemaliger Freund, bis zum 20.3. in Paris war (nämlich eine Woche). Er wußte, daß Heidys ehemaliger Freund in

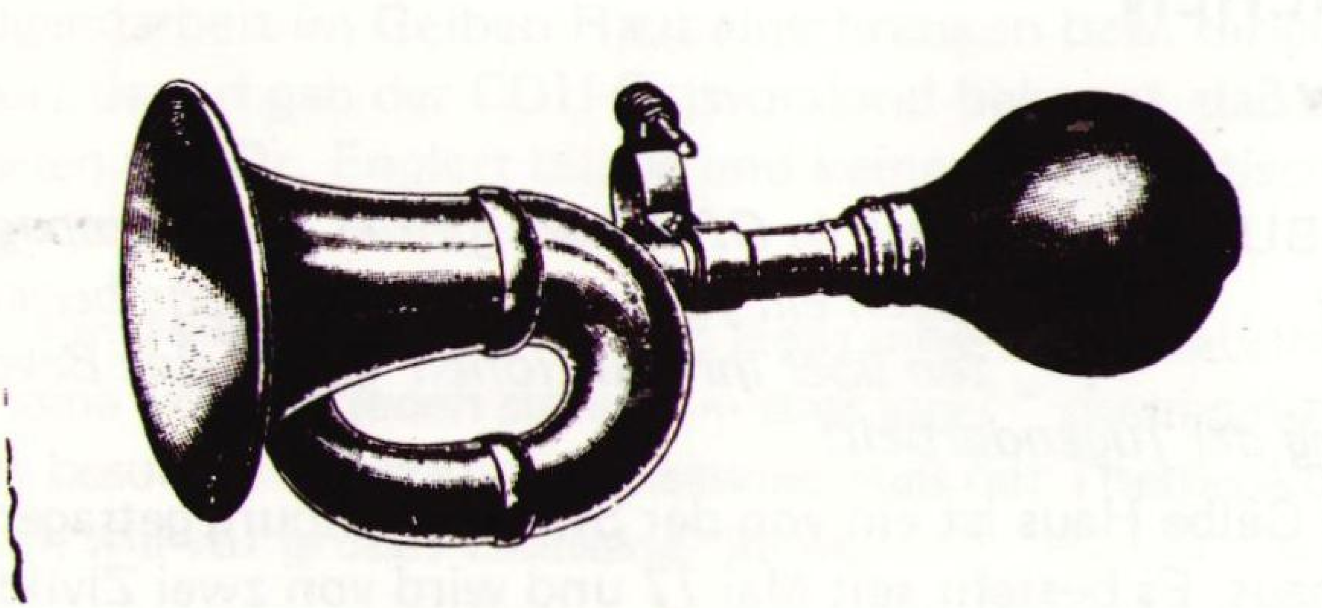
ihrer Wohnung wohnte, daß es Auseinandersetzungen zwischen beiden gab, daß wir anderen (er wußte sogar, daß mein Bruder mit war) im Hotel gewohnt haben und daß Heidy am 19.3. Geburtstag hatte.
Diese Angaben findet man in keiner Zeugenaussage wieder. Ich komme mir jetzt im nachhinein ganz schön verfolgt vor. An der französisch-belgischen Grenze wußte sogar der Zollbeamte, daß wir eine Woche in Paris waren! Über diesen Ausspruch haben wir uns zwar gewundert, wußten damit aber nichts anzufangen.

Mein Anwalt hier in Hamburg klärt gerade, ob es sinnvoll ist, gegen das Landesamt für Verfassungsschutz zu klagen, wegen der guten Zusammenarbeit mit der Bild-Zeitung.

Weiter sind meine Erfahrungen in der BRD mit Presse und Behörden wichtig: am 29.3. las ich den Artikel in der Bild-Zeitung. Dort stand, daß Heidy im Krankenhaus Cochin war (einige der wenigen richtigen Sachen).
In der Hoffnung, die Telefonnummer des Krankenhauses herauszubekommen und mit meiner Schwester telefonieren zu können, ging ich dann am 29.3. zum französischen Generalkonsulat in Hamburg. Dort schilderte ich, was ich damals wußte und daß ich wissen wollte, was nun eigentlich in Paris los sei. Man redete nur französisch mit mir (ich kann kein Französisch!) und sagte dann auf deutsch (!), daß sie dafür nicht zuständig wären, ich müsse mich an die Botschaft der BRD in Paris wenden. Die Adresse der Botschaft wurde mir nicht mitgeteilt (die hatten sie angeblich nicht). Ich war also genauso schlau wie vorher. Wir erstellten daraufhin eine Protesterklärung, die ans Konsulat geschickt wurde. Aufgrund der Erklärung erhielt ich eine Einladung des französischen Generalkonsuls persönlich. Ich ging dort mit meinem Anwalt hin; für den Konsul war es vollkommen klar, daß das Polizisten waren, die die Heidy gefoltert haben! (und das, obwohl die französische Polizei Verleumdungsklage gegen jeden gestellt hat, der das behauptet).

Daraufhin schrieb ich den Leserbrief an die Bildzeitung und den Brief an das Auswärtige Amt. Beides schickte ich auch die Presse in der BRD. Der Leserbrief in der Bildzeitung wurde natürlich nicht abgedruckt, auch die Gegendarstellung kam erst nach 4 Wochen per einstweiliger Verfügung in die Zeitung. Das Auswärtige Amt meldete sich überhaupt nicht. Aber die deutsche Botschaft in Paris teilte mir mit, daß sie „alles zur Aufklärung tun" würden. Sie könnten aber keine eigenen Ermittlungen machen, da sie sonst das Gastland verärgern würden! Während der Schleyer-Entführung war es sehr wohl möglich, eigene Ermittlungen anzustellen. Auf weitere Briefe wurde nur ausweichend geantwortet. Tatsache ist, daß bis heute nach 3 Monaten noch nichts getan wurde, außer alles zu blockieren. Die Presse sonst sah sich wohl außerstande, etwas darüber zu schreiben, da ja die französische Polizei angegriffen werden mußte. Nur der Spiegel schrieb einen Artikel, der so ziemlich in die gleiche Richtung wie der ‚Bild'-Artikel ging, nur auf einem höheren Niveau lag.

Noch eine wichtige Nachricht zur Unterstützung meiner Schwester Heidy Kempe-Böttcher habe ich bekanntzugeben: **die Kontonummer war falsch, die angegeben wurde; hier die richtige: Hamburger Sparkasse Hilke Böttcher, -Stichwort Heidy - (BLZ 20050550) Konto-Nr. 1016 / 766436.**



ALTES UND NEUES VOM ABENDGYNASIUM

FRANKFURT 20. Juni *Die Situation im zweiten Bildungsweg in Frankfurt hat sich weiter verschärft. Aus „amtlichen" (FAZ, FR) offiziellen und halboffiziellen Aussagen läßt sich erkennen, daß die Schüler des zweiten Bildungsweges in Frankfurt mit einschneidenden Änderungen zu rechnen haben.*

Der Aufnahmestop am Abendgymnasium Frankfurt, der seit dem 1.2.78 besteht, wird auch die nächsten Jahre Gültigkeit haben. Das heißt: das AG wird aussterben und damit gibt es den in Frankfurt seit über 30 Jahren praktizierten und bewährten Nachmittagsunterricht nicht mehr. Es ist geplant, die Vorkurse, die seit dem 1.2. in der Bornheimer Realschule unterrichtet werden, nach den Sommerferien in die Mozartschule in Griesheim zu verlegen. Dort soll der Unterricht um 17.15 Uhr beginnen. Dieser ungünstige Schulbeginn bedeutet für viele, daß sie entweder die Schule oder den Job an den Nagel hängen müssen. Es ist unmöglich, abends in der Hauptverkehrszeit pünktlich zum Unterricht zu kommen. Abgesehen davon, daß nach einem 8-Stundentag dann keine Minute mehr zum Ausruhen bleibt. Das bedeutet eine weitere Verringerung der Schülerzahl, die durch die Schikanen des Kultusministeriums und der Stadtverwaltung (es wurde versucht, Haupt- und Realschüler zu trennen, Hauptschüler sollten ein Jahr Vorkurs machen, anstatt des sonst üblichen halben Jahres)seit Februar von 270 auf 130 schon zurückgegangen ist.

Hinzu kommt, daß die Mozartschule keine Fachräume hat, womit ein effektiver Unterricht für eine Oberstufe nicht gewährleistet ist. Außerdem sollen die Vorkurse keine eigenen Lehrkräfte und keine eigene Verwaltung erhalten, sondern sollen an die gymnasiale Oberstufe des Bikuz (Bildungs und Kulturzentrum) angeschlossen werden. Lehrer und Direktor werden wohl von dort und den umliegenden Gymnasien gestellt. Der miserable Zustand der Anbindung an ein Gymnasium, der vor fünf Jahren zu Streiks und schließlich zu der eigenständigen Schule Abendgymnasium geführt hat, soll wieder hergestellt werden.

Am alten AG gab und gibt es auch in diesem Jahr wie im letzten beim Abitur wieder gravierende Eingriffe: In vielen Klassen kamen die schriftlich eingereichten Abiturthemen mit einschneidenden Änderungen zurück. Im Fach Mathematik konnten einzelne Aufgaben nicht gelöst werden, weil sie im Unterricht nicht behandelt worden waren. In Deutsch-Gemeinschaftskunde wurden linke Texte gegen rechte Texte ausgetauscht (politische Zensur!). Diese Maßnahmen wurden aber noch von den Nachkorrekturen seitens des Regierungspräsidenten übertroffen. Im Gegensatz zum letzten Jahr wurden die Klassen in zwei Gruppen geteilt. In der einen Gruppe, in der der Leiter des Hessen-Kollegs Wiesbaden Prüfungsvorsitzender und damit Verantwortlicher für die Nachkorrekturen ist, gab es „nur" 47 Anordnungen zur mündlichen Prüfung und keine Notenherabsetzungen. In der anderen Gruppe, in der der Leiter des AG Wiesbaden Prüfungsvorsitzender ist, gab es 30 Anordnungen zur mündlichen Prüfung und 67 Notenherabsetzungen, zum großen Teil um drei Stufen (z.B. von 2 auf 5). Damit wurde den Lehrern die Kompetenz genommen, Noten zu geben.

Dies ist ein klarer Verstoß gegen die Reifeprüfungsordnung und ein Teil der Zerstörungsstrategie, die gegenwärtig gegen unsere Schule geführt wird. Die Kriterien, die bei der Nachkorrektur angewandt wurden, zeigen das deutlich. So wurden in einer Klasse bei den Englisch-Arbeiten alle umgangssprachlichen Wendungen als Fehler bewertet, und wenn man gar nichts fand, sogar fehlende Ü-Strichelchen. Diese ganzen Änderungen wurden ohne jegliche Begründung vorgenommen. Die beiden Prüfungsvorsitzenden hatten nicht einmal nötig, an der ersten und zweiten Reifeprüfungskonferenz teilzunehmen. Aus

diesem Grund hätten die Lehrer des AG die erste Reifeprüfungskonferenz platzen lassen, wenn nicht die Gefahr bestanden hätte, daß die Schüler den ZVS-Termin (Zentralvergabestelle für Studienplätze) dann nich mehr hätten einhalten können. Denn, nachdem das schriftliche Abitur zweimal und die mündliche Prüfung dreimal verschoben wurden, weil das Regierungspräsidium nicht rechtzeitig Lehrer für die Nachkorrektur gefunden hatte, ist der Beginn der mündlichen Prüfung erst auf den 30.6. festgesetzt worden. Somit bleiben den Studierenden ohnehin nur knapp zwei Wochen Zeit, um sich bei der ZVS zu bewerben. Sollte jemand beim hochkomplizierten Bewerbungsverfahren der ZVS einen Fehler machen, fällt er aus der Auswahl heraus, denn Bewerbungsunterlagen, die nach dem 30.6. 1978 eingehen, werden nicht mehr an die Bewerber zur Nachkorrektur zurückgesandt. Somit riskieren alle diesjährigen Abiturienten längere Wartezeiten auf einen Studienplatz. Zum anderen müssen die Studierenden Arbeitsverträge, die sie zum 1. Juli eingegangen sind, einseitig kündigen. Außerdem werden diese ganzen Schikanen des Regierungspräsidiums den Steuerzahler über 100.000,— DM kosten, da für alle Klassen, die erst im Juli die mündliche Prüfung machen, einen Monat länger BaFöG bezahlt werden muß.

Die Reduzierung der Schülerzahl am alten AG bedeutet für die jetzige Situation, daß Lehrer überflüssig werden. Es wird also Zwangsversetzungen geben, die auch bereits angekündigt sind. Wieviele und vor allem auch, welche Lehrer von diesen Versetzungen betroffen werden, wird in den nächsten Tagen in schriftlicher Form dem AG bekanntgegeben.

VERTRAULICHES PROTOKOLL EINER KATHOLISCHEN LEHRERRATSITZUNG

BONN 21. Juni *Einer von der Schülerinitiative Sankt Augustin aus Troisdorf:*

Im Augenblick ist ein Offensive gegen kritische Schüler an Bonner Privatschulen im Gange. Am Erzbischöflichen Gymnasium (EBG) in Bonn-Beuel wurden zwei Redakteure der Schülerzeitung FIASCO mit Hausverbot beschert. Auch die FIASCO selbst soll verboten werden (siehe ID 234). Von freundlichen anonymen Sympathisanten wurde jüngst ein vertrauliches Protokoll einer Lehrerratssitzung zugespielt. Hier der Wortlaut:

„Der Lehrerrat legt dem Kollegium des EBG Bonn-Beuel folgende Anträge zur Diskussion und Abstimmung vor:

1. Die in dem Artikel „Schläge ins Gesicht — Körperverletzung am EBG" (FIASCO Nr. 9/April 1978) den Tatbestand der üblen Nachrede und der Verleumdung (§§ 186/187 StGB) erfüllenden Äußerungen sind von den Mitgliedern der Redaktion namentlich unterzeichnet in einer mit dem Kollegium abzusprechenden Form öffentlich bis zum 15. Mai zurückzunehmen. Alle von dieser Form abweichenden Verlautbarungen der Redakteure von FIASCO bezüglich des beanstandeten Artikels nimmt das Kollegium nicht zur Kenntnis. Über die Entscheidungen des Kollegiums werden die Eltern aller betroffenen Redakteure sofort unterrichtet.

2. Für den Fall einer Weigerung sind strafrechtliche und/oder disziplinarische Maßnahmen in differenzierter Weise in Beratung und Abstimmung mit der Rechtsabteilung des Generalvikariats zu treffen. Es wird festgestellt, daß FIASCO Nr. 9 gegen zwei Forderungen des Schülerzeitungserlasses verstößt: a) Gegen Absatz 1.2 des Erlasses und 1.2. der Erläuterungen,insofern diese Schülerzeitung nicht ausschließlich von Schülern gestaltet wird. (1.2.= Druckschriften, die von der Schule herausgegeben werden, gehören nicht zu den Schülerzeitungen. Das gilt auch dann, wenn an ihrer Herausgabe oder Gestaltung Schüler beteiligt sind.) b) Gegen Absatz 3.1 des Erlasses (Erläuterungen 3.1.2.ff) einmal durch den oben beanstandeten Artikel, zum anderen durch den Antrag, den die Redaktion von FIASCO mit neun Ja-Stimmen gegen eine Enthaltung gebilligt hat:„Es muß gewährleistet werden, daß jeder Artikel, der von seinem inhaltlichen Beitrag her interessante Aspekte aufweist, veröffentlicht werden kann..." Mit dieser Forderung ist nicht mehr gewährleistet, daß die Veröffentlichungen von FIASCO „ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und dem Recht der persönlichen Ehre" finden (§ 3.1.).

3. Mit Hinblick auf diese Verstöße stellt das Kollegium den Antrag an den Schulträger, die Möglichkeiten eines Verbots der Zeitung FIASCO zu überprüfen.

4. Über den konkreten Anlaß hinausgehend bittet das Kollegium den Schulträger, er möge den Schülerzeitungserlaß im Rahmen seiner Möglichkeiten entsprechend dem Ziel seiner Bildungsaufgaben interpretieren bzw. ergänzen. Zur Begründung wird in diesem Zusammenhang verwiesen auf Nummer 7 von FIASCO sowie auf die Artikel „Neues vom III. Russell-Tribunal" und „Peter Paul Zahl" in FIASCO Nr. 9.

Für alle Überlegungen ist der Schülerzeitungserlaß vom 27.3. 1968 maßgeblich. Er wird unterstützt durch die Erläuterungen vom 7.3.1969. Der Schulträger hat keine abweichenden Verfügungen im Rahmen seiner Kompetenzen erlassen."

AKTIONSKALENDER ALLER SCHULABSCHLUSSFEIERN

MÜNSTER 22. Juni *Ein Aufruf der Schülergruppe Messias:*

„Fast überall, wo die bundesdeutschen Zöglinge auf der Oberschule nach langem Mühen den harten Tests der Reifeprüfung standgehalten haben, da wurde zur Abitur-Abschlußfeier (als krönendem Abschluß oder endlich eingetretener Erleuchtung) kräftig auf die Sahne gehauen. (Generalabrechnung in Form von Flugblättern, Boykott- und Sabotageaktionen, Theater, Chaos, Schimpfreden, Malaktionen...)

Wir wollen nun einen bunten Aktionskalender erstellen, in dem diese Aktionen zusammengetragen verbreitet werden sollen. Als Anregung für die Nächsten. Denn mögen wir auch die Penne geschafft haben, das Ding gibt's ja weiter. Wir fordern also alle Schülergruppen, Aktivlinge und anderes Gekreuch auf: schickt uns Eure Berichte von geplanten und durchgeführten Aktionen, Manuskripte von Reden, Theaterstücken, Flugblättern..."

Kontaktadresse: Schülergruppe Messias; E.L. Richter, Marienthalstraße 82, 4400 Münster

SAURER APFEL AN EINEN BÜRGERMEISTER VERLIEHEN

OFFENBURG 20. Juni *Auch in Offenburg gibt es eine Kampagne gegen ein Jugendhaus. Betroffene berichten über ihre Aktionen gegen eine Bevormundung der Jugendarbeit:*

„Das Gelbe Haus ist ein von der Stadt Offenburg getragenes Jugendhaus. Es besteht seit Mai 77 und wird von zwei Zivildienst-

leistenden geleitet. Der Schwerpunkt der Arbeit im Gelben Haus liegt bei zahlreichen Arbeitsgruppen, wie z.B. Töpfergruppe, Stadtzeitung (Ratzegriffel), Folk-Club, ökonomischer Arbeitskreis etc.

Ein wesentliches Ziel unserer Jugendarbeit ist es, den Jugendlichen möglichst umfassende Informationen zu bieten, damit sie sich aktiv mit dem politischen Geschehen und ihrer eigenen Situation in der Gesellschaft auseinandersetzen können.

Da die Frage Wehrdienst oder Zivildienst ein wichtiges Thema für die jugendlichen Besucher des Gelben Hauses darstellt, haben wir der Deutschen Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) einen Raum für eine diesbezügliche Veranstaltungsreihe zur Verfügung gestellt. ...

Nachdem am 30.1.78 die erste Veranstaltung (Film:War Game) stattgefunden hatte, ließ Bürgermeister Dr. Englert, der Kultur- und Jugenddezernent der Stadt Offenburg, am darauffolgenden Tag durch Jugendamtsleiter Ockenga ausrichten, daß die DFG/ VK keine weiteren Veranstaltungen im Gelben Haus mehr durchführen darf. Seine Begründung stützt sich auf den Verfassungsschutzbericht 1976, in dem die DFG/VK als kommunistisch beeinflußte Organisation bezeichnet wird. ...

Nach intensiven Diskussionen war uns klar, daß Bürgermeister Englert mit dieser Verfügung nicht nur die Veranstaltungen der Deutschen Friedensgesellschaft sondern eine kritische und politische Jugendarbeit allgemein verhindern will. Folglich wird dieses Verbot mit Sicherheit nicht das letzte gewesen sein. Wir beschlossen, uns mit verschiedenen Aktionen gegen diese Maßnahme zur Wehr zu setzen.

Zunächst wollten wir Herrn Englert am 9.2. zu einem Gespräch ins Gelbe Haus einladen. Als dies jedoch an seinem „prallgefüllten Terminkalender" scheitere , lud er uns auf den 10.2. um 11.30 Uhr ins Rathaus ein und gab sich damit den Anschein, als hätte er die Initiative zu diesem Gespräch ergriffen. Die Tatsache, daß Bürgermeister Englert bis zum heutigen Tage nie versucht hat, mit den betroffenen Jugendlichen des Gelben Hauses über diese Angelegenheit zu diskutieren, zeigt deutlich seine Einstellung gegenüber den Jugendlichen und ihren Gremien.

Nach diesem Gespräch, das auf eine Selbstdarstellung von Bürgermeister Dr. Englert hinauslief und kein positives Ergebnis brachte, versuchten wir eine Beiratssitzung auf den 21.1.78 einzuberufen, die auf Grund zahlreicher Einwände der Verwaltung erst am 14.3. stattfinden konnte. Der Beirat setzt sich aus Stadträten, Verwaltungsvertretern, Hauptamtlichen und Jugendlichen zusammen.

Das Ergebnis dieser Sitzung fiel anders aus als erwartet: Die Mehrheit der CDU-Stadträte gab Bürgermeister Dr. Englert Rückendeckung: das Verbot blieb bestehen.

Um unser Anliegen in der Offenburger Bevölkerung bekannt zu machen, starteten wir eine Flugblatt- und Leserbriefaktion (in der örtlichen Presse). Am 8.4. führten wir ein Theaterstück in der Fußgängerzone auf, welches die Aufmerksamkeit vieler Passanten erregte. Unsere Aktion veranlaßte Bürgermeister Dr. Englert , sich öffentlich zu rechtfertigen, indem er in einem Leserbrief den Verfassungsschutzbericht zitierte und klarstellte, daß er keine kommunistischen Gruppierungen im Gelben Haus dulden werde. In einem Bericht über eine SPD-Vorstandssitzung wurde Bürgermeister Englert vorgeworfen, er wolle die offene Jugendarbeit im Gelben Haus einschränken bzw. dirigieren. Kurz darauf gab der CDU-Ortsvorstand bekannt, daß er das Verhalten von Dr. Englert billige und keine „extremistischen" Gruppen im Gelben Haus dulde.

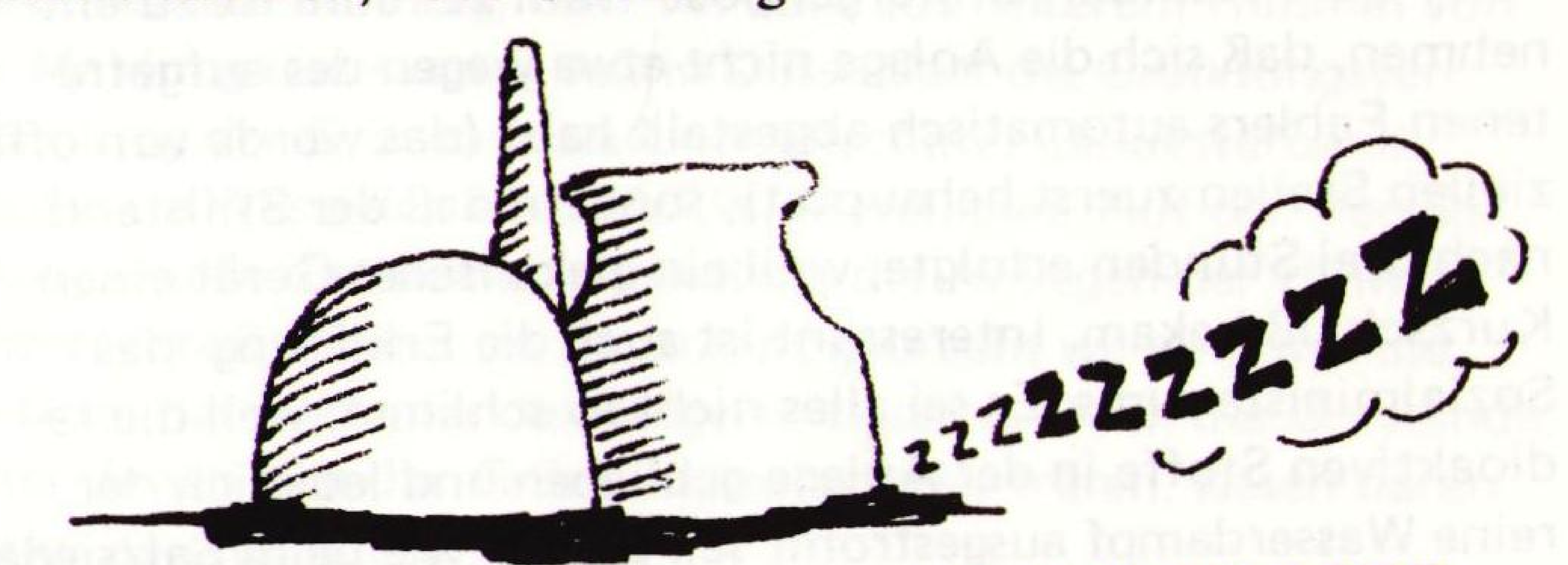
Am 14.4. wurde im Gelben Haus eine Veranstaltung mit dem Thema „Den Frieden sichern – aber wie? " durchgeführt. Die gut besuchte Veranstaltung bewies, daß der Themenkomplex nach wie vor großes Interesse findet.

In einer spontanen Aktion marschierten ca. 50 Jugendliche am Montag, den 24.4. zur Oberrheinhalle, in der eine öffentliche Gemeinderatssitzung stattfand. Ein von uns mitgebrachter Sarg mit der Aufschrift „politische Jugendarbeit im Gelben Haus" wurde zwischen den Gemeinderäten deponiert; Flugblätter, in denen wir nochmals unsere Position darstellten, wurden verteilt. Gleichzeitig verlas und übergab ein Sprecher eine Urkunde, in der wir Dr. Englert für seinen „tatkräftigen Einsatz für die politische Reinhaltung der Jugendarbeit" dankten. Für diesen Einsatz hatte er sich einen sauren Apfel verdient, der ihm von einem Jugendlichen überreicht wurde. Anschließend zerstörten wir den Sarg, um zu zeigen, daß wir mit der Beerdigung der politischen Jugendarbeit nicht einverstanden sind. Die ganze Aktion löste heftige Verwirrung aus. Viele Gemeinderäte waren von ihren Stühlen aufgesprungen, einige hatten den Saal verlassen.

Die Darstellung dieser Aktion in der örtlichen Presse trug nicht dazu bei, unsere Argumente und Befürchtungen (Einschränkung der demokratischen Grundrechte) in der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Breiten Raum nahmen die Aufzählungen der von uns übertretenen Rechte (Verstoß gegen Versammlungsrecht, Hausfriedensbruch) ein. Dr. Englert verzichtete jedoch großzügigerweise auf eine Anzeige. Dahinter steckt der Versuch unser Anliegen in die Illegalität abzudrängen.

Es geht uns bei der ganzen Angelegenheit nicht darum, ob irgendjemand tatsächlich oder vermeindlich kommunistisch unterwandert ist, sondern darum, daß wir in unserem Jugendhaus frei entscheiden wollen, welche Veranstaltungen wir durchführen und welche nicht. Wir suchen die Diskussion uns Auseinandersetzung mit allen gesellschaftlichen Gruppen und Themen; nur durch umfassende Information und Gespräche können wir zu einem eigenen Standpunkt kommen, keinesfalls durch eine von oben verordnete Festlegung und Einschränkung der Bereiche, über die wir uns informieren dürfen. Wir sind auf die Unterstützung der Leser angewiesen und würden uns über jede Stellungnahme zu diesem Veranstaltungverbot freuen."

Kontaktadresse: **Gelbes Haus, c/o Astrid von Kraewel, Stegermattstraße 16a, 7600 Offenburg.**



SOZIALMINISTERIUM: EIN GANZ HARMLOSER UNFALL

BRUNSBÜTTEL

22. Juni

Elf Bürgerinitiativen aus dem norddeutschen Raum haben am späten Abend des 21. Juni eine Resolution verfaßt, nachdem bekannt wurde, daß am Sonntag, 18. Juni, aus dem Atomkraftwerk Brunsbüttel drei Stunden lang radioaktiver Dampf ausgeströmt war. Die Frankfurter Rundschau meldete dazu, daß die Menge der ausgeströmten radioaktiven Stoffe weit unter der Zugelassenen Grenze liege:

"Die Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe fordern erneut die sofortige endgültige Stillegung des Atomkraftwerks Brunsbüttel. Seit der Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Brundsbüttel ist aufgrund von verschiedenen Störfällen mehrfach die von den Behörden genehmigte Abgabemenge radioaktiver Stoffe überschritten worden. Verseuchungen z.B. durch radioaktives Jod 131 sind in der Umgebung des Atomkraftwerks in der Milch nachgewiesen worden. Seit der Aufnahme des Probebetriebs 1976 sind dutzendweise die verschiedensten Störfälle bekannt. Alle diese Zwischenfälle sind von den Be-

hörden und den Betreibern, den Hamburgischen Elektrizitätswerken (HEW) und Nordwestdeutsche Kraftwerke (NWK) geheimgehalten und immer zunächst abgeleugnet worden.

Seit dem 21. Juni ist bekannt, daß am vergangenen Sonntag (18. Juni) erneut ein schwerer Unfall in Brunsbüttel aufgetreten ist. Diesmal ist mindestens drei Stunden lang radioaktiver Dampf durch einem gebrochenen Rohrstutzen aus dem Reaktorkreislauf ins Maschinengebäude ausgeströmt. Von dort ist der Dampf über Druckausgleichsklappen ungefiltert ins Freie geblasen worden. Zugleich wurde radioaktives Wasser aus dem kondensierten Dampf in die Elbe abgeleitet. Dieser bisher schwerste Unfall im Atomkraftwerk Brunsbüttel muß der letzte in dieser Anlage sein. Weitaus schwerere Unfälle wären jederzeit möglich, wenn das Atomkraftwerk nicht endgültig stillgelegt wird.

Die Bürgerinitiativen haben heute beschlossen, ihre Sorgen und ihren Protest gegen diese Vorfälle am kommenden Sonnabend (24. Juni) in einem Schweigemarsch auszudrücken. Wir werden uns dazu am Sonnabend um 13.30 Uhr in Brunsbüttel auf dem Marktplatz versammeln. Dort beginnen wir einen Schweigemarsch, der gegen 15 Uhr am Atomkraftwerk enden soll.

Unser Protest richtet sich insbesondere gegen die für die Sicherheit der Bevölkerung Verantwortlichen. Die unteren Katastrophenschutzbehörden, vertreten durch die Landräte Buhse (Landkreis Dittmarschen) und Brümmer (Steinburg) und die zuständigen Minister Clausen und Titzck haben bewiesen, daß sie die Sicherheit der Bevölkerung in keiner Weise gewährleisten können. Obwohl das Sozialministerium bereits am Montag (30. Juni) von dem Störfall erfahren haben will, behauptete Landrat Buhse, er sei erst am Dienstag durch die Presse informiert worden. Die Bürgerinititativen haben bereits Anfang '78 in ihrer Broschüre 'Katastrophenfall Brunsbüttel' gezeigt, daß die rechtzeitige Benachrichtigung der Bevölkerung bei akut drohenden Gefahren vom Atomkraftwerk nicht vorgesehen ist. Katastrophenschutzmaßnahmen sind auch diesmal offensichtlich nicht eingeleitet worden".

N.S.: Der "Hamburger Morgenpost" vom 22. Juni ist zu entnehmen, daß sich die Anlage nicht etwa wegen des aufgetretenen Fehlers automatisch abgestellt habe (das wurde von offiziellen Stellen zuerst behauptet), sondern daß der Stillstand nach drei Stunden erfolgte, weil ein elektrisches Gerät einen Kurzschluß bekam. Interessant ist auch die Erklärung des Sozialministeriums. Es sei alles nicht so schlimm, weil die radioaktiven Stoffe in der Anlage geblieben und lediglich der reine Wasserdampf ausgeströmt sei. Das sei wie beim Salzsieden. Da bleibe das Salz zurück und das Wasser verdunste.

RÄUMUNG DER JOHANNISLUST AUFGESCHOBEN!

BIELEFELD
22. Juni

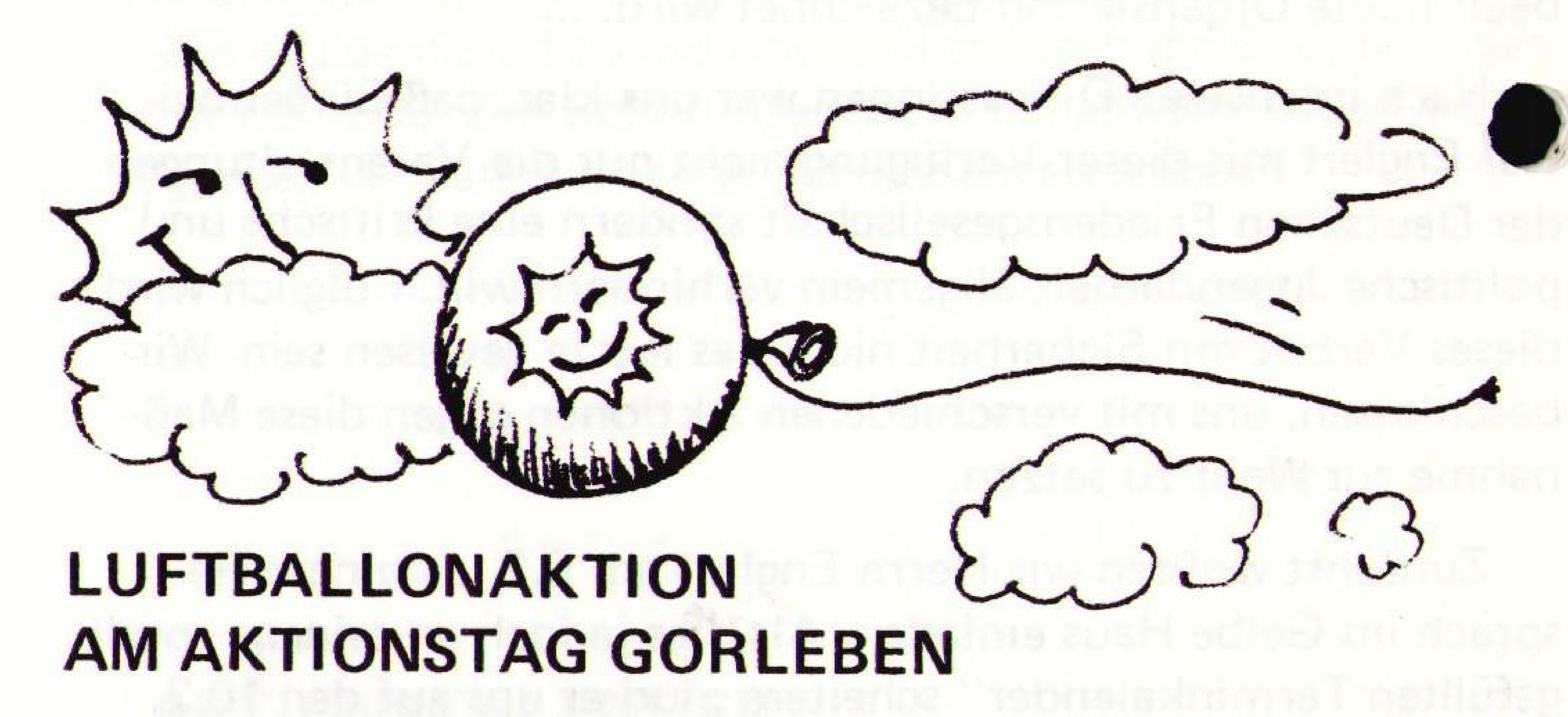
Die Räumung der Johannislust konnte am Mittwoch verhindert werden. Am Dienstagabend waren schon ca. 200 Leute von überall her angereist (leider zuwenige aus Bielefeld selbst!), die bereit waren, das Gelände zu verteidigen. Am Mittwoch Morgen gegen 7 Uhr rückte als erstes ein Baggertrupp an, (obwohl laut Ordnungsamt keine Abbruchgenehmigung vorlag), dem wir durch quergestellte PKW's die einzige Zufahrt sperrten.

Gegen 8 Uhr lief dann Obergerichtsvollzieher Preusser mit Möbelpackern und einem Typen auf, von dem sich hinterher rausstellte, daß er Einsatzleiter einer Hundertschaft ist. Preusser erklärte zunächst, er müsse unabhängig von der Anzahl der Leute räumen, woraufhin wir erwiderten, daß wir freiwillig in keinem Fall verduften. Nach einigem Hick-Hack zog Preusser ab, Um Rücksprache mit dem Eigentümer zu halten. Inzwischen luden wir die Möbelpacker zum Frühstück ein, der Bagger rauschte ab. Preusser kam wieder und sagte, der Räumungstermin sei für diesen Tag verschoben; über einen neuen Termin wolle er sich nicht auslassen.

Wir versuchen nun, in neue Verhandlungen mit Eigentümer und Stadt zu treten. Weiter wollen wir noch mehr Leute mobilisieren, laden hiermit besonders auch Musik- und Theatertruppen ein, jederzeit zu kommen und auf der Lust-Waldbühne zu spielen. Um die Abwehr zu verstärken, haben wir eine Telefonkette eingerichtet. Kommt alle und macht das Zeltlager auf der Johannislust zu einem ständigen! Das Gelände muß besetzt bleiben!

Gemeinwohl vor Eigennutz!

Johannislust, Bielefeld, Hochstraße 12, Kontakt-Telefon: 0521-65560



LUFTBALLONAKTION AM AKTIONSTAG GORLEBEN

GORLEBEN
21.Juni
Sommeranfang

Von Freundeskreisen Gorlebens, die gegen den Bau einer Wiederaufbereitungsanlagevon Atommüll arbeiten, kommt der folgende Aufruf:

„Der 30.6. ist Bundesweiter Aktionstag zu Gorleben. Nach dem Motto: Gorleben ist überall da, wo Bohrfirmen, Forschungsinstitute für AKW's, Betreiberfirmen, AKW's etc. sind: überall da wird etwas dafür getan, daß Atommüll produziert wird, der dann in die Deponie nach Gorleben verfrachtet werden soll. Deswegen möglichst überall dort direkte gewaltfreie Verhinderungsaktionen - der Bohrbeginn in Gorleben steht ziemlich bald an!

Neben diesen Aktionen, die ihr je nach den örtlichen Gegebenheiten verschieden machen müßt, haben wir uns eine schöne bunte Aktion ausgedacht, die überall gemacht werden kann, eine bundesweite Luftballaktion. Wohin der Wind den Luftballon mit Flugblatt trägt, kann auch mal die radioaktive Wolke kommen; nach Ost und West, zu unseren Brüdern und Schwestern hier und da.

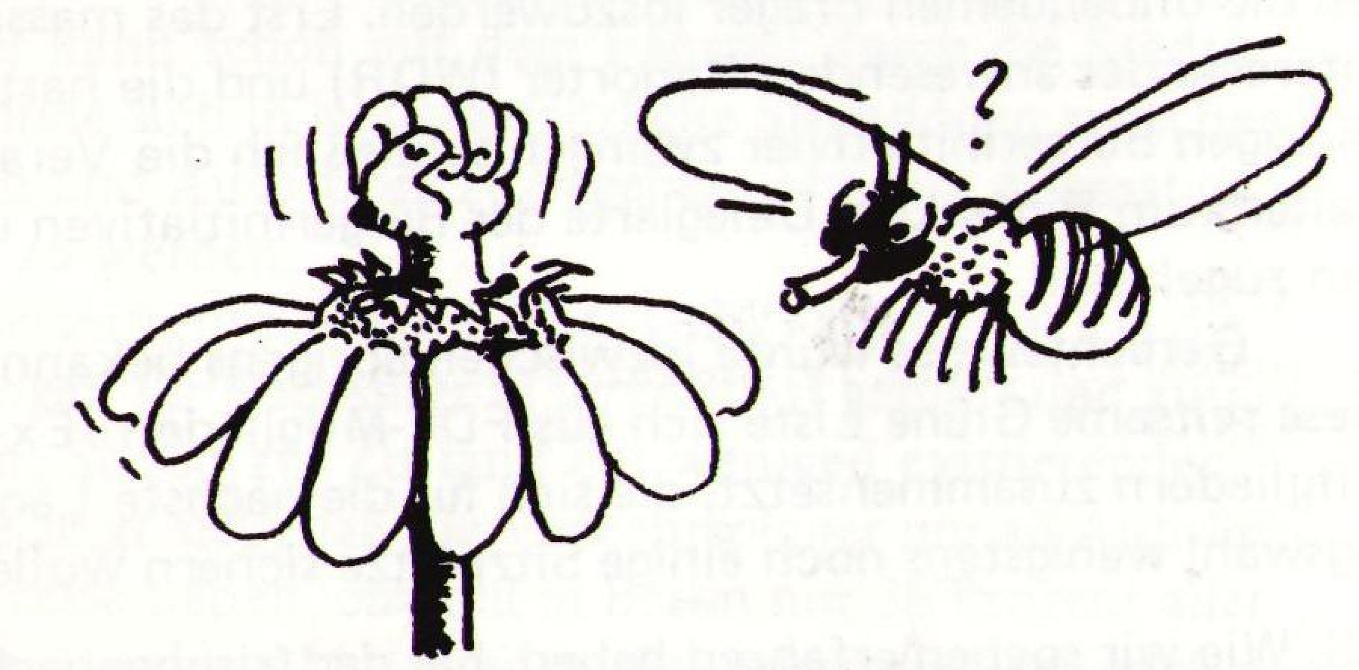
In Gorleben und in Berlin hat es im letzten Jahr schon mal ähnliche Aktionen gegeben. Diesmal wäre es schön, wenn sie möglichst überall stattfände, und von daher einen öffentlicheren Widerhall fände. (Man kann ja sein Heimatblättchen rechtzeitig informieren).

Aus unseren Erfahrungen vom letzten Jahr über den finanziellen und organisatorischen Aufwand: Es muß Heliumgas sein. Das kostet für 500 Ballon etwa 300-400 DM. Dazu Leihgebühr für die Flasche, Druckventil auch nicht vergessen, das sind noch mal etliche hundert Märker, die ihr aber gleich zurückbekommt. 500 Ballons waren auch unter hundert Mark. Wir haben jeden Ballon für 1 DM verkauft, das ging gut, die Kosten sind voll reingekommen. Besonderen Spaß machte es, ein Riesenbüschel Ballons zusammen[illegible]ellen und amerikanisch zu versteigern. Dadurch floge[illegible]es Jahr Flugblätter bis nach Polen! (ein Antwortbrie[illegible]ı dort).

Die Flugblätter könnt ihr erhalten, wenn ihr euch ganz schnell an die Bürgerinitiative oder einen der Freundeskreise Gorleben wendet. Wir haben etliche gedruckt.

ALSO GUTEN FLUG!

Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg,Drawehnerstr. 3,3130 Lüchow
Freundeskreise der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg:
HAMBURG:Nikolaus Piontek,Heinrich-Hertz-Str.21, 2 Hamburg
BREMEN: Rainer Sommer, Richard-Wagner-Str. 6-8, 28 Bremen 1
BERLIN: Rolf Tärichen, Landshuter Str. 1, 1ooo Berlin 30
MARBURG: Helmut Burdorf,Weidenhäuser Str. 62b,355 Marburg
FRANKFURT: Dieter Wesp, Wielandstr. 61, 6ooo Frankfurt
GÖTTINGEN: Sonja Schreiner,Kepplerstr. 32, 34 Göttingen
SIEGEN: Willi Derenbach, Dorfstraße 7,5241 Harbach-Locherhof
HERFORD: Bernd Koppermann,Bielefelderstr. 321,49 Herford



FRÜCHTE REVOLUTIONÄRER BLÜTEN

BREMEN
20. JUNI

Zu dem Artikel über die Aktionswoche gegen das AKW Esenshamm (ID 234) gibt es noch einen Nachtrag, den wir als Dokument abdrucken:

Erklärung der Gruppe, die versucht hat, den Mast „umzulegen"

Heute, in der Nacht von Montag, den 5. 6. 78 auf Dienstag den 6. 6. 78 haben wir versucht einen Masten der NWK umzulegen, der direkt an das Umspannwerk des AKW-Esenshamm angeschlossen ist. Wir hoffen, daß uns das geglückt ist.

Wir würden niemals eine radioaktive Verseuchung der Bevölkerung und der Umwelt riskieren, indem wir das AKW Esenshamm direkt beschädigen. Wir haben viel geübt und gerechnet und mussten es jetzt am genannten Objekt ausprobieren. Diese Aktion ist Ausdruck unserer Erfahrungen, daß wir auf unsere eigenen Kräfte vertrauen und unsere Forderungen selber durchsetzen müssen. Die Ausschöpfung aller legalen Formen des Widerstandes und die Entwicklung verdeckter und militanter Widerstandsformen sind zwei Seiten ein und der selben Medaille — nämlich Kampf gegen Atomanlagen. Das eine ersetzt nicht das andere! Deshalb organisiert euch in kleinen Gruppen, die entschlossen und in der Lage sind, illegale Aktionen durchzuführen, ohne den legalen Rahmen der Auseinandersetzungen aus der Praxis auszuschließen. — Ernten wir gemeinsam die Früchte revolutionärer Blüten — Gruppe: „So mancher fällt aus der Reihe"

Wir fordern:
- Sofortige Veröffentlichung des Katastrophenplanes
- das AKW Esenshamm darf nie in Betrieb gehen
- Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren
- Freilassung von Karl Winter (einer der Grohnde Angeklagten)

Über den Versuch der Gruppe berichtete dann u. a. die Nordsee-Zeitung:

Anschlag auf einen E-Mast bei Elsfleth

Mit einer Zeitzünderbombe haben unbekannte Täter am frühen Dienstagmorgen versucht, einen Hochspannungskasten der NWK im Raum Elsfleth zu sprengen. Die Explosion beschädigte jedoch nur einige Isolatoren und die Seile der 380 000 Volt-Leitung. Die Stromversorgung wurde nicht unterbrochen.

In einem in Bremen abgestempelten Schreiben an unsere Zeitung bekannte sich eine „Gruppe: so mancher fällt aus der Reihe" zu dem Anschlag, der einen Sachschaden von 25 000 Mark verursachte.

Die Täter müssen über großen technischen Sachverstand verfügen. Wie nach ersten Ermittlungen verlautete, haben sie den Leitungsmast gegen drei Uhr morgens erklommen und an den Querverbindungen Sprengladungen mit Zeitzünder angebracht. Anschließend wurden die Schrauben der Verankerung offenbar in der Hoffnung gelockert, daß der Mast nach der Sprengung der Traversen aus dem Gleichgewicht gerät und zu boden stürzt. Bei ihrem Sabotageakt haben die Täter das Risiko in Kauf genommen, an den unter Hochspannung stehenden Leitungen förmlich zu verschmoren.

Daß durch die Detonation dann jedoch nur Isolatoren und Seile in Mitleidenschaft gezogen wurden, haben die Täter offensichtlich nicht mehr verfolgt. In ihrem anonymen Schreiben äußern sie noch die Hoffnung, daß es ihnen gelungen ist, den direkt an das Umspannwerk Kernkraftwerk Unterweser angeschlossenen Mast umzulegen.

„Wir haben viel geübt und gerechnet", heißt es in dem Brief weiter, „und mußten es jetzt an genanntem Objekt ausprobieren. Ernten wir gemeinsam die Früchte revolutionärer Blüten".

WEHE WENN SIE EINMAL LOSGELASSEN !

DORTMUND
20. JUNI

Nach dem Wahlerfolg in Hamburg und Niedersachsen glaubten die zukünftigen „grünen Politiker" in Nordrhein-Westfahlen es ihren Vorbildern schnell nachtun zu müssen. Bei der Gründung der GLU-NRW mußte sogar die Polizei den forschen Grünen etwas unter die Arme greifen. Ein Mitglied der Dortmunder Bürgerinitiative schickte folgende Stellungnahme zu der Gründungsversammlung:

Als aktives Mitglied einer Umweltschutz-Bürgerinitiative (BI) wurde ich am Sonntag, dem 18. Juni aus heiterem Himmel von der Meldung überrascht, daß in Düsseldorf die Gründungsversammlung der Grünen Liste Umweltschutz, Landesverband Nordrhein Westfalen (GLU NRW) stattfindet. Auf der Versammlung wurde die Meinung geäußert, die Anliegen der Umweltschützer müßten nun ins Parlament gebracht werden und die GLU sei der Vertreter der Bürgerinitiativen. Doch die Umstände, unter denen sich die Gründungsmitglieder trafen, lassen daran starke Zweifel aufkommen.

Fast keine BI aus NRW wurde von dieser Gründung informiert, sondern es waren nur Einzelpersonen auf der Gründungsversammlung vertreten, die fast ausnahmlos nicht in BI's mitarbeiten. Nur durch inoffizielle Informationen und einem Telefonanruf gelang es, 20 - 30 Leute aus sechs BI's in NRW zusammenzutrommeln, um Hals über Kopf nach Düsseldorf zu fahren, um diesen schwerwiegenden Fehltritt zu verhindern. Als wir in der Bahnhofsgaststätte, dem Versammlungsort, ankamen, wurde uns zuerst verwehrt, an der Sitzung teilzunehmen. An erster Stelle ist Herr Wegener (bisher SPD- und AUD-Mitglied, Hauptbetreiber der Gründung) zu nennen, der keine andere Möglichkeit sah, uns den Zutritt zu verwehren, als der gerufenen Bahnpolizei zu erklären, wir seien kommunistisch unterwandert. Von den Bahnpolizisten wurde schließlich die Schutzpolizei gerufen, die aber nicht einschritt, weil wir uns darauf einigen konnten, je zwei Mitglieder der BI's an der Versammlung teilnehmen zu lassen. Die angeblichen parlamentarischen Vertreter der Umweltschützer lassen die BI's von der Polizei entfernen !

Außer den LBU (Landesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz) Vorstandsmitgliedern, die die GLU mitinitiierten, war ein weiteres Vorstandsmitglied anwesend, das auch nur

Kurzfristig von der Gründung erfahren hatte. Gemeinsam mit ihm vertraten die BI-Mitglieder die Auffassung, daß die Gründung verschoben werden sollte, bis in den BI's dieses entscheidende Thema besprochen worden ist. Dies wurde jedoch abgelehnt, da dann wahrscheinlich die Betroffenen ihre Sache selbst in die Hand nehmen und sich nicht von Schreibtischhengsten ein Parteiprogramm diktieren lassen würden.

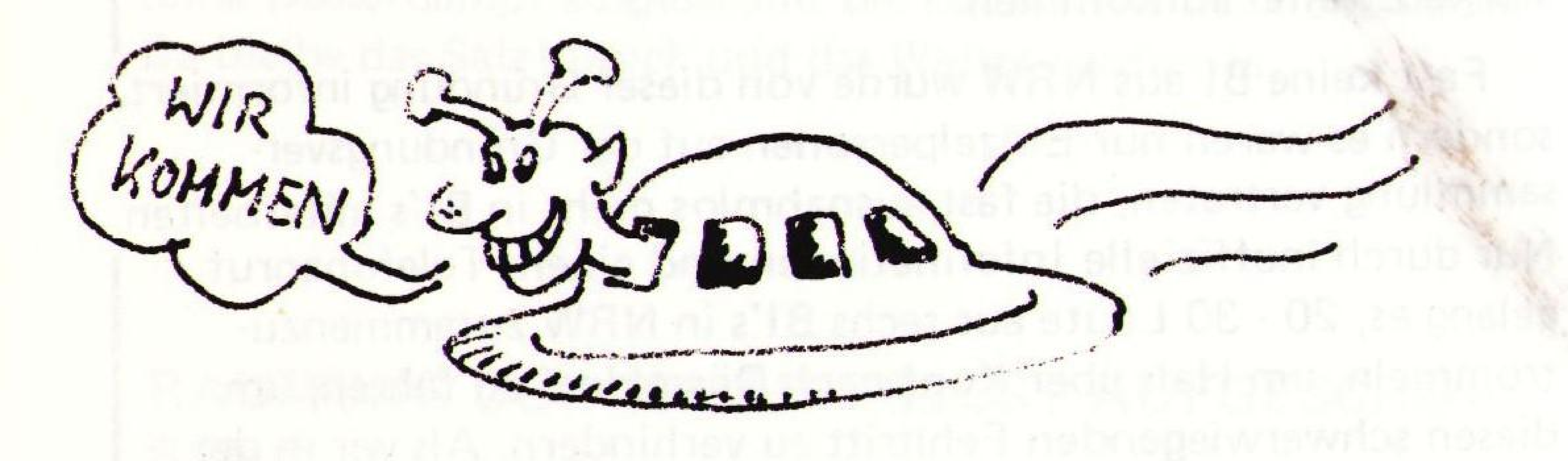
Stattdessen wurde die Satzung ohne inhaltliche Diskussion verabschiedet. SIe war von der GLU Niedersachsen übernommen, da dies notwendig war, um den Namen GLU auch in Niedersachsen tragen zu können. Wenn dise „Umweltschützer" schon so scharf darauf sind, den Namen GLU zu tragen, daß sie diskussionslos die (nach eigenen Aussagen) verbesserungswürdige Satzung übernehmen, muß man sich fragen, ob sie dann im Parlament nicht in erster Linie dafür sorgen, daß sie auch dort bleiben und erst in zweiter Linie die Interessen ihrer Wähler vertreten. Uns ist es leider nicht gelungen, die Gründung der GLU zu verschieben und wir werden in den BI's über dieses Ereignis ausführlich diskutieren müssen. Denn diese voreilige Gründung führt in eine Spaltung der Umweltschützer, wie sie auch in Hamburg stattgefunden hat. Dort kandidierte außer der Bunten Liste (3.9 %), die aus über 300 Initiativen besteht, noch eine GLU (0.9 %).

Uns wurde angeboten, doch nach der Gründung in der GLU mitzuarbeiten, da sie die BI's dringend bräuchte. Warum wurden diese dann aber nicht vorher nach ihrer Meinung gefragt, wenn die GLU die BI's doch vertreten will. Es liegt nun an uns, diese Spaltung zu verhindern und die wahren Ziele der Initiatoren der GLU offenzulegen, nämlich auf Kosten der breiten Umweltschutzbewegung ins Parlament zu kommen.

Wie gering die Verbundenheit der GLU NRW mit den Betroffenen ist, zeigt die Tatsache, daß ein Vorstandskandidat es nicht einmal für nötig hielt, sich mit dem Energiezentrum in den Dortmundern Rieselfeldern auseinanderzusetzen, obwohl dies einer der wichtigsten AKW-Standorte in NRW ist.

Diese GLU darf nicht anwachsen, sondern alle, die an einer Kandidatur der Umweltschützer interessiert sind, sollen mit den Betroffenen und Aktiven, die in den BI's teilweise schon jahrelang gegen die zunehmende Umweltverschmutzung kämpfen, gemeinsam diesen Punkt ausführlich besprechen und nicht mit selbsternannten Vertretern die Einheit der Bewegung gefährden.

KONTAKT: Bernd Greschke, 4600 Dortmund 50, Harkortstr. 2



SO ODER SO – DIE GRÜNEN KOMMEN

DÜSSELDORF 20.Juni — 14 Stunden vor der Gründungsversammlung der ‚GLU-NRW' am 18.6. in Düsseldorf wurde nach intensiver Suche Ort und Zeit der Veranstaltung ausgemacht: im Hinterstübchen des Bahnhofsrestaurants. Eingeladen zu der Gründungsversammlung waren ausgesuchte Gäste. Vor der Tür standen kurzfristig informierte Vertreter der Bürgerinitiativen der Landeskonferenz. Ein Vorstandmitglied der LBU, der auch draußen vor der Tür stand, stellte fest, daß auch die LBU über diese Gründung nicht informiert worden war.

Die Bürgerinitiativen wurden nicht eingelassen, weil sie keine Einladung vorweisen konnten, die so aussah:

EINLADUNG — *GLU-NRW*
Herbert Niemand

Zur Gründungsversammlung der Grünen Liste Umweltschutz Nordrhein-Westfalen am 18.6. 1978 um 15.00 Uhr im Teeraum des Hauptbahnhof-Restaurants in Düsseldorf.

Einlaß in den Versammlungsraum nur mit dieser Einladungskarte und dem Vermerk rechts oben.

Als die Bürgerinitiativen sich auch mit dem fadenscheinigen Argument, es gäbe keine Plätze mehr, nicht abwimmeln ließen, riefen die ‚Grünen' die Grün-Uniformierten zur Hilfe, um die unbequemen Frager loszuwerden. Erst das massive Interesse der anwesenden Reporter (WDR) und die hartnäckigen Bürgerinitiativler zwangen schließlich die Veranstalter zum Einlenken. Delegierte der Bürgerinitiativen wurden zugelassen.

Gerüchteweise wurde inzwischen übrigens bekannt,daß diese seltsame Grüne Liste sich aus FDP-Mitgliedern/Ex-Mitgliedern zusammensetzt, die sich für die nächste Landtagswahl wenigstens noch einige Sitzplätze sichern wollen.

P.S. Wie wir soeben erfahren haben, hat der frischgebackene Vorsitzende der GLU-NRW in Anschluß an die Gründungsversammlung verkündet, er wolle ohne die schon bestehenden Bürgerinitiativen arbeiten, da diese kommunistisch infiltriert seien. Ein gleichlautender Antrag war allerdings vorher von der Versammlung abgelehnt worden!!

TREFFEN ZU DEN LANDTAGSWAHLEN IN BAYERN

NÜRNBERG 22.Juni — *Aufruf der Nürnberger Initiative gegen Atomkraftwerke:*

„An alle Anti-Atomkraft-Bürgerinitiativen und Umweltschutzgruppen, an alle Bürger- und Basisinitiativen von Frauen, Schülern, Gewerkschaftern, Zivildienstleistenden, an antifaschistische Aktionseinheiten, und Anti-Strauß-Komitees, an alle Alternativ-Zeitungen und -Projekte, an alle Gruppen und Personen, die sich noch nicht resigniert mit einem StrauSS als Ministerpräsident abgefunden haben und denen der blau-weiße Wahl-‚Kampf' der SPD nicht ausreicht!

Wir laden euch zu einem bayernweiten Treffen zur Diskussion über die bevorstehenden Landtagswahlen und was man dazu machen könnte. Stattfinden soll das ganze am 8./9.Juli (Wochenende). Den Ablauf haben wir uns folgendermaßen vorgestellt:

SAMSTAG, 8.Juli, 19.oo Uhr: Podiumsdiskussion mit anschließender offener Diskussion; eingeladen sind: Vertreter von Grüne Liste Umweltschutz Niedersachsen (GLU),Bunte Liste - Wehrt Euch (Hamburg),Grüne Liste Erlangen,Bund Naturschutz,AUD,Jungsozialisten, Jungdemokraten

SONNTAG,9.Juli, 11.oo Uhr:ausführliche Diskussion über die verschiedenen Vorschläge zur Landtagswahl, evtl.Arbeitsgruppen zwischendurch, Möglichkeiten weiterer Zusammenarbeit.

ORT: Nürnberg,CVJM-Saal, Kornmarkt 6"

Kontaktadresse: Klaus Meyer, Keßlerplatz 15, 85 Nürnberg,
Telefonnummer: 0911 / 55 83 61

DAS BESTE VERKEHRSMITTEL DER WELT

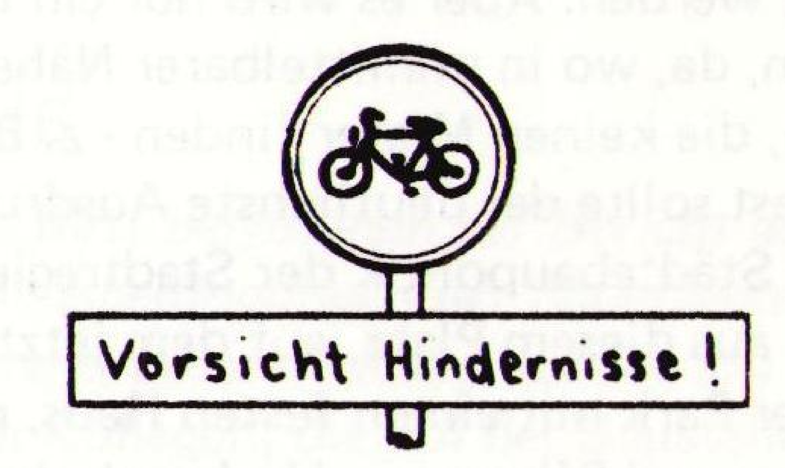
BERLIN
4. Juni

Es ist leise und völlig abgasfrei, es ist billig und bedarf nur geringer Wartung, es ist gesundheitsfördernd damit zu fahren (es sei denn im Abgasgestank der Hauptstraßen). Es kennt keine Parkplatzprobleme und verstopft die Straßen nicht – es ist das einzige Verkehrsmittel, das nicht zur Zerstörung unserer Städte und der Umwelt beiträgt. Der Rohstoffverbrauch bei der Herstellung ist im Vergleich zur Autoproduktion sehr gering. Die Benutzer kommen von Haus zu Haus, sind schneller als Fußgänger und oft genug auch als die Autofahrer. Kurz: Das Fahrrad ist das beste Verkehrsmittel der Welt.
Aber wer kann schon mit dem Fahrrad durch die Städte fahren, ohne sich in lebensgefährliche Situationen zwischen Rinnstein und Autostrom zu begeben, ohne im Abgasstau vergiftet zu werden.
Die Bürgerinitiative Westtangente (BIW) aus Berlin hat die Bedingungen für Radfahrer in ihrer Stadt geprüft und aufgeschrieben. Schon am Zustand der wenigen existierenden Radwege zeigt sich, daß die Verkehrsplaner nur an Autofahrern Interesse haben, obwohl in Berlin nur 38 Prozent aller Wege mit Auto und Motorrad zurückgelegt werden (nach einer Untersuchung von 200.000 Strecken), 28 Prozent mit dem Bus, der U- oder der S-Bahn und 34 Prozent mit dem Fahrrad oder zu Fuß. In West-Berlin gibt es mindestens eine Million Fahrräder, 60 Prozent aller Bundesbürger besitzen ein Fahrrad, jedes Jahr werden 3,4 Millionen Fahrräder verkauft (2,1 Millionen Autos). Aber auch in Berlin wird noch immer in Richtugn autogerechte Stadt geplant und gebaut (noch weitere 40 Kilometer Stadtautobahn sollen kommen).

Und die Radfahrer holpern durch den Rinnstein oder versuchen die letzten Reste der Radfahrwege zu benutzen, so lange es noch geht.
Dem Bestand von 296 Kilometern Radwegen im Jahre 1956 stehen jetzt 360 Kilometer gegenüber. Doch der vermeintliche Zuwachs von 60 Kilometern (in zwanzig Jahren!) besteht aus kaum benutzbaren, zusammengestückelten Abschnitten, die immer dort aufhören, wo es gefährlich wird.
In der Berliner Innenstadt sind fast alle Radwege beseitigt: sie sind Straßenverbreiterungen zum Opfer gefallen oder werden als Parkplätze für Autos benutzt. Auch die noch vorhandenen, ausgewiesenen Radwege dienen oft als Parkplätze, zur Lagerung von Bauschutt, als Stellfläche für Verkehrsschilder und Werbetafeln.
Die Bürgerinitiative gibt Tips zum Radfahren und einen Vorschlagskatalog zum Drüber-Nachdenken und Durchsetzen:
– Wir brauchen in West-Berlin mindestens 1000 Kilometer Radwege. Jedes Jahr sollen 100 Kilometer gebaut werden, angefangen in der Innenstadt. Straßen sollen nicht zu Rennstrecken ausgebaut werden.
– Es soll ein durchdachtes, zusammenhängendes Radwegenetz angelegt werden, das Arbeitsplatzschwerpunkte, Wohngebiete, Nebenzentren, Schulen, Schwimmbäder, die City und Grüngebiete verbindet.
– Das Radwegesystem muß insbesondere in der Innenstadt ganze Straßenzüge verbinden, Nebenstraßen sollen als Fahrradstraßen ausgeschildert werden.
– Radfahrwege sind radfahrgerecht auszubauen – ohne Stufen und Hindernisse, nicht schmaler als zwei Meter. In Kreuzungsbereichen und schmalen Straßen können Radwege aufgemalt werden.
– Radfahrer müssen vor den Abgasen der Autos geschützt werden und durch angenehme, geräuscharme Umgebung fahren können. "Grüne Radwege" sollen angelegt werden.
– Radfahren und die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel müssen ein Verbund werden – durch Instellation von diebstahlsicheren Parkunterstände für Fahrräder an den U- und S-Bahnhöfen und wichtigen Bushaltestellen.
– Auch bei Behörden und öffentlichen Einrichtungen müssen leichtzugängliche Parkunterstände für die Fahrräder geschaffen werden.
– Alle Fahrräder müssen ab Werk mit Rückspiegeln, vergrößerten Rücklichtern (mit Standlicht), Sicherheitskellen und reflektierenden Reifen ausgerüstet sein. Die Gepäckbeförderung muß verbessert und scharfe Kanten müssen beseitigt werden.

Und: Wer Rad fährt soll sich nicht an die Seite drängen lassen. Ein "Schlangenlinienfahren" zwischen parkenden Autos ist gefährlich und kein Sicherheitsgewinn. In Straßen ohne Radweg sollte man lieber einen Fahrstreifen voll benutzen und auch im Kreuzungsbereich müssen Radfahrer für die Autofahrer immer gut sichtbar sein. Nebeneinanderfahren ist übrigens nicht verboten, wenn der andere Verkehr nicht blockiert wird. Insgesamt sollten die Radfahrer sehr viel offensiver auf ihren Rechten bestehen. Den Sicherheitsabstand zum vorbeifahrenden Auto gewährleistet die finnische Sicherheitskelle (In Finnland seit dem 1. Januar 1978 Vorschrift), ein Ausleger nach links am hinteren Gepäckträger, versehen mit einer hellroten Scheibe und einem Katzenauge. (Zu bestellen bei der BIW, Kennwort: Sicherheitskelle für 5,- DM)

Kontakt: Bürgerinitiative Westtangente (BIW), Cheruskerstraße 10/I, 1 Berlin 62



DIE AMSTERDAMER VERKEHRSINITIATIVEN „AMSTERDAM – AUTOFREI"

AMSTERDAM
6. JUNI

Verkehrsinitiativen gibt es in Amsterdam schon lange – die meisten entstanden Ende der 60er Jahre. Sie arbeiteten stadtteilbezogen. Teilweise konnten sie in ihrem Stadtteil das Auto verdrängen – Fußgängerzonen wurden erkämpft. 1974 schlossen sich dann verschiedene Gruppen (10-15) zum Verbund „Amsterdam Autofrei" zusammen. „A'dam vietst" möchte erreichen, daß die Innenstadt von Amsterdam autofrei wird:
– der öffentliche Verkehr soll ausgebaut und verbilligt werden.
– Ende der 60er Jahre entstand der Plan des „weißen Fahrrads". 10 000 weiße Fahrräder sollen nach diesem Plan in Amsterdams Straßen zum freien Gebrauch stehen. Allerdings ist das Problem des Diebstahls und der Reparatur noch ungelöst. Da die Stadtregierung dafür nie Geld bewilligte, konnte das Projekt noch nicht verwirklicht werden.
– Im Gegensatz dazu konnte das „weiße Auto" von einer Cooperative aufgebaut und in Betrieb genommenwerden. 5 Stationen gibt es bis heute. Hier stehen die kleinen weißen Elektroautos und werden aufgeladen. Für 25 Gulden (ca. 25 DM) wird man/frau für sein Leben lang Mitglied im Coop. Für weitere weitere 25 Gulden gibts einen Schlüssel für die Benutzung des Autos. Der Computer hält die Zeit fest, in der das Auto zwischen den Stationen in Betrieb ist. Pro Minute werden dann 10 cent (ca. 10 Pfennig) berechnet und allmonatlich direkt

vom Konto abgebucht. Ron und seine Leute vom A'dam vietst sind sich natürlich im Klaren, daß dieses Auto erst in einer autofreien Stadt – in der es natürlich auch weiterhin Taxis, Busse, Straßenbahnen u. ä. geben soll – eine Alternative darstellen wird.
– Für den Frachtverkehr gibt es folgenden Plan: Am Rande von von Amsterdam werden Lagerhäuser aufgebaut. Dorthin bringen die Lieferanten von auswärts mit Zügen oder LKW's ihre Waren. Die Verteilung von den Lagerhäusern in die Stadt soll durch ein Lastsystem von Elektroautos mit Anhängern und verstärkt mittels der Frachtkähne in den Grachten - den Amsterdamer Wasserkanälen – erfolgen.

Der Plan von „Amsterdam Autofrei" ist nicht so neu und unpopulär. Eher im Gegenteil: auch mit der Parole „Amsterdam Autofrei" traten bei den letzten Wahlen zum Stadtparlament die jetzt regierenden Sozialdemokraten an die Stimmbürger. „Aber das ist Papier geblieben," erzählt Ron von A'dam vietst. Auf die Frage, ob sie sich an den Wahlen beteiligen wollen, lächelt Ron: „Nein, nein, davon versprechen wir uns nichts." Sie wollen weiterhin in der direkten Aktion Bürger mobilisieren – sie anregen, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen.

Zwei große Aktionen standen an: Vom 29. April bis zum 1. Mai der „waterlooplein anti-city-circus" und am 27. April die große „fietst-demonstration".

„WATERLOOPLEIN ANTI–CITY–CIRCUS
Viele Bürgerinitiativen und Gruppen organisierten ein dreitägiges großes Volksfest mit Musik, Filmen Ständen etc., auch eine alternative Weltfußballmeisterschaft fand statt (in Holland gibt es eine ziemlich breite Bewegung gegen die holländische Teilnahme an der diesjährigen WM im Argentinien der Militärs). Das Fest fand auf dem Waterlooplatz – einem sehr großen freien Platz in Amsterdam – statt. Auf diesem Platz soll nach den Plänen der Stadtregierung ein neues riesiges Rathaus gebaut werden. Aber es wird nur ein teures Prestige-Objekt werden, da, wo in unmittelbarer Nähe noch viele Bauten leerstehen, die keinen Mieter finden - z. B. der Palais de Damplace. Das Fest sollte der deutlichste Ausdruck einer scharfen Kritik an der Städtebaupolitik der Stadtregierung werden. In drei Tagen wurde aus diesem Platz, auf dem jetzt nur Autos parken, ein schöner Park mit einem festen Haus, mit Kinderspielplätzen, Bäumen und Pflanzen. „Und nach den drei Tagen? " „Dann wird der Platz besetzt, wir werden ihn nicht mehr hergeben."

Am 27. Mai fand eine große Fahrraddemonstration statt.

Plakate, Aufkleber und weitere Informationen gibt's bei „a'dam fietst" O.Z. voorburgwal 80, Tel. 239 341 in Amsterdam.

ERKLÄRUNG DES ERMITTLUNGSAUSSCHUSSES
BREMEN ZU DEN EREIGNISSEN
UM DAS AKW ESENSHAMM

BREMEN, 12.Juni 1978

Für uns Atomkraftgegner nicht völlig unerwartet erließ der Niedersächsische Sozialminister am Dienstag, den 6.6.78, also zwei Tage nach der Wahl, die „sofortige Vollziehbarkeit" der Betriebsgenehmigung für das Atomkraftwerk Esenshamm. Damit entfällt die aufschiebende Wirkung der in Oldenburg anhängigen Klagen.
Und doch zeugt diese Maßnahme von einer ungeheuerlichen Arroganz gegenüber den Interessen der Bürger. Wir erinnern daran, daß zur Zeit die letzte Prozeßrunde der von der Bürgeraktion Küste (BAK) unterstützten Kläger gegen das Sozialministerium vor dem Verwaltungsgericht in Oldenburg anhängig ist. Wir erinnern daran, daß die erstinstanzlich erfolgreiche Klage des Fischers Schäfer am 21.6.78 vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg verhandelt wird. Wir erinnern ferner daran, daß alle anderen Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Oldenburg noch nicht abschließend beurteilt sind und nach Lage der Dinge mit großer Wahrscheinlichkeit für die Kläger der BAK entschieden werden. Wir erinnern an die massiven Proteste in der Vergangenheit gegen den Bau und später gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Esenshamm.

Trotz alledem ordnete der Sozialminister die sofortige Vollziehbarkeit der Betriebsgenehmigung an. Dieses Vorgehen bestätigt das, was unbekannte Atomgegner zwei Wochen zuvor in einem von ihnen verteilten, gefälschten Schreiben des Sozialministers behaupteten: Der Sozialminister habe die „wirtschaftlichen Interessen der Kraftwerksbetreiber zu vertreten". Genau das hat nämlich der Herr Schnipkoweit getan!

Der joviale Ton, mit dem in dem ‚gefälschten' Schreiben um Verständnis gebuhlt wird („Sie werden sicher mit uns einer Meinung sein, daß dabei aus wirtschaftlichen Erwägungen grundsätzlich die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung zurückgestellt werden müssen.") könnte nach den jetzt gemachten Erfahrungen tatsächlich von Schnipkoweit stammen. Wir sagen hier noch einmal mit aller Deutlichkeit: In diesem Punkt sind wir mit der Niedersächsischen Landesregierung niemals einer Meinung. Für uns bleiben immer die Interessen d[er] Menschen vorrangig.

Deshalb unterstützen wir auch die Forderung nach der sofortigen und vollständigen Veröffentlichung des Katastrophenschutzplanes ! Die Veröffentlichung des speziellen Katastrophenschutzplanes zu verweigern, kann nur heißen, die Bevölkerung über die tatsächlichen Gefahren im Unklaren zu lassen. Eine Veröffentlichung andererseits würde dem letzten Menschen die Augen öffnen und der Landesregierung sicherlich eine ganz und gar unerwünschte Unruhe bescheren.

Statt sich mit den wirlichen Interessen der betroffenen Bevölkerung hier auseinanderzusetzen werden Atomkraftgegner vor die Gerichte gezerrt und wie in Hannover, zu monatelangen Gefängnisstrafen verurteilt. Es wird nichts unterlassen, den Widerstand gegen Atomanlagen als kriminell und terroristisch zu bezeichnen.

Bei jeder Gelegenheit wird versucht, Atomkraftgegner einzuschüchtern: so zuletzt geschehen bei der Fahrrad-Demonstration am 4.6.78 in der Wesermarsch, wo die Demonstranten sich einer ständigen Bespritzelung durch zivile und uniformierte Polizeikräfte ausgesetzt sahen und durch einen in Baumwipfelhöhe patroullierenden Polizeihubschrauber bedroht wurden.

Das sind die Vorstellungen der Niedersächsischen Landesregierung vom „Dialog mit dem Bürger": Zuckerbrot für die Kraftwerksbetreiber und die Peitsche für die Atom-Gegner. Und doch lebt der Widerstand gegen die Atomanlagen. Immer mehr Menschen schließen sich uns an und drücken ihren Protest in den verschiedensten Aktionen aus. Auch wir werden nicht nachlassen, in unserem Willen und unserer Entschlossenheit, dieses Atomkraftwerk und alle anderen Atomspaltwerke zu verhindern.

INITIATIVE ZUR ÜBERNAHME ALLER LEHRLINGE BEI OPEL

BOCHUM
16. Juni

Bei Opel in Bochum haben sich Lehrlinge zu einer Initiativgruppe zusammengeschlossen, um ihre Übernahme zu erreichen, denn obwohl Sonderschichten gefahren werden und Überstunden im Angestelltenbereich, soll das Arbeitsverhältnis der Lehrlinge mit der

Adam Opel AG nach der Prüfungswoche am 23.6. beendet sein. Hier auszugsweise, das Flugblatt, mit dem sie auf ihre Situation aufmerksam machten:

Wir sind 13 Auszubildende, die im Herbst 1976 bei der Adam Opel AG eine Ausbildung als Bürogehilfen begonnen haben. Schon damals fragten wir: „Warum werden eigentlich nur so wenig Bürogehilfinnen ausgebildet? Opel ist doch ein großes Unternehmen und müßte es sich leisten können, mehr auszubilden." Man antwortete uns, diese Zahlen seien Erfahrungswerte der vergangenen Jahre, so daß zugesichert werden könne, alle Auszubildenden in ihren Ausbildungsberuf zu übernehmen.

Im Februar '78 sah die Sache dann schon anders aus. Plötzlich wurden Zweifel laut. Auf unsere Fragen wurde aber immer noch nicht konkret geantwortet. Wir wurden immer mit den gleichen Phrasen abgefertigt. Trotz intensiver Vorbereitung durch Blockunterricht auf unsere Prüfung, trug dieses Hin und Her nicht gerade zu einer Leistunssteigerung bei. Das beweist das Ergebnis des ersten Teils der Abschlußprüfung: 9 von 12 fielen durch!

Zwei Monate später, acht Tage vor Eintreffen einer „konkreten Antwort" sagte man, daß sich die Lage gebessert habe und man wieder hoffen dürfe. Am 17. Mai 1978 erhielten wir alle die „konkrete Antwort". Inhalt:

„Der Ausbildungsvertrag zwischen ihnen und uns endet vertragsgemäß mit Bestehen der Prüfung. Wir überprüfen zur Zeit, ob wir ihnen eine Lohnempfängerposition anbieten können. — Wir bitten sie um Verständnis für diese Maßnahme und bestätigen ihnen gleichzeitig, daß wir sie in unsere Vormerkliste aufgenommen haben. Mit freundlichen Grüßen."

Unser Durchschnittsalter liegt bei 20 Jahren. Einige wohnen nicht mehr bei ihren Eltern und sind darauf angewiesen, Geld zu verdienen um ihr Leben zu finanzieren. Was bleibt uns also anderes übrig, als die Lohnempfängerposition anzunehmen? Dadurch verbauen wir uns jedoch jede weitere Chance, in unserem gelernten Beruf zu arbeiten. Denn nach beispielsweise zwei Jahren Fließbandarbeit sind unsere Maschinen- und Stenokentnisse gleich null. Unsere zweijährige Ausbildung war also völlig umsonst ! ! ! Deshalb fordern wir Ausbildungsplätze mit gesicherter Übernahme in den erlernten Beruf!

Schreibt an: Dr. Prein (Leiter der Personalabteilung) Sterzingerstr. 24, 4352 Herten

Kontakt: Ellen Klopries, Elchbogen 3, 4630 Bochum 7
Susanne Pasedach, Zeppelinstr. 9, 469 Herne

NEUE KONFLIKTE BEI DAIMLER / UNTERTÜRKHEIM

STUTTGART
20. Juni

Neue Konflikte bahnen sich bei Daimler-Benz in Stuttgart- Untertürkheim an. Zunächst hat der Betriebsrat — gegen die Stimmen der linken Liste Hoss/Mühleisen und bei 3 Enthaltungen — beschlossen, gegen das Urteil des Stuttgarter Arbeitsgericht Berufung einzulegen, das bei den vor allem für die Hoss-Liste erfolgreichen Betriebsratswahlen ganz erhebliche Verfahrensmängel bei der Wahldurchführung festgestellt hatte (ungenügend versiegelte Urnen, keine Öffentlichkeit bei Briefwahl-Abschluß). Die Mängel waren so groß, daß das Arbeitsgericht auf eine Untersuchung von Wahlfälschung (z.B. Stimmzettel-Bündel für die IG-Metall) verzichtete — hier ermittelt bereits die Staatsanwaltschaft. (siehe ID 229 und 227)

Der Vorschlag der Betriebsräte um Hoss — Rücktritt des Betriebsrats, kommissarische Amtsführung, Einleitung von Neuwahlen — wurde abgelehnt.

Der Betriebsrat hat außerdem beschlossen, 21 Betriebsräte freizustellen: allesamt Mitglieder der IG Metall. Zusätzlich wurde mit den IGM-Stimmen auch eine DAG-Betriebsrat freigestellt. Die Freistellung von Betriebsräten der Liste Hoss/Mühleisen (rund 28% der Betriebsratssitze) wurde abgelehnt. Die Gruppe Hoss hatte den Vorschlag gemacht, die Praxis der Freistellung zu ändern. Damit die freigestellten Kollegen nicht wie bisher aus den Hallen in ihre Betriebsratszimmer-Fluchten abwandern und sich dann immer seltener bei den Kollegen blicken lassen, sollte in jedem Betriebsbereich eine „Sprechstelle" eingerichtet werden, wo mensch den zuständigen Betriebsrat zu festgesetzten Tageszeiten antreffen kann. Auch das wurde von der IGM-Mehrheit abgelehnt.

Angenommen wurde auf dieser Betriebsratssitzung eine neue Arbeitsordnung, die im Betrieb heftig umstritten ist. Die Gruppe Hoss/Mühleisen faßte ihre Position gegen die Arbeitsordnung in einer Begründung zusammen, die sie der Belegschaft vorlegte. Darin heißt es:

„Wir sind nicht damit einverstanden, daß die Arbeiter erst nach dem Stempeln in den Waschraum gehen dürfen. Wir sind nicht damit einverstanden, daß Arbeiter und Angestellte auch gegen ihren Willen zu Überstunden verpflichtet werden können. Wir sind nicht damit einverstanden,daß Kollegen bei Versetzung an einen anderen Arbeitsplatz eine Verringerung ihres Besitzstandes oder ihrer Qualifikation in Kauf nehmen sollen. Wir sind nich damit einverstanden, daß man erst eine Genehmigung der Werkleitung holen muß, wenn man für gemeinsame Forderungen oder Beschwerden Unterschriften sammeln will."

Kontakt: **„plakat", Peter Grohmann, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1.**

80-STUNDEN-WOCHE

WEST-BERLIN
20. Juni

Aus West-Berlin kam der Bericht über die Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter beim „Internationalen Kongreßzentrum":

„Vor kurzem berichteten Kollegen, die auf der Baustelle „Kongreß-Zentrum" arbeiten, über die dortigen Arbeitsbedingungen und empörten sich zugleich über den unverschämten Artikel im „Grundstein" 28. Jhg./Nr. 9 (offizielles Organ der IG Bau Steine Erden). In dem Artikel mit der Überschrift „Eine Baustelle der Superlative", heißt es:„... kein anderes Unternehmen als die Neue Heimat Städtebau (größtes Wohnungsbauunternehmen Europas) mit ihrer großen Erfahrung im Kongreßbau konnte dafür eine Fertigungsstellungsgarantie übernehmen...". Garantierte Fertigstellungsgarantie Frühjahr 1979: zur Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Und weiter im Text:„...das ‚Zauberwort' dafür ist die Netzplantechnik. Diese moderne Netzplantechnik ist das bestmöglichste Instrument, alle objektbezogenen Arbeiten termingerecht zu steuern. Mit Übertragung dieses Auftrages an die Neue Heimat Städtebau hat der Berliner Senat größtmögliche Sicherheiten eingekauft, die den Bauherrn von allen Risiken wie Projektsteuerung, Einhaltung des Kostenlimits und Einhaltung des Fertigungstermins befreien..." und in dieser Machart fährt der Artikel fort, in dem die Bauarbeiter überhaupt nicht vorkommen (für ein Gewerkschaftsorgan vielleicht verwunderlich oder auch nicht).

Nun,wie steht es wirklich mit der Baustelle, wie sehen die Arbeitsbedingungen (bei Hochkonjunktur) für die bis zu 2000 Bauarbeiter aus. Vorweg die „Herkunftsstruktur" der Bauarbeiter: vorwiegend arbeiten Kollegen aus Westdeutschland (alles Spezialkolonnen), Facharbeiterkolonnen aus Frankreich und Polen, sowie Kollegen aus der Türkei, Marokko und Jugoslavien. Dies, obwohl in West-Berlin 5500 bis 6000 Bauarbeiter arbeitslos sind. Die Kollegen aus Westdeutschland und dem Ausland arbeiten zwischen 70 und 80 Stunden in der Woche. Ja, zum

Teil schliefen sie gar auf der Baustelle, weil die Quartiere (Arbeiterwohnheime), wo sie während ihres Arbeitsaufenthaltes „wohnen", noch schlechter sind als die Baustelleneinrichtungen (die haben wenigstens eine Dusche). Und bei 80 Stunden in der Woche lohnt es sich auch gar nicht, „nach Hause" zu fahren.

Der Betriebsrat erreichte nach langwierigen Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsunternehmen bei einigen Kolonnen folgende Arbeitszeitregelung: 10 Stunden am Tag, Sonnabend 6 Stunden also die 56-Stunden-Woche, und dies, obwohl in anderen Wirtschaftszweigen die 35-Stunden-Woche von den Unternehmern gar freiwillig eingeführt werden soll. Und bei 15% Arbeitslosigkeit in West-Berlin auf dem Bau. Die Geschäftsleitung weigerte sich zunächst, die tägliche Arbeitszeit zu senken. Der Betriebsrat (sicherlich ein nicht allzu fortschrittlicher Kollege) wies permanent auf die Arbeitssicherheit hin, die durch die lange Arbeitszeit nicht mehr gewährleistet ist. So mußten die Kranlenker bei Windstärke acht auf den 70 Meter hohen Kränen weiterarbeiten, obwohl sie auf die lebensbedrohenden Gefahren hinwiesen. Der Maschinenmeister scheuchte sie wieder nach oben. Erst nach Einschalten des „Landesamtes für Arbeitsschutz" (durch den Betriebsrat) konnte die Arbeit eingestellt werden. Übrigens arbeiten die Kranlenker durchschnittlich 12 Stunden am Tag. Und mensch muß sich mal vorstellen, 12 Stunden in der kleinen Krankabine und dann auch noch bei Windstärke acht tonnenschwere Lasten zu rangieren. Eine Metallarbeiterkolonne aus dem Elsaß, die für den Ausbau zuständig ist, arbeitet noch immer 80 Stunden in der Woche.

Und da besitzt doch die Bau-Steine-Erden-Postille „Grundstein" in dem schon zitierten Artikel die Unverschämtheit zu schreiben: „Die Sicherheit wird ebenfalls ganz groß geschrieben. Gemeinsame Rundgänge mit dem Sicherheitsbeauftragten lassen kaum Mängel aufkommen."

Wenn sich die Gewerkschaftsführung und das Gewerkschaftsunternehmen 'Neue Heimat' so die Arbeitsbedingungen vorstellt, dann soll sie sich beeilen und die letzten noch enthaltenen gesetzlichen Schutzbestimmungen beseitigen, damit der reaktionäre Charakter offener zutage tritt. Aber eins ist sicher, das Kongreß-Zentrum wird bestimmt noch vor der Wahl fertig, ebenso wie der Steglitzer Kreisel. Und die SPD kann sich der Unterstützung der Gewerkschaftsführung sicher sein, auch wenn dies auf die Knochen der Kollegen geht, dies tritt dabei in den Hintergrund, geht es doch um das „Allgemeinwohl".

Kontakt: über ID, Stichwort Betrieb; gleiche Adresse BSF-Tarifauseinandersetzung.

PAKETDIENST BEDROHT POSTLER

FRANKFURT 22. Juni *Den folgenden Bericht erhielten wir von einem Mitarbeiter des „United Parcel Service", der lieber anonym bleiben möchte, weil er sonst um seinen Arbeitsplatz fürchten muß:*

Seit einigen Jahren machen sich auch in der BRD sogenannte "Private Paketdienste" breit. Der größte, aggressivste und wohl auch bestorganisierteste ist der "United Parcel Service Deutschland GmbH", eine nunmehr seit zwei Jahren bestehende Tochter eines gleichnamigen amerikanischen Unternehmens.

Mit einigem Recht haben unsere Kollegen im Paketdienst der Post Sorge um ihren Arbeitsplatz, denn durch die strikte Anwendung einer Personalpolitik nach dem Motto mit Zuckerbrot aber mehr mit Peitsche werden die Arbeitnehmer dieser Firma zu Höchstleistungen angetrieben. So konnte es z.B. geschehen, daß, als sich nach der Kündigung eines Kollegen in Bochum die Fahrer am nächsten Tag weigerten, die Halle zu verlassen um ihre Pakete auszuliefern (sie forderten die Wiedereinstellung ihres Kollegen) alle – man munkelt von 13 – auf der Stelle entlassen wurden. Der Betrieb wurde mit Hilfe von aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengezogenen Streikbrechern aufrechterhalten bis neue Fahrer am Ort gefunden waren.

Leider gibt es in diesem Betrieb so gut wie keine Organisationsstrukturen der Arbeitnehmer. Das ist nur zum Teil mit der hohen Fluktuationsrate zu erklären. Schlimmer ist, daß diese Leute sich bewußt als Konkurrenz zur Post verstehen (sollen) und daher auch Angst haben, sich in Gewerkschaften zu organisieren. Leider schotten sich aber auch die Gewerkschaften gegen diese Arbeitnehmer ab.

Besonders unverständlich ist, daß der Pläne-Verlag in Dortmund, offiziell doch wohl kein Unterstützer der Privatisierungspolitik von staatlichen Unternehmen zu den Kunden des UPS gehört. Reichen die etwas geringeren Kosten aus, um den Kollegen von der Post in den Rücken zu fallen und ein stark faschistoides Unternehmen bei der Ausbeutung seiner Arbeitnehmer zu unterstützen?

BÜCHERLISTE DES KINDERBUCHLADENS KREUZBERG

BERLIN 7. Juni Seit Februar gibt es in Berlin den 'Kinderbuchladen Kreuzberg'. Einiges über den Buchladen in Stichworten: Der Buchladen im Arbeiterviertel ist VLB-Mitglied (VLB = Verband linke Buchläden), von der Geschäftsform her eine GmbH, Bärbel, Heike, Dagi, Christine (und zeitweise Alka) arbeiten dort. Im Laden werden Lesungen durchgeführt, bei allen möglichen Veranstaltungen werden Büchertische gemacht, für 78 wurde eine 'Kinderkalender' produziert (für 79 wird es wohl wieder einen geben), mit Eltern und Lehrern wird eng zusammengearbeitet. Im Laden ist eine spezielle Lese- und Tauschecke eingerichtet, im Fenster hängen Wandzeitungen (u.a. zu den Agit-Druckern) und die rund 1000 Titel stehen mit dem Gesicht nach vorn in den Regalen.

Das Konzept des Buchladens umschreiben sie selbst:
Kinderbücher sind heimliche Erzieher. Heimlich deswegen, weil sich die Erwachsenen, die Erziehenden, nicht deutlich darüber im klaren sind, daß Kinderbücher mit ihren Inhalten, ihrer Form, der Art ihres Angebots und ihrer Behandlung Träger und Vermittler bestimmter gesellschaftlicher Werte sind. Nicht in allen Kinderbüchern wird dies so offen zur Schau gestellt wie im 'bewährten' Struwwelpeter. Aus diesem Grunde meinen wir: es ist nicht egal, was Kinder lesen.

Uns geht es also darum, aus dem riesigen Angebot der Kinderbücher – denn trotz der stiefmütterlichen Behandlung ist Kinderliteratur auch Massenware – für unsere Kunden eine bestimmte Vorauswahl zu treffen. Allerdings wollen wir uns hüten, die Rolle der ideologischen Vorkoster im Sinne von Bevormundern zu übernehmen.

Unsere Kriterien zur Beurteilung von Kinderbüchern sind grob gesagt etwa die: Wir halten die Kinderbücher für wichtig und unterstützenswert, die es den Kindern ermöglichen, sich mit der sie umgebenden Welt auseinanderzusetzen und sie als kritisierbar und veränderbar zu entwickeln; Geschichte nicht als einen von oben verordneten, von Fürsten und Königen ausgerichteten, sondern als einen von Menschen bestimmten und bestimmbaren Prozeß kennenzulernen; offen zu sein für bestimmte Lebensformen und nicht unbedingt die eigene Erfahrung absolut zu setzen. Dieser Katalog ist sicher nicht vollständig. Er orientiert sich letztlich an allgemeinen emanzpatorischen Erziehungs-

zielen. Wichtig ist dabei, neben aller kritischen Würdigung der Inhalte, auch die Bedürfnisse der Kinder nach Lust, Spaß, Witz, Phantasie und Spannung zu berücksichtigen. Kritikfähigkeit ohne Phantasie, Veränderung ohne Lust sind undenkbar. Andersherum gesagt: Wir lehnen Kinderbücher ab, die Kinder künstlich kleinhalten, die sie in eine Welt von Wichten, Hexen und Blümlein verbannen und ihnen den Zugang zur wirklichen Welt versperren; die Kinder ängstlich von Konflikten fernhalten und sie wacker an den heiligen Kühen Ordnung, Sauberkeit, Gehorsam festhalten lassen.

Zum zweijährigen Bestehen haben die Frauen vom Kinderbuchladen jetzt eine Selbstdarstellung plus Bücherliste herausgebracht. Diese Broschüre ist sowohl etwas für andere Buchläden als auch für alle 'Kinderbuchverschenker'. Rund 450 Titel sind kurz kommentiert nach 29 Punkten aufgeführt: Geschichte, Nordafrika/USA, USA-Afroamerikaner/Rassismus, Nordamerikanische Indiander, Dritte Welt, Arbeit und Beruf, Behinderte, Heime, Außenseiter, Rauschgift, Ausländer - ausländische Kinderbücher (zweisprachig, türkisch, italienisch, englisch, französisch, griechisch, serbo-kroatisch, spanisch), Schule, Solidarität, Utopien, Familie, Frauen- und Männerrolle, Kriminalität, Medien, Kinder- und Jugendgruppen, der menschliche Körper, Umwelt, Naturkunde und Tiere, Technik- Experimente — Basteln, Kochen — Ernährung, Sprach- und Spielbücher, Liederbücher, Comics, Bilderbücher.

"Kinder- und Jugendbuchliste" Selbstkostenpreis DM 2,50 plus 0,40 Porto, bitte in Briefmarken beilegen und bestellen bei:
Kinderbuchladen Kreuzberg, Großbeerenstr. 28 b, 1000 Berlin 61, Tel.: 030 / 786 38 69

PROZESS GEGEN MEINUNGSFREIHEIT

OSNABRÜCK — *Aus dem Stadtblatt, Osnabrück:*
Juni 1978

Wohl jedem Zeitungsleser wird noch die Auseinandersetzung um den 'Buback;Nachruf' des Göttinger AStA in Erinnerung sein.

Die Basisgruppe der Fachhochschule Osnabrück war nun der Meinung, daß man diesen Aufruf kennen muß, wenn man über ihn diskutieren will. Also wurde er in der Zeitung der Basisgruppe veröffentlicht. Die Staatsanwaltschaft hat nun ein Verfahren gegen ein Mitglied der Basisgruppe eingeleitet. Sollte Kurt Chrzanowski vom Amtsgericht verurteilt werden, so machen sich Amtsgericht und Staatsanwaltschaft einiger Verbrechen schuldig, die Tradition im Dritten Reich haben. Verbot freier Meinungsäußerung, Verurteilung Einzelner für Viele, um abzuschrecken etc..

Die Studentenschaft der Fachhochschule Osnabrück verabschiedete auf einer Vollversammlung folgende Resolution gegen diesen Prozeß, der u.a. auch als Brief an das Amtsgericht geschickt wurde:

„Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Osnabrück (17Js 479/77) hat beim Amtsgericht Osnabrück ein Verfahren gegen den Kommilitonen Kurt Chrzanowski eingeleitet.
Ihm wird zur Last gelegt, Herausgeber einer Basisgruppen-Zeitung zu sein, in der der Göttinger 'Buback-Nachruf' sowie zwei weitere Artikel zu diesem Thema der TU Braunschweig und der Zeitschrift „konkret" nachgedruckt waren.
Er ist angeklagt nach den §§ 90a und 130, den öffentlichen Frieden gestört, die Menschenwürde anderer angegriffen, zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufgestachelt und böswillig verächtlich gemacht zu haben, und durch Verbreiten von Schriften die BRD oder ihre verfassungsmäßige Ordnung verächtlich gemacht zu haben.

Die Veröffentlichung dieser Artikel diente dem Zwecke, jedem Studenten der FH die Möglichkeit zu geben, sich sachlich zu informieren und sich inhaltlich mit dem 'Buback-Nachruf' auseinanderzusetzen, da zur Zeit der Herausgabe eine breite öffentliche Diskussion über den 'Buback-Nachruf' stattfand, nirgendwo jedoch der vollständige Text veröffentlicht wurde, außer in einigen Nachdrucken an verschiedenen Hochschulen. Stattdessen wurden von den Massenmedien Bruchstücke aus dem Gesamtzusammenhang herausgerissen, um darauf eine massive Hetzkampagne gegen demokratisch gewählte Vertreter der Studentenschaft insgesamt aufzubauen. Diese Form der Information scheint uns nicht geeignet, die sachliche Auseinandersetzung zu fördern und offensichtlich war dies auch gar nicht das Anliegen.

Vielmehr sollten innerhalb der Bevölkerung die Grundlagen dafür geschaffen werden offensiv gegen demokratische Rechte der Studenten,wie uneingeschränkte freie Meinungsäußerung, freie politische Betätigung, Versammlungsrecht, Satzungsautonomie usw. vorgehen zu können, was mit Hilfe des Hochschulrahmengesetzes/Niedersächsischen Hochschul-Gesetzes verwirklicht werden soll. Diese Entwicklung hat bereits weitreichende negative Auswirkungen gegen die Studentenschaft bewirkt, wie Einführung der Regelstudienzeit in einigen Bundesländern und damit verbundene massenweise Zwangsexmatrikulation (Wegnahme des Studienplatzes), AStA-Amtsentebungen, Versammlungs- und Streikverbot, Aberkennung des politischen Mandats, Juristisches Vorgehen gegen politisch Andersdenkende usw.. Das Verfahren gegen Kurt Chrzanowski ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Wir sind nicht gewillt, dieser Entwicklung noch länger tatenlos zuzusehen!

Damit aber nicht genug. Die Staatsanwaltschaft behauptet in ihrer Anklageschrift, von Fachschaften und AStA im November 76 und Mai 77 erstellte Flugblätter, die von ihm in seiner Funktion als AStA-Vorstand verantwortlich gezeichnet wurden, verfolgten inhaltlich die gleiche Tendenz wie der 'Buback-Nachruf'.

Es ging dabei um Streikvorbereitungen und Aktionstage. Weiter wird behauptet, hinter diesen Flugblättern stände eine lose politische Gruppe, die sich schließlich zur Basisgruppe verfestigt habe. Diese Unterstellungen sind schlicht unverschämt. Sie verfolgen eindeutig das Ziel, die Interessen der Studenten und ihre berechtigten Forderungen im Zusammenhang mit dem HRG/NHG zu kriminalisieren. Es soll eingesuggeriert werden, daß die Studenten der Terroristenszene zuzuordnen sind, um ihnen so jede Berechtigung der Argumentation in der Öffentlichkeit zu entziehen. Dagegen wehren wir uns entschieden.
Die Vollversammlung der Studenten der Fachhochschule Osnabrück vom 8.5.1978 verurteilt das Vorgehen der Staatsanwaltschaft auf das schärfste und fordert das Amtsgericht Osnabrück auf, das Verfahren gegen den Kommilitonen Kurt Chrzanowski nicht zu eröffnen!"

STUDENTENWOHNHEIM VERKAUFT

DUISBURG — *Aus der NNZ (Niederrheinische Neue Zeitung):*
Mai 78

Nur etwa die Hälfte der insgesamt 103 im Studentenheim wohnenden Studenten waren am Mittwoch, dem 19. April, anwesend, als der Geschäftsführer des Studentenwerks, Fuchs, den „erfolgreichen" Verkauf des Hauses an der Prinzenstraße bekanntgab.

Demnächst wird es der EDV-Firma Altmeyer als Schulungszentrum dienen. Da bereits Ende August mit den Renovierungsarbeiten am alten Teil des Gebäudes angefangen wird, muß er bis

zu diesem Zeitpunkt geräumt sein.
Davon sind über 40 Studenten betroffen!

HÖHERE MIETEN !

Als Alternative werden ihnen 28 Wohnplätze in dem neuen Studentenheim am Sternbuschweg angeboten. Aber selbst diejenigen, die einen dieser wenigen Plätze erhalten, haben im Vergleich zu ihrer momentanen Wohnsituation nur Nachteile.

Während die Mieten im Studentenheim Prinzenstraße von 70,-- DM bis maximal 120,-- DM inklusive Nebenkosten betragen, zahlen die Studenten im Wohnheim Sternbuschweg ca. 150 DM monatlich. Das bedeutet für einige den doppelten Mietpreis, für Räume, die weder größer sind, noch bessere Möglichkeiten bieten. Im Gegensatz zum Studentenheim Prinzenstrasse, wo jeder Student sein Zimmer individuell gestalten kann, sind im Wohnheim Sternbuschweg alle Räume mit einem Einheitsmobilar eingerichtet, so daß keine persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten bestehen. Die Nutzung von Kellerräumen (Fotolabor, Atelier) und einer großen Rasenfläche, die in der Prinzenstraße gegeben ist, geht den Studenten durch den Umzug auch verloren.

Unverständlich erscheint, daß das Studentenwerk noch im April Zimmer vermietete, ohne den betroffenen Studenten den schon geplanten Verkauf des Hauses mitzuteilen.
Auf jeden Fall werden sich ca. 15 Studenten auf dem „freien Wohnungsmarkt" umschauen müssen, was spätestens zum 30. Mai auch den im neueren Teil untergebrachten Studenten bevorsteht. Es wird ihnen zwar in Aussicht gestellt, daß sie entweder in dem bisher noch nicht umgebauten Schwesternwohnheim an der Lotharstraße oder in dem vor kurzem angefangenen Bau des katholischen Gesellenhauses am Dellplatz unterkommen können; aber weder für das eine noch das andere besteht eine Garantie.

ABBAU VON WOHNHEIMPLÄTZEN

Jedes Jahr kommen viele Studenten nach Duisburg, die einen Platz im Wohnheim benötigen. Es gibt in der näheren Umgebung der Gesamthochschule viel zu wenig preiswerte Wohnungen. Hinzu kommt, daß in Duisburg und in Mülheim lediglich eine geringe Anzahl an Wohnheimplätzen zur Verfügung steht. Und das bei einer ständig wachsenden Zahl von Studenten. Momentan gibt es ungefähr 250 Wohnheimplätze für knapp 7000 Studenten.

Gerade in dieser Situation ist es ein Hohn, noch ein Studentenwohnheim mit über 100 Plätzen zu verkaufen. Als Begründung für den Verkauf des Hauses gab das Studentenwerk an, daß „ungeheure Summen aus öffentlichen Mitteln für eine Renovierung" hätten aufgebracht werden müssen. Die Schätzungen belaufen sich auf 800.000 bis 1 Million DM. Das allerdings ist nicht verwunderlich, da in den letzten drei Jahren nur die allernotwendigsten Reparaturen durchgeführt wurden.

PRIVATE TRÄGERSCHAFT

Als Reaktion darauf bildete sich eine Mieterinitiative, die durch eine Mietminderung von 20 DM monatlich versuchte, auf die unhaltbaren Zustände aufmerksam zu machen. Diese Eigeninitiative wirft Fuchs den Studenten vor und sieht darin einen der Gründe für die Schließung des Hauses.
Solch lästigen Problemen (Streiks, Renovierung) geht das Studentenwerk jetzt gezielt aus dem Weg, indem es die Studentenheime unter private Trägerschaft stellt. Das bedeutet, daß nicht mehr das Land für Verwaltung, Instandhaltung und Mieterbeschwerden verantwortlich ist, sondern der Träger, der beim Bau dieses Hauses zu 90% vom Land bezuschußt wird.
Fraglich ist, ob es günstig ist, erst ein Haus fast systematisch herunterkommen zu lassen und es dann wertgemindert zu verkaufen. Der 90%-Zuschuß ist mit Sicherheit um ein Vielfaches höher als die Renovierungskosten, die für die Instandhaltung des Hauses an der Prinzenstraße erforderlich gewesen wären!

Das Land, vertreten durch das Studentenwerk, stiehlt sich aus seiner Verantwortung den Studenten gegenüber und überläßt sie Privatfirmen. Diese, wie gemeinnützig sie sich auch immer geben mögen, arbeiten nach den „freien marktwirtschaftlichen" Prinzipien, d.h. sie müssen Gewinn erwirtschaften. Dieser Gewinn aber kann nur durch hohe Mieten oder geminderte Wohnqualität, also auf Kosten der Studenten erreicht werden."

BARACKE – ZWEITER AKT

STUTTGART *Aus'm „Blättle", Stuttgarter Stadtzeitung:* Juni 1978

„Es dürfte sich inzwischen allgemein herumgesprochen haben: am 13.4. wurde das studentische Kommunikationszentrum 'Baracke' von Bediensteten der Universität Stuttgart geräumt. Die Baracke war bis dahin vom eigens dafür gegründeten 'Baracke e.V." betreut worden und hatte zahlreichen Kommilitonen und Studentengruppen als Treffpunkt gedient, an dem man sich ungezwungen unterhalten und ohne Repressalien auch politisch arbeiten und diskutieren konnte.

Damit beabsichtigte die Universitätsspitze durch ihre unangekündigte Blitzaktion endgültig Schluß zu machen. In dem Maulkorb, der zuvor bereits aus Veranstaltungsverboten, Ordnungsmaßnahmen und Disziplinarverfahren gestrickt worden war, sollten nun die letzten kleinen Ritzen gestopft werden.

Auch nachdem der Baracke e.V. gegen die Demontageaktion der Universitätsspitze eine einstweilige Verfügung beim zuständigen Amtsgericht Stuttgart beantragt hatte, fochten die verantwortlichen Herren Bollinger und Häusser mit wahrem Feuereifer für ihre rechte Sache. Der am 17.4. auf Vorschlag des Amtsrichters in der mündlichen Verhandlung zustandegekommene Vergleich wurde widerrufen. Gleichzeitig wurden alle Räder in Bewegung gesetzt, um Druck auf den Verein auszuüben. Herr Bollinger scheute weder Zeit noch Kosten (= Steuergelder), um di verse Behörden wegen angeblicher Ordnungswidrigkeiten zum Ermitteln gegen die in der Baracke tätigen Studenten und den Baracke e.V. zu bewegen. Es muß ein schwerer Schlag für diesen Herrn gewesen sein, daß alle diese Bemühungen scheiterten.

Aufgrund fehlender inhaltlicher Substanz flüchtete sich die Universitätsverwaltung schließlich in die Formalia, zweifelte an der Legitimation des Vereinsvorstandes und seines Bevollmächtigten und endlich am Tag vor der bereits anberaumten Urteilsverkündung auch noch an der Zuständigkeits des Amtsgerichts.
Doch auch diese Versuche fruchteten nicht - Herrn Bollinger blieb nur ein Trost: er hatte wenigstens alles getan, um einer Ordnungsvorstellung zum Durchbruch zu verhelfen, die mit Demokratie und Rechtstaatlichkeit wenig, mit autoritärem Obrigkeitsstaat sehr viel zu tun hat.

PRO UND CONTRA

Diese Bemühungen wurden vom Senat der Universität Stuttgart mit den bescheidenen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt: mit großer Mehrheit lehnten es Ihre Magnifizenz Rektor Hunken, Spektabilitäten (Dekane) und die anderen diesem obersten Selbstverwaltungsorgan der Universität angehörenden Herrschaften ab, sich überhaupt mit einem Antrag zu beschäftigen, der das Vorgehen der Universitätsverwaltung

kritisierte und für die Wiederinstandsetzung der Baracke eintrat. Das Gremium ging sogar so weit, geschäftsordnungswidrig einen Teil dieses Antrags nicht ins Protokoll aufzunehmen.

ÖTV-Betriebsgruppe und GEW-Hochschulgruppe haben dagegen die Universitätsspitze erneut schwer enttäuscht. In ihrem gemeinsamen Offenen Brief an Herrn Regierungsrat Bollinger warnen sie entschieden davor, „daß die blindwütige Durchsetzung spezifischer Ordnungsvorstellungen auf Kosten von Freiheitsrechten in allgemeiner Unterdrückung endet".

DAS URTEIL ...

So hat denn die Auseinandersetzung um die Baracke wieder einmal die Fronten deutlich gemacht.
Fronten, deren Verlauf allerdings an einem Punkt vom gewohnten Bild abweicht. Die Justiz schlug sich nicht auf die Seite der Bürokratie, sondern schützte das Recht des Vereins und der Studenten vor dem Zugriff der Universitätsverwaltung.
Das Urteil vom 3.5. verlangt die sofortige Wiederherstellung der Baracke, die Aushändigung von Schlüsseln an den Baracke e.V., und untersagt weitere Besitzstörungen durch die Universität.

UND SEINE KONSEQUENZEN

Deutlicher konnte den Verantwortlichen gar nicht gesagt werden, was sie nach geltendem Recht zu tun hatten. Herr Bollinger hatte daraufhin einen Urlaub von 14 Tagen dringend nötig, die Herren Häusser und von Loeper mochten das Urteil in den ersten Tagen gar nicht erhalten haben. Zuständig für die Anordnung der notwendigen Maßnahmen fühlte sich niemand. Nun galt es ja auch geltendes Recht und nicht rechte Ordnung umzusetzen.

Erst nach einer Unterredung des Vereinsvorsitzenden mit Rektor Hunken (nach seinen eigenen Worten „ein angenehmer Verlierer") tat sich etwas in der Baracke (am 8. Tage nach der Verkündung des Urteils, in dem steht: „ ... hat sofort ...):

Das alte Schloß wurde wieder eingesetzt, eine Möbelspedition (!) brachte unsere Einrichtungsgegenstände zurück. Ausgeräumt worden war die Baracke von etwa 15 Hausmeistern der Uni. Wollte Herr Häusser durch Beauftragung einer Spedition verhindern, daß sich die Hausmeister veräppelt vorkommen (erst alles raus, dann alles wieder rein) und an der Qualifikation ihres Vorgesetzten zu zweifeln beginnen ?

RING FREI ZUR ZWEITEN RUNDE

Nachdem die Möbel, Öfen etc. in der Baracke standen, rührte sich nichts mehr. Niemand begann, die Installationen wieder anzubringen (Wasser, Abwasser etc.). Vielmehr wurde der Vereinsvorsitzende Eberhard Decker-Hauff zu einem Gespräch zu Herrn Häusser geladen, bei dem der Herr Regierungsoberbaurat seine Ansicht über die „Sachlage" zum Besten gab, wohl mit der Absicht, den Vereinsvorstand einzuschüchtern und zu einem freiwilligen Verzicht auf die Baracke zu bewegen.
So war von einer Miete zwischen 400 und 600 DM im Monat die Rede, „ auch für die zurückliegende Zeit, in der Sie die Baracke nach Auffassung der Universität widerrechtlich genutzt haben". Die Miete soll, falls das Vereinsvermögen nicht ausreicht, bei den Vorstandsmitgliedern persönlich eingeklagt werden. Desgleichen wurden schriftlich „juristische Schritte gegen Ihren Verein" angekündigt, weil „die Universität die Nutzung als rechtswidrig betrachtet".

OHNE DRUCK LÄUFT NICHTS

Ihre Magifizenz (in einem früheren Flugblatt an die Studenten: „Die Grundlage aller Formen von Demokratie ist aber das Festhalten an Recht und Gesetz. Nur innerhalb der so gesetzten Spielregeln kann Freiheit bestehen") und seine Untergebenen hatten es nicht nötig, von sich aus dem vom Gericht gesprochenen Recht nachzukommen. Schriftliche und mündliche Interventionen der Rechtsanwältin und des Vereinsvorsitzenden wegen der noch fehlenden Installationen blieben zunächst erfolglos. Erst der von der Rechtsanwältin verständigte Gerichtsvollzieher konnte bewirken, daß sich die Universitätsverwaltung herabließ, den Einbau der Installationen zu veranlassen (zwei Wochen nach der Urteilsverkündung).

SAUSTALL

Die reine Freude hatten wir an der wiedereingerichteten Baracke dennoch nicht: abgesehen von einem nicht-installierten Boiler, einer abgeklemmten Leitung und einigen fehlenden Einrichtungsgegenständen sah es in der Baracke so aus, wie sich die Herren vom Rektoramt wohl linke Kneipen vorstellen und wünschen: dreckig wie in einem Saustall. Der beim unachtsamen Entfernen und Wiederanbringen der Ölöfen und Ofenrohre anfallende schwarze Ölruß war gleichmäßig auf dem Boden verteilt. Zum Saubermachen konnten wir leider die Uni nicht heranziehen, das war im Urteil nicht enthalten.

VON VERBRANNTEN FINGERN

Für Herrn Häusser ist damit die Arbeit, die er mit aufmüpfigen Studenten hat, noch nicht beendet. Der Arme muß nun in seiner Dienstzeit fortlaufend neue Schikanen für uns ersinnen. Da die Universitätsverwaltung für die Baracke zuständig und verantwortlich sei, verbot er die Benutzung der (ursprünglich von uns installierten) Wasser- und Abwasserleitungen, Boiler und Lichtleitungen, weil wir vor dem Installieren nicht die Genehmigung der Uni eingeholt hätten. Er kündigte unangemeldete abendliche Kontrollen in der Baracke an, um zu überprüfen, ob seinen Verboten Folge geleistet werde. Nun, soll er ruhig mal kommen, wir werden uns bei ihm für die rührende Fürsorge der Universitätsverwaltung bedanken, die sicher nur verhindern will, daß wir uns am kochenden Wasser aus den Boilern die Finger verbrennen.

Hoffen wir für Herrn Häusser, daß er selbst die ganze Sache mit heilen Fingern übersteht. Man kann sich nämlich nicht nur am heißen Wasser aus Boilern verbrennen. Möglicherweise interessiert sich jemand dafür, wieviel Steuergelder für diese Aktionen verschleudert wurden. Es dürften einige tausend Mark sein. Vielleicht werden wir es eines Tages auf den Pfennig genau erfahren, wenn Herr Häusser, wie angekündigt, versuchen wird, die gesamten Kosten für seine Aktionen bei uns einzuklagen.
Wir sehen diesem Tag mit Gelassenheit und Freude entgegen. Er dürfte der Auftakt für ein neues Fest sein.

GROSSES FEST

Am 20. Mai trafen sich „die Massen" zu einem großen Wiedereröffnungsfest in der Baracke. Und es waren wirklich „Massen", die Baracke war gerammelt voll, trotz bescheidener Ankündigung des Festes und gleichzeitig stattfindenden anderen attraktiven Veranstaltungen.

WIE GEHT'S WEITER ?

Nun, von Seiten der Universitätsverwaltung ist wohl zu befürchten, daß die Herren versuchen werden, uns alle möglichen Klagen an den Hals zu hängen. Vor Gericht werden sie damit nicht viel Erfolg haben, aber wir werden unsere Freizeit für weiteren juristischen Hickhack verschwenden müssen (während die Herren das alles in ihrer Dienstzeit auf Kosten der Allgemeinheit machen können).

Wer sich um Ersatzräume für die Baracke, die ab 30.9. endgültig nicht mehr zur Verfügung stehen wird (Eigennutzung der Osthälfte durch das Katharinen-Hospital), kümmert, ist noch unklar.

Die alten Baracke-Mitarbeiter, die zum Teil schon seit drei Jahren mitarbeiten, sind inzwischen auch bezüglich ihres Studiums so „alt", daß sie nicht mehr weiter mitmachen können und wollen. Es gibt nun einige neue Mitarbeiter und Interessenten, jedoch ist dieser Kreis noch zu klein, um wirklich einen neuen Treff auf die Beine zu stellen.

Deshalb an dieser Stelle nochmals ein Aufruf an alle, die an einem Treffpunkt interessiert sind, an dem man keinen Repressionen ausgesetzt ist: Beteiligt euch an der Suche nach Ersatzräumen, habt Ideen zu deren Finanzierung, arbeitet an deren Einrichtung und Selbstverwaltung mit ... "

LIEBER DUMM UND UNDOGMATISCH?

Neufahrn Juni 78 — *Diese Stellungnahme eines Lesers zum Shaba-Artikel im ID 233 kritisiert auch gleichzeitig die Gestaltung des ID:*

Im Vorspann zu dem Artikel "Der Shaba-Coup und Antiimperialismus" im ID 233 fordert ihr zu Stellungnahmen auf —
a) zum Problem der "Leitartikel" generell und
b) zu diesem speziellen Artikel.

Hier ein paar Anmerkungen dazu:

zu a): Ich find's sehr gut, wenn ihr solche "Leitartikel" zur ständigen Einrichtung macht. Gerade das in letzter Zeit praktizierte wahllose Aneinanderreihen von Informationen über politische Gefangene, Anti-AKW-Bewegung, Jugendzentren und Russell-Tribunal haben bei mir nach zweijähriger ID-Lektüre dazu geführt, daß mir der ID erstens langweilig und zweitens überflüssig wurde. Denn: lese ich regelmäßig die "Rundschau" und z.B. „Arbeiterkampf", was bestimmt auch viele andere tun, weiß ich das, was im ID steht, auch alles und zum Teil sogar ausführlicher.

Eure Selbstreduzierung auf eine Art alternativer Nachrichtenagentur, die die "Interpretation", wie ihr es nennt, des gebrachten Materials freundlich der geneigten Leserschaft anheimstellt, trägt mit zur bekannten Theorielosigkeit der Spontis bei.

Hier (Provinz im Schatten der Metropole München) rennen massig Spontis wie die aufgescheuchten Hühner herum, immer die tausend neuesten Sauereien des Staates im Kopf und können vor lauter Konsum aller nicht gerade angenehmen Nachrichten keinen zusammenhängenden Gedanken mehr fassen. Nachdem nun auch die 'Autonomie' zu einer literarischen Selbstdarstellungsanstalt von Alt-Spontis degeneriert ist und ihre höchste Erfüllung neuerdings darin findet, die Todessehnsüchte ihrer Redaktionsmitglieder zu feiern, ergibt sich hier die Notwendigkeit bzw. Möglichkeit für den ID, größere Zusammenhänge auch mal in längeren und vielleicht "theoretischeren" Artikeln darzustellen, was gerade auch im Hinblick auf die Tageszeitung von Bedeutung ist, da diese den ID, wie er jetzt ist, endgültig überflüssig machen würde.

zu b): Im Artikel selbst bekommen dann wieder die berühmten Sponti-Hämmer ihren gebührenden Platz. Der Autor schreibt, daß die meisten Linken wohl auf die Manipulationen der staatstragenden Medien hereingefallen seien. Diese Feststellung bringt ihn nun aber nicht dazu das Interesse aufzudekken, das sich hinter der bürgerlichen Berichterstattung verbirgt, mit dem Ziel zu verhindern, daß wir noch öfter darauf reinfallen, nein, im Gegenteil, den 'ewigen Besserwissern' wirft er vor, daß sie's gewußt haben und nicht darauf reinfielen. Alles nach dem Motto: wer was weiß, was wir nicht wissen, ist dogmatisch! Und: lieber dumm und undogmatisch!

Als nächstes wirft der Autor den Linken vor, "kaum ein eigenes Verhältnis zu der ganzen Geschichte" entwickelt zu haben, wo doch die Nato-Minister die Befriedung Shabas in Stuttgart beschlossen haben. Abgesehen, daß die Frage offen bleibt, wie er sich sein linkes Verhältnis zu einer imperialistischen Intervention in Afrika vorstellt, macht doch der zweite TEil des Satzes klar, daß er der Linken ihre mangelnde Reaktion nicht zum Vorwurf machen würde, hätte die besagte Sitzung statt in Stuttgart vielleicht in Washington stattgefunden. Dann aber findet er plötzlich einen Grund, die Linke wieder zu entlasten, denn die "unmittelbare und sinnliche Erfahrung" des Abfluges der Interventionstruppen blieb schließlich den belgischen Linken vorbehalten und er führt daran das bekannte Sponti-Dilemma vor, nur die eigene "sinnliche Erfahrung" als Ausgangspunkt von Bewußtseinsprozessen anzusehen, die eigene "Betroffenheit" (z.B. Polizeiknüppel aufm Kopf) als Grund fürs Linkssein gelten zu lassen. Er gibt damit zu erkennen, daß er die Denkfähigkeit seiner Leser so gering einschätzt, daß diese erst in Gang gesetzt werden kann, wenn der Staat auf sie einschlagen läßt, was er auch im Schlußsatz noch einmal explizit darlegt: " ... und dann stehen wir vielleicht am Kasernentor — und denken nach."

Damit die Linke etwas früher anfängt nachzudenken ist es notwendig, imperialistische Interventionen wie die in Zaire und ihre publizistische Verklärung anhand der ökonomischen und militärischen Interessen, die sie hervorbringen öfter mal zu beleuchten.

Ein anarcho-kommunistischer Genosse aus der Provinz.

P.S. Falls ihr das abdrucken solltet, laßt bitte meinen Namen weg; ich brauche keine individuelle Betroffenheit mehr um Staatsfeind zu werden.

Ein linker Dissident berichtet:

MARXIST IN RUSSLAND

Über die Lebenssituation linker Dissidenten in Osteuropa — hier konkret der Sowjetunion — erzählt der Emigrant Boris Weil. Bis zu seiner Auswanderung aus Russland letzten Oktober war er Leiter des Puppentheaters in Kursk. Der 38jährige Weil verbrachte 13 Jahre seines Lebens in Lagern. Jetzt leb in Kopenhagen.

Sein Bericht zeigt, unter was für schwierigen Bedingungen im "real existierenden Sozialismus" die linke Opposition zu kämpfen hat. Es wird auch klar, warum gerade die Menschenrechtsfrage im Osten so im Vordergrund stehen muß: Da jeder erklärte Marxist mit dem "regierenden Marxismus" und seiner blutigen Vergangenheit in einen Topf geworfen wird, geht es gerade in diesem Punkt um die Glaubwürdigkeit jeder Opposition, besonders aber um die der Linken. Wir bringen Auszuge aus Weils Bericht, der in der Mai-Nummer des "Wiener Tagebuchs" erschienen ist.:

Im Lager war ich mit Pijuschtsch zusammen. Er ist dort für verrückt erklärt worden, nicht nur, weil er ein "Dissident" war, sondern auch, weil er sich als Marxist bekannt hat. Wenn Marx heute in der Sowjetunion lebte, würden sie ihn wahrscheinlich auch für verrückt erklären. Was Lenin betrifft, so ist bekannt, daß er die letzten zweieinhalb Jahre seines Lebens gleichsam unter Hausarrest stand, von der Leitung der Partei isoliert.

Sie kennen die Worte Lenins, daß Russland sich den Marxismus in Qualen erstritten hat. Der Prozeß ist noch nicht beendet. Heute haben wir in Russland keine Philosophie, die so unpopulär ist wie der Marxismus — und das ist verständlich. Unter dem Deckmantel der marxistischen Terminologie sind die grauenhaftesten Verbrechen begangen worden, deshalb löst sie heute nur Abscheu aus.

Die Machthaber berufen sich freilich immer auf Marx und Lenin, in Wirklichkeit ist ihnen der Marxismus gleichgültig. Der Marxismus ist für sie eine Zitatensammlung, je nach Bedarf verwenden sie, wie in einer Patience eine Karte, das eine oder andere Zitat. Immer findet sich im Paket der Karten ein Zitat, das man gebrauchen kann. Den offiziellen Marxisten fehlt der kritische Geist, bei ihnen ist kein Hauch davon spürbar — deshalb verabscheuen die Arbeiter die Ideologen. Das Regime vernichtet alle, die wirklich marxistisch denken wollen. Das alles trägt dazu bei, daß die "Dissidenten" zum guten Teil sich vom Marxismus abgewendet haben. Verständlich.

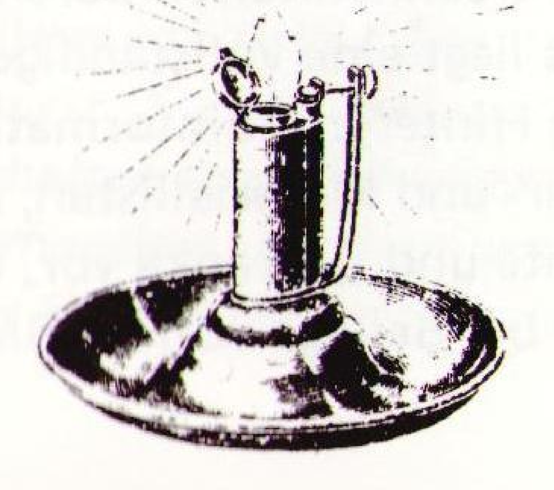
Marxisten wie Pljuschtsch und ich sind in den Augen unserer Freunde Ungeheuer, Überbleibsel aus einer prähistorischen Zeit, die aussterben. In den breiten Schichten der Bevölkerung werden deshalb Leute wie Pljuschtsch und ich wie Idioten angesehen. Denn die Lektüre der offiziellen Texte, die in Millionen Exemplaren gedruckt werden und unberührt in den Bibliotheken und Buchläden aufliegen, wird von den Leuten als idiotische Sache betrachtet.

Aus der Sowjetunion habe ich die dritte Gesamtausgabe der Werke Lenins mitgebracht, die Bucharin besorgt hat. Meine Freunde waren erstaunt — wozu das? Auch die russischen Zollbeamten waren überrascht. „Wozu brauchen Sie das?" fragten mich. So etwas erschien den Sowjetbürgern unverständlich. Im Gefängnis und im Lager konnte ich Marx lesen, denn er ist nicht verboten. Verboten ist die Lektüre des Evangeliums, wer dabei erwischt wird, kommt in den Bunker. Marx kann man nach Belieben lesen, die Aufseher finden es bloß unverständlich: "Warum lest ihr Marx und Lenin?" Die Lagerverwaltung hat uns mißtrauisch beobachtet; daß religiöse Menschen die Bibel lesen, ist begreiflich, aber wer will schon Marx lesen?!!

Voriges Jahr hat eine Leningrader Gruppe von Künstlern auf öffentlichen Gebäuden, auch auf den Mauern der Peter-Paul-Festung, die früher ein Gefängnis war und heute ein Museum ist, die Aufschrift aufgemalt: "Ihr erstickt die Freiheit, aber den Geist der Freiheit könnt ihr nicht zerstören." Sie wurden verhaftet und abgeurteilt, aber nicht wegen antisowjetischer Propaganda, wie man vermuten könnte, sondern wegen der Verschandelung öffentlicher Denkmäler. Deshalb erhielten sie bloß 3 bis 4 Jahre, mußten aber als Buße eine riesige Summe zahlen, 20.000 Rubel. Die Leningrader Abendzeitung schrieb dazu: "Hooligans haben unsere schöne Stadt, die Stadt der schönsten Denkmäler, beschmiert." Von den Inhalten der Aufschriften war keine Rede.

Vielleicht ist es eher verständlich, weshalb die Bewegung der Dissidenten keinen sozialistischen, keinen proletarischen Charakter trägt, sondern, wenn auch nicht ausschließlich, größtenteils von Intellektuellen getragen wird. Nach vielen Jahren ist eine Formel gefunden worden, ohne Statut, ohne Programm, aber lebendig und sich immer wieder erneuernd: die Bewegung für die Verteidigung der Menschenrechte. Die Behörden sind nicht in der Lage sie zu zerstören, weil viele ihrer Exponenten emigrieren. Man könnte die Frage stellen, warum die meisten Exponenten dieser Strömung keine Marxisten sind, sondern Wissenschaftler, denen es um die Menschenrechte geht? Offensichtlich ist es in einem solchen Staat die entscheidende Aufgabe, ob man nun Marxist ist, Christ oder Positivist, für die Menschenrechte einzutreten, für die Freiheit des Wortes zu kämpfen, die Freiheit der Information. Wir betrachten das als eine wichtige Voraussetzung für den Kampf um den Sozialismus.

(Aus "focus", Nr. 97/78, einer "Züricher Zeitung der fortschrittlichen Bewegung")



ARGENTINISCHES KONSULAT BESETZT:

DER KONSUL DROHTE DIE WAFFE ZU HOLEN

DÜSSELDORF 21.Juni Sommeranfang *22 Antifaschisten haben am Mittwoch, den 21. Juni in Düsseldorf das argentinische Konsulat besetzt. Zu dieser Aktion verfassten sie folgende Presseerklärung:*

„Heute morgen haben 22 Antifaschisten das argentinische Konsulat in Düsseldorf besetzt. Mit dieser Aktion wollen wir gegen die Folter und die ständigen Menschenrechtsverletzungen in Argentinien protestieren. Die Bundesregierung machte gegenüber dem Generalsekretär der deutschen Sektion von amnesty international, Helmut Frenz, die Zusage, mindestens 500 durch das argentinische Militärregime Verfolgten Asyl zu gewähren. Wir fordern die sofortige Erfüllung dieser Zusage.

Obwohl die Aktion erklärtermaßen einen friedlichen und gewaltlosen Charakter hatte, war der Konsul zu keiner Diskussion bereit. Er bestand auf sofortiger Räumung des Konsulats. Dazu forderte er Polizei an. Als diese jedoch nicht unmittelbar nach ihrem Eintreffen dieser Weisung nachkam, drohte er: „Wenn die Polizei nicht räumt, hole ich meine Waffe". Wir erwägen, gegen diese Morddrohung Anzeige zu erstatten.

Wir hielten das Konsulat über eine Stunde besetzt. Die Polizisten forderten uns auf, zwecks Personalienfeststellung zum Präsidium mitzufahren. Wir kamen dieser Aufforderung ohne Widerstand nach. Offensichtlich scheute die Polizei bei ihrer Räumungsaktion die Öffentlichkeit. Anders ist es wohl kaum zu erklären, daß sie mehrere Filme beschlagnahmte und einen auf der Straße stehenden Fotografen, der die Herausgabe des Filmes verweigerte, festnahm.

Entgegen der Zusage einer reinen Personalienfeststellung wurden wir jedoch zwischen 4 und 5 1/2 Stunden festgehalten, in Zellen gesperrt. Jeder einzelne von uns wurde gegen unseren Protest, teilweise unter Anwendung körperlicher Gewalt, erkennungsdienstlich behandelt. Darüber hinaus wurden Anzeigen wegen Verdachts auf Hausfriedensbruch gegen uns gestellt.

Diese schikanöse Behandlung durch die Polizei können wir nur als offene Sympathiekundgebung für das argentinische Folterregime verstehen. Wir bekräftigen nochmals unsere Forderung: Fußball ja — Folter nein! Sofortige Aufnahme von mindestens 500 politisch Verfolgten aus Argentinien durch die BRD!"

SHELL GEGEN 'QUE CHOISIR'

PARIS 13. Juni In Paris fand jetzt in der 2. Instanz die Revisionsveranstaltung der Shell-France gegen die Verbraucherzeitschrift 'Que choisir' statt. Nach der Ölpest in der Bretagne hatte die Zeitschrift zum Boykott aller Shellprodukte aufgerufen, da die 'Amoco Cadiz' zur Zeit der Katastrophe von der Shell gechartert war. Auf die Klage der Shell hatte das Zivilgericht der Zeitschrift den Boycottaufruf verboten und sie zu 10 000 Francs Schadenersatz (vorläufig) an die Shell verurteilt. Die zentrale Begründung des Urteils lag darin, daß der "Shell-France keine Verantwortung für die Katastrophe angelastet werden könne, da der Tanker von der Shell-Holland gechartert war".

In der zweiten Instanz jetzt wurde zwar das Verbot des Boycottaufrufs bestätigt, aber in der Begründung enthält sich das Gericht einer Aussage über die Mitverantwortung der französischen Shell-Tochter, da dies erst durch die laufenden Untersuchungen festgestellt werden könne. Außerdem nimmt es die Strafe von 10 000 Francs zurück.

Das Urteil ist auch insofern wichtig, als die Shell-France noch einen größeren Schadensersatzprozeß anstrengen will, um

sich den gesamten, durch den Boycottaufruf verursachten Schaden ersetzen zu lassen. Obwohl sich die gesamte Wirkung des Aufrufs nur schwer feststellen läßt, so ist zu vermuten, daß sie doch erheblich war. Wie bereits im ID berichtet, war an der größten Pariser Shell-Tankstelle der Umsatz um 30 % zurückgegangen.
Im übrigen wird in der Urteilsbegründung ein Boycottaufruf für bestimmte Produkte nur dann für zulässig erklärt, wenn der Preis oder die Qualität dieser Produkte den Anlaß darstellt.

ATTENTAT GEGEN ERULIN

KORSIKA
Juni

Die 'Nationale Befreiungsfront für Korsika' (FNLC) hat sich für ein Bombenattentat auf das Auto des auf Korsika stationierten Fremdenlegionskommandeurs Erulin bekannt, der die französischen Fallschirmjäger bei der Shaba-Invasion anführte, und als berüchtigter Folterer des Algerienkriegs bekann ist. Die FNLC erklärt dazu in einem Kommunique die Solidarität der Korsen im Kampf gegen "die kolonialistische Invasion Frankreichs in Zaire".

ZISCH

BEWEGUNG GEGEN DIE NEUTRONENBOMBE IN HOLLAND

Juni 1978

Die internationale Bewegung gegen die Neutronenbombe verbreitert sich. Vor allem in HOLLAND hat sie den Charakter einer Volksbewegung angenommen: Eine Initiative gegen die Neutronenbombe hat bis Mitte März 1.116.000 Unterschriften gesammelt, 170.000 Poster verkauft, die zeitweise häufig in den Fenstern holländischer Wohnungen zu sehen waren, weitere 200.000 Aufkleber verbreitet und am 19. März die größte Demonstration in Amsterdam seit Kriegsende organisiert (gut 50.000 Teilnehmer). Ihr ging am 18. März ein "Internationales Forum gegen die Neutronenbombe" voraus, an dem Delegierte von Gruppen aus 29 Ländern teilnahmen. Die folgenden holländischen Parteien sandten Vertreter: Christdemokraten (z.Zt. zusammen mit den konservativen "Liberalen" in der Regierung), Radikale Partei, Pazifistisch-Sozialistische Partei und Kommunistische Partei. (Die Sozialdemokraten weigerten sich wegen der kommunistischen Beteiligung, doch ergriffen Parteimitglieder u.a. aus der Parlamentsfraktion das Wort.) Der ehemalige holländische Verteidigungsminister Kruisinga, Christdemokrat, der durch seinen Rücktritt aus Protest gegen die Haltung seiner Kabinettskollegen gegenüber der Neutronenbombe den Anlaß dazu gegeben hatte, daß das holländische Parlament sich doch noch gegen die Neutronenbombe aussprach, schickte eine Grußbotschaft. Der Bürgermeister von Amsterdam gab den ausländischen Teilnehmern einen Empfang. Von den ausländischen Sprechern verdient Daniel Ellsberg, Herausgeber der Pentagon-Papiere über den Vietnamkrieg, besondere Erwähnung. Er wies auf die Möglichkeit hin, die Neutronenbombe zur Niederschlagung von Aufständen in NATO-Ländern und in der Dritten Welt einzusetzen. Aus der BRD sprach Gerhard Kade ("Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit)

(Aus: "antimilitarismus-information, 4/78)

PROTESTVERANSTALTUNG DER BLINDEN

MADRID
12. Juni

Die Lage der Blinden in Spanien ist entsetzlich: nicht nur, daß diese Menschen mit Blindheit geschlagen sind, gegen die man sicherlich in manchen Fällen etwas unternehmen könnte, nein, der Staat hat diese Gruppe endgültig ins Abseits gestellt: Es gibt ein Gesetz aus dem Jahre 1938, das die Blinden für völlig arbeitsunfähig erklärt und heute noch gültig ist. Demzufolge sind die Blinden in keiner Weise sozialversichert. Was das heißt? Ohne Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung, keine Krankenversicherung, keine Rente, keine Möglichkeit, eine Arbeit zu finden und dazu noch blind ... Es gibt eine Blindenorganisation, die ONCE, die aber völlig faschistisch ist. Die Once organisiert den Losverkauf der Blinden, die einzige erlaubte Beschäftigung, der die Blinden nachgehen dürfen. Und in ganz Spanien stehen die Armen und verkaufen an Ecken und Plätzen, in den U-Bahnen etc. ihre Lose, die sie durch monotone Rufe anbieten.

Am 4. Juni fand im Colegion de Paloma in Madrid eine Protestveranstaltung der Blinden statt. Auf dieser Veranstaltung forderten die Blinden die Demokratisierung der ONCE und lautstark den Rausschmiß der Faschisten aus der ONCE. Es waren ca. 500 - 600 Blinde aus Madrid und Umgebung mit Bussen gekommen. Es gab für spanische Verhältnisse ziemlich wenige Transparente und Fahnen, aber die etwas trostlos kühle Halle wurde durch ungeheuerlich lautstarke und rhythmische Sprechchöre und Gesänge belebt. Es war wirklich beeindruckend, wie die Blinden immer wieder in Empörungsschreie ausbrachen, auf die Tischer hämmerten, wenn z.B. die Sprache auf Faschisten in der ONCE kam. Als bekannt gegeben wurde, daß die Presse, Rundfunk und Fernsehen anwesend seien, verwandelte sich die Halle minutenlang in einen regelrechten Hexenkesse. Die unterdrückte Minderheit feierte die kleine Aufmerksamkeit, die ihr zuteil wurde.

BRASILIEN–VERANSTALTUNG GEPLANT

Köln
Mai 78

Erstmals seit 14 Jahren Militärdiktatur hat sich in Brasilien eine breite demokratische Oppositionsbewegung mit der Forderung nach uneingeschränkter Generalamnestie gebildet. In Brasilien gibt es heute noch über 200 politische Gefangene, alle demokratischen Freiheiten sind außer Kraft gesetzt, politischer Mandatsentzug, willkürliche Verhaftungen und Folter sind – wenn auch verdeckter – immer noch an der Tagesordnung; 10.000 Brasilianer sind gezwungen im Exil zu leben.

Im April 1978 haben sich in Paris 11 Komitees für die Amnestie in Brasilien aus 10 verschiedenen Ländern Europas getroffen, um eine internationale Solidaritätskampagne vorzubereiten, die die Anfang Juli in Brasilien stattfindende Kampagne für die Generalamnestie unterstützen soll. In der BRD beteili-sich u.a. das West-Berliner Komitee für Generalamnestie in Brasilien, sowie das Kölner "Komitee für die Generalamnestie und Demokratie in Brasilien", die beide von Brasilianern in Zusammenarbeit mit Deutschen gegründet wurden. In verschiedenen Städten in der BRD werden in der letzten Juniwoche Solidaritätsveranstaltungen mit bekannten brasilianischen Politikern und Persönlichkeiten durchgeführt, in Köln vom 28.6. bis 3.7.78. Es liegt eine vollständige INFORMATIONSMAPPE mit aktuellen Hintergrundinformationen, Referenten-, Film-, Dia-, Literatur- und Materiallisten, mit Rezepten für brasilianische Gerichte und Getränke vor, die über die unten angegebene Adresse bei Beilage von 5.- DM in Briefmarken beziehbar

ist und auch über Kontakte, Bezug eines bereits fertiggestellten Flugblattes und Plakates, von vorgedruckten Postkarten, Fotoausstellung etc. informiert. Die Maiausgabe der Brasilien-Nachrichten enthält konkretere Informationen über die Kampagne, eine Sonderausgabe wird in Kürze aktuelles Hintergrundmaterial liefern.
Kontakt: Comite pela ANISTIA GERAL E DEMOCRACIA NO BRASIL, c/o Klein, Postfach 501502, 5000 Köln 50

In der Woche vom 26.6. bis 2.7.78 veranstaltet der Arbeitskreis der Katholischen Hochschulgemeinde in Marburg ebenfalls eine Brasilienwoche.
Kontakt: Arbeitskreis Brasilienhilfe der Katholischen Hochschulgemeinde, Roncalli-Haus, Johannes-Müller-Str. 19, 3550 Marburg a.d. Lahn

STREIKS IN BRASILIEN

Köln 20. Juni *Wir bringen im folgenden Auszüge aus einem Artikel des "Komitees für die Demokratie und Generalamnestie in Brasilien":*

Zehn Jahre liegen zwischen den beiden größten Streikbewegungen der brasilianischen Arbeiter in den 14 Jahren diktatorischer Militärregierung. Im Juli 1968 gab es in Brasilien den großen Streik von Osasco (im Großraum Sao Paulo). Die Arbeiter legten die Arbeit nieder und besetzten die Fabriken – eine Antwort auf die Lohnpolitik der Militärregierung, den Lohnstop.

Die breite Streikbewegung im Mai dieses Jahres in Sao Paulo begann mit einer spontanen Arbeitsniederlegung in der schwedischen Automobilfabrik Saab-Scania, die sich auch auf andere Betriebe ausweitete. Innerhalb von zwei Wochen erfaßte der Streik in Sao Paulo 25 große Betriebe, vor allem Automobilwerke und mobilisierte 33.000 Arbeiter. Volkswagen und Mercedes Benz, zwei der 800 großen bundesdeutschen Unternehmen in Brasilien, wurden ebenfalls bestreikt. Diese beiden deutschen Unternehmen nahmen einen ganz besonderen Platz im Verhalten gegenüber den Streikenden ein, die für bessere Lohnbedingungen und gegen die Politik des Lohnabbaus kämpften, die die Regierung 14 Jahre lang betrieben hat ; mit der ständig sinkenden Kaufkraft der brasilianischen Arbeiter könnte sie gerade diese ausländischen Konzerne. Schon im Februar bei einer ersten isolierten Streikaktion bei Mercedes Benz entließ das deutsche Unternehmen 12 Arbeiter zur Strafe für die Arbeitsniederlegungen. Durch diese Entlassungen von Seiten der Betriebsleitung wurde die Bewegung damals schon im Keim erstickt. Jetzt, im Mai, legten 4000 Arbeiter bei Benz die Arbeit nieder, ohne daß es dem Unternehmern gelang, die Kampfkraft der Arbeiter zu brechen. Ebenso erfolglos blieb ein ähnlicher Versuch im Volkswagenwerk. Es wurden 25 Arbeiter aus der Werkzeugmaschinenabteilung entlassen; der Streik ging jedoch weiter und man forderte die Wiedereinstellung der Entlassenen. Ergebnis war, daß das Unternehmen die entlassenen Arbeiter wieder einstellte, ohne daß jedoch die beabsichtigten Lohnerhöhungen erreicht wurden. In der Behandlung der Streikenden war das Volkswagenwerk das unnachgiebigste unter den 25 bestreikten Unternehmen. Die einzigen Zwischenfälle ereigneten sich hier mit der Werkspolizei, was besonders interessant ist, da die Polizei sonst nicht eingriff, obwohl der Streik für illegal erklärt wurde. Die Metallarbeitergewerkschaft von Sao Bernardo und Diadema widmete dem deutschen Unternehmen in ihrer offiziellen Bekanntmachung dann auch eine besondere Notiz: *"... Zu bedauern ist allerdings das unnachgiebige Verhalten von Volkswagen do Brasil, wo man sich weigerte, zu verhandeln, sondern versuchte, die Arbeiter mit Drohungen und Nötigungen einzuschüchtern..."*

Dieser Tatbestand erscheint noch absurder, als es sich hier um eines der ausländischen Unternehmen handelt, die am meisten vom niedrigen Lohnniveau der brasilianischen Arbeiter profitieren. Die Lohneinfrierungspolitik der Regierung bezweckt auch vor allem, ausländische Unternehmen anzuziehen, die – wie in Nordamerika und in Europa – in ihren Stammländern hohe Löhne zahlen und sich mit den Arbeitern auseinandersetzen müssen. 1976 war Volkswagen mit 20 Milliarden Cruzeiros oder 2 Milliarden DM das ausländische Unternehmen mit dem höchsten Umsatz in Brasilien.

In den wichtigsten Industriezentren bilden sich, teilweise außerhalb der Gewerkschaften, neue Führungen, die die Organisation innerhalb der Betriebe betreiben, wie damals zur Zeit des Streiks von Osasco. Einige Gewerkschaften beginnen, eine Neubestimmung der Lohnpolitik zu fordern, trotz der staatlichen Kontrolle und der Drohungen mit Intervention. In den Fabriken entwickelt sich eine Bewegung, die nicht nur die Lohnpolitik in Frage stellt, sondern auch die vom Staat abhängige Struktur der Gewerkschaften, die sich in ihrer Tätigkeit durch eine sehr strenge Gesetzgebung fast nur auf Sozialfürsorge beschränken. Die wichtigste dieser Strömungen gruppiert sich um die Gewerkschaftsopposition, eine Bewegung, die sich nach Aussage ihrer Anführer aus all den Arbeitern zusammensetzt, die eine kritische Einschätzung der gegenwärtigen Gewerkschaftsstruktur vertreten. Trotzdem nimmt die Gewerkschaftsopposition an den offiziellen Wahlen zur Gewerkschafts führung teil, mit eigenen Kandidaten. Die Gewerkschaftsopposition vertritt ein unabhängiges autonomes Gewerkschaftswesen mit den Hauptforderungen: Unabhängigkeit gegenüber dem Staat, den Parteien und allen politischen Kräften.

ENDE DES HUNGERSTREIKS DER CHILENEN

FRANKFURT Juni In Chile und anderen Ländern haben die Chilenen ihren 17-tägigen Hungerstreik abgebrochen, nachdem die Regierung Pinochet versprochen hatte, ihnen Informationen über das Schicksal von 2500 "verschwundenen" Gefangenen zu geben. (Siehe auch ID 232) An dem Hungerstreik hatten Gruppen von Chilenen in 30 Ländern, darunter auch in der BRD in Frankfurt, Darmstadt, Gießen, Hamburg, Düsseldorf, Dortmund, Hannover, Essen und Bonn teilgenommen. Er wurde von einer Vielzahl von demokratischen Organisationen in diesen Ländern und auch allen im Untergrund lebenden Gruppen in Chile selbst unterstützt.

Beim Abbruch des Hungerstreiks hatten die Beteiligten erklärt, ihre Aktionen sofort wiederaufzunehmen, wenn die Regierung Pinochet nicht spätestens nach einem Monat ihr Versprechen in ausreichender Weise einlöst.

Bis jetzt hat die chilenische Polizei der Regierung auf deren Anforderung eine Liste übergeben, die Aufschluß über das Schicksal von 210 "Verschwundenen" gibt, darunter 78, die angeblich 'das Land verlassen haben sollen".

Die von den Hungerstreikenden gesuchten Gefangenen waren jedoch nicht darunter.



Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Nummer des Abos **bezahlt bis ID Nr.**

3

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressenaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld überweisen — sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr und STELLEN DIE LIEFERUNG EIN.

Posteinlieferung des ID Nr. 234: 16. Juni, 20Uhr

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) über die wahren Ziele der antifaschistischen Demonstration vom 17. Juni :

Bezeichnend für die wahren Ziele der „Gegendemonstranten" dürften Vorkommnisse sein, die sich dann rund um den Eschenheimer Turm und am Goetheplatz abspielten. In der Bleichstraße hatte eine Gruppe von etwa sechzig Mann eine Barrikade errichtet und ließ Autofahrer nur nach Entrichtung eines „Wegzolls" passieren. Wer nicht zahlen wollte, dem wurde das Auto mit Knüppelschlägen und Fußtritten demoliert. Ähnlich erging es am Goetheplatz Autofahrern, die zufällig in die Demonstrationswirren gerieten. Auch dort wurden mehrere Wagen grundlos beschädigt und die Insassen eingeschüchtert.

